

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1982

Sonnabend, den 2. Dezember 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Die Fleischnotdebatte im Reichstage.

Zwei Tage hat die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion den Reichstag bereits beschäftigt; hin und her wogte der Redekampf, und wiederholt kam es zu einem heftigen Aufeinanderprall der Vertreter entgegengesetzter Auffassungen; doch der Erfolg der Debatte ist lediglich ein agitatorischer. Schon vorher stand es fest, namentlich nach der brüßten Juristenausschreibung der Forderung einer Grenzöffnung durch die im Landwirtschaftsministerium ausgearbeitete Denkschrift über die Fleischsteuerung, daß die Regierung jedes Eingreifen, jede Maßregel ablehnen werde, die irgendwie das Interesse des Junkertums an den künstlich hochgetriebenen Viehpreisen verletzen könnte, und die zweitägige Debatte hat denn auch bewiesen, daß für die Regierung der Notstand der ärmsten Volksschichten, ihre Unterernährung und ihr Kampf mit dem nagenden Elend jederlei wiegen gegen die Profitinteressen der großen Viehzüchter.

Agarisch ist Trumpf, mehr wie je, das beweisen die neuen Reichssteuerprojekte, die, während sie die Konsummittel der großen Masse mit über hundert Millionen Mark neuer Verbrauchsabgaben beladen, dem landwirtschaftlichen Großgrundbesitz bei der Erbschaftsteuer allerlei besondere Vergünstigungen einräumen; das beweist aufs neue die nonchalante Gelassenheit, mit der die Regierungsvertreter, voran Preußens größte landwirtschaftliche Autorität, Herr v. Podbielski, die gegen die Interessenpolitik der Regierung gerichteten Reden anhörend und auf sie replizierten. Man scheint in den sogenannten maßgebenden Kreisen jede Hoffnung aufgegeben zu haben, daß die deutschen Arbeiter sich durch das Märchen vom sozialen Königtum fördern lassen — und läßt deshalb rückhaltlos die Masse fallen, indem man sich auf Volkskosten die Kompottschüssel bis über den Rand füllt. Und in dieser sozialen Fürsorge für das Wohl der „Edelsten und Besten der Nation“ findet die Regierung nicht nur bei den Konservativen und den Nationalliberalen, sondern nicht minder beim Zentrum bereitwillige Unterstützung, das, wie immer, wenn es sich um die Entscheidung zwischen den Interessen der Arbeiterschaft und der ländlichen Großgrundbesitzer handelt, auch diesmal für die Profite seiner „besseren“ Kreise, der katholischen Junker und Großbauern, plädiert.

Genosse Scheidemann, der am ersten Tage den Kampf mit einem Angriff auf das Verhalten der Regierung eröffnete, zerzauste mit Geschick die statistische Wissenschaft der Podbielskischen Denkschrift, indem er den starken Mangel der Schlachtungen nachwies und sich dann mit dem Versuch der Agrarier, die Schuld an den jetzigen Viehpreisen den Händlern und Fleischern zuzuschreiben, sowie mit der Behauptung der Denkschrift beschäftigte, daß eine Öffnung der Grenzen nur den Seuchenschutz gefährde, ein Heruntergehen der Fleischpreise aber nicht zur Folge haben werde. Eingehend wies er nach, daß in den Jahren 1904 und 1905 die Seuchenziffern in Holland, Frankreich und Dänemark weit niedriger gewesen sind als in Deutschland, und daß ferner die Schweinepreise selbst noch in den letzten Wochen auf den dänischen und holländischen Märkten beträchtlich unter den deutschen Marktnotierungen gestanden haben.

Der preussische Landwirtschaftsminister antwortete auf diese Ausführungen mit einer Aufzählung der im Kaiserhof beim Antifleischnot-Diner aufgetragenen Gerichte, mit einer Erörterung seiner vaterländischen Tätigkeit als Schweinezüchter, mit einer Aufzählung der Berliner Viehhofgebühren usw. Auf die eigentliche Frage ließ er sich kaum ein und noch weniger auf die von Scheidemann beigebrachten Nachweise über den Seuchen- und Preisstand in den Nachbarländern Deutschlands.

Nach einem humoristischen Intermezzo des Vertreters landhändlerischer Intelligenz, des Herrn v. Oldenburg, folgte der Abg. Pohl von der freisinnigen Vereinigung, der speziell die Vieh- und Schlachtverhältnisse Oberschlesiens behandelte, und dann der Abg. Herold, dem als Vertreter des Zentrums die stilkliche Aufgabe zufiel, einerseits die zentrumsgläubige Arbeiterschaft zu beschwichtigen, andererseits den katholischen Agrariern ihre schönen Fleischnotprofite zu erhalten. Er erledigte sich seiner Aufgabe, echt jesuitisch, in der Weise, daß er zunächst die Sozialdemokratie der Ubertreibung bei ihrer Schilderung der Notlage beschuldigte, dann eine halbe Notlage zugab, den davon betroffenen ärmeren Volksschichten sein Bedauern und die Hoffnung aussprach, daß bald die Preise auf ihren normalen Stand zurückfallen würden, und darauf schließlich entdeckte, daß der Preisstand mit der Absperrung der Vieheinfuhr nichts zu tun habe — folglich auch die Aufhebung der Sperre nichts nützen könne.

Der zweite heutige Tag der Debatte zeigte dieselbe Physiognomie, mit welcher der erste Tag geschlossen. Der Abgeordnete Dove hielt die Fortsetzung seiner monotonen Rede vom Städtetage. Besonders wandte er sich gegen die Aufzählung der Berliner Viehhofgebühren, die sich Pohl geleistet hatte. Die Tatsache, daß durch diese Gebühren die Viehpreise um 5/2 Proz. gesteigert werden, vermute er zwar nicht zu bestreiten, erklärte aber, daß er einen derartigen Aufschlag nicht für anormal halte. Nach seiner Ansicht scheint demnach das teure Viehgeschäft eine berechtigte Eigenschaft städtischer Verwaltungen zu sein. Vielleicht erklärt sich aus dieser Auffassung, daß er sich im weiteren Verlauf seiner Rede heftig

gegen den Vieheinkauf durch die Städte wandte und meinte, ein derartiger Ankauf käme auf nichts anderes als auf eine Uebernahme der erhöhten Fleischkosten auf die Gesamtheit hinaus.

Herr Paasche als Vertreter der Nationalliberalen kam dem Junkertum der unterfälschten Agrarier recht nahe, als er es sich zum besonderen Ruhme anrechnete, die Fleischnot schon ein Jahr lang vorhergesehen und doch keinerlei Maßregeln gegen sie vorgeschlagen zu haben. Den schweinezüchtenden preussischen Landwirtschaftsminister tadelte er, weil er die Ausraubung des Volkes nicht mit salbungsvollen Heuchelreden, sondern mit spottenden Worten begleitet habe. Graf Reventlow war mit Herrn v. Podbielski unzufrieden deshalb unzufrieden, weil er ihr gemeinsames Geschäft nicht mit der nötigen Dreistigkeit als wohlgefälliges Werk angepriesen habe. Im Grunde genommen aber waren beide mit dem Bündler-Grafen Scherwin-Löwitz vollkommen darin einig, daß gerade dieser Landwirtschaftsminister der Erfüller ihrer heißesten und ernstesten Wünsche sei. Graf Scherwin-Löwitz begnügte sich mit dieser Feststellung. Graf Reventlow aber versuchte noch obendrein, sich im Sinne des Freiherrn v. Schirp als „eisernen Arbeiter“ zu produzieren und bewies dabei wieder, wie gewöhnlich, zweierlei: daß er nicht nur der unvornehmste und unwissendste aller Debatter, sondern auch der ausgebläteste Frosch im Sumpfe der Agrarier ist. Er teilte Zensuren aus, wie ein richtiger Schulmeister, sprach mitteilig von dem blättrigen Rest gesunden Menschenverstandes selbst in der deutschen Menschheit, und verlangte von der Sozialdemokratie nicht weniger, als daß sie in der Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse schleunigst eine Anleihe bei ihm machte.

Genosse Wollenbuhr behandelte diesen Schwächer, wie er es verdiente: Er überführte ihn an einem konkreten besonders beweiskräftigen Falle der grenzenlosesten Unwissenheit und überließ ihn im übrigen der — Bewunderung seiner Standesgenossen. Auch mit den veterinärpolizeilichen Märchen hielt sich unser Redner nicht lange auf; er konnte es dem freisinnigen Abgeordneten Gothein überlassen, den Agrariern in alle Einzelheiten der Argumentation nachzuseigen, durch die sie die Städte der Witschuld an der Verteuerung der notwendigen Lebensmittel zu überführen suchten. Genosse Wollenbuhr unternahm es vielmehr, nachzuweisen, daß diese Fleischnot, die unerträglich schwer auf den breiten Schichten des Volkes lastet, von der Regierung und ihren Auftraggebern absichtlich hervorgerufen sei, teils weil sie in der Konsequenz ihres politischen Systems liegt, teils um sich gegen den Vorwurf der Lebensmittelverteuerung durch die neuen Rölle vom 1. März 1906 durch die schon jetzt bestehenden Notstandspreise sicher zu stellen.

Herr v. Podbielski bestritt die Abschlächtheit seines Zuns mit aller Entschiedenheit; aber wie der Abg. Gothein heute ganz richtig bemerkte, hat das deutsche Volk zu wenig Alphabeten, als daß seine Entschuldigung vielen Glauben finden könnte. Umsonst lassen die Agrarier Pohl nicht hochleben.

Auf die Entschliebung der Regierung wird sicherlich vorläufig die Debatte keinen Einfluß üben, um so bedeutender ist aber der agitatorische Erfolg. Die Fleischnot hat seit Monaten die ärmeren Volksschichten zur Empörung aufgepeitscht — und nun sehen diese Schichten, daß die Regierung sich sträubt, das geringste zur Linderung der Not zu tun, daß sie der Gewinnucht der Junker ohne Skrupel das Wohl des schwer um seine Existenz ringenden Proletariats aufopfert. Das ist immerhin ein Vorteil, da er selbst dem Blödesten den Klassencharakter des heutigen Regimes demonstriert.

Und noch eines hat die Debatte gezeigt, daß die Behauptung der Podbielskischen Denkschrift, die Grenzöffnung würde nichts helfen, da die Viehpreise im Auslande nur wenig hinter denen der deutschen Märkte zurückbleiben, jeder Basis entbehrt. Selbst in normalen Zeiten, d. h. unter günstigen Bitterungs- und Ernteverhältnissen ist die deutsche Landwirtschaft nicht imstande, den deutschen Schlachtviehmarkt genügend mit Vieh zu versorgen, wenigstens nicht zu Preisen, wie sie denen unserer Nachbarländer entsprechen. Deutschland hat unter allen Staaten Mittel- und Nordeuropas die höchsten Viehpreise, selbst Frankreich kennt derartige Viehpreise, wie sie auf den Mittel- und westdeutschen Märkten gang und gäbe sind, nur als Ausnahmen.

Was durch eine freie, nicht dem Profitinteresse der Agrarier dienende Einfuhr erreicht werden kann, beweist England, dessen Viehproduktion noch weit weniger als die deutsche den einheimischen Markt zu versorgen vermag, das aber trotzdem weit niedrigere Preise hat als Deutschland. Im Durchschnitt der Monate August und September kostete z. B. auf dem Zentralfleischmarkt in London (die Preise in den Läden sind etwas höher) bestes schottisches Rindfleisch 54—57 Pf. pro englisches Pfund (453 Gramm), Fleisch von amerikanischen, in England geschlachteten Rindern 48—52 Pf., amerikanisches gefülltes Rindfleisch vom Vorderviertel 26—30 Pf., bestes gefrorenes australisches Rindfleisch 25—27 Pf.; ferner bestes schottisches Hammelfleisch 61—65 Pf., bestes englisches Hammelfleisch 57 bis 60 Pf., bestes Schweinefleisch 46—50 Pf. Und doch hat auch England seine Einfuhrkontrolle, sogar eine sehr strenge. Allerdings verfolgt diese ausschließlich den Zweck, den englischen Käufer davor zu bewahren, daß er Fleisch von krankem Vieh

erhält, nicht, wie der deutsche Seuchenschutz den Zweck, unter allerlei Vorwänden dem einheimischen Viehzüchter die fremde Konkurrenz vom Leibe zu halten. Jetzt haben auch in England wie in Dänemark und Holland die Vieh- und Fleischpreise angezogen; immerhin stehen sie noch weit niedriger, als auf den deutschen Märkten.

Die Fleischsteuerung wird aus Deutschland nicht verschwinden, bis das jetzige System der Grenzsperrung und die Viehwucherzölle fallen. Mag in Zeiten reichlicher Futtermittelrenten die Teuerung auch zeitweilig etwas nachlassen, jede Missernte, ja, selbst jeder ungünstige Ernteausschlag wird sie aufs neue herausbeschwören. Vor drei Jahren hatte Deutschland eine Fleischteuerung, in diesem Herbst wiederum, und in zwei, drei Jahren werden wir wahrscheinlich vor einer noch weit heftigeren Teuerung stehen.

Die Revolution in Rußland.

Die glorreiche Schlacht.

Der Petersburger Marinestab veröffentlicht folgendes Telegramm, das der Kriegsminister gestern von dem Kommandanten des Militärbezirks Odessa, dem Vize-Admiral Tschukin, erhalten hat, der unter dem 29. November folgendes meldet: Am 28. November stand eine kampflöse Erledigung der Meuterei in Aussicht. Wir umstellten die meuternde Abteilung mit Truppen und stellten ihnen eine letzte Frist, sich auf Gnade und Ungnade zu ergeben. Die Meuterei eröffnete jedoch den Angriff, indem sie sich des Torpedobootserschüßers „Swirepij“ und drei anderer Torpedoboote bemächtigte, die sich dem „Otschalow“ näherten. Alle diese Schiffe und der „Otschalow“ hielten die rote Flagge. Darauf hießte der „Otschalow“ das Signal: „Schmidt beschießt die Flotte“. Hierauf ging Schmidt an Bord des Torpedobootserschüßers „Swirepij“ und fuhr unter Hurraufen vor der Front des Geschwaders entlang, ohne jedoch von dem Geschwader eine Antwort zu erhalten. Dann nahm Schmidt Fahrt Richtung nach dem Hafen und ließ die durch ihn verhafteten Personen wieder frei. Vormittags bemächtigte sich bewaffnete Abteilungen der Meuterei der kleinen Fahrzeuge in Hafen. Später wurde der Panzer „Ranteleimon“ (der früherer „Potemkin“), der aber abgerüstet war, von bewaffneten Abteilungen in Booten des Kreuzers „Otschalow“ in Besitz genommen. Die Offiziere wurden gefangen genommen und an Bord des „Otschalow“ gebracht. Man konnte gegen dieses Vorgehen der Meuterei nichts machen, da die Flotte auf Befehl des Kommandierenden des 7. Korps abgerüstet war. Nachmittags fanden weitere Vorstöße der Meuterei statt, und die Lage wurde noch ernst. Die Schiffe, die in der Südbucht verankert lagen, wurden genommen und auf ihnen die rote Flagge gehißt. Man mußte nun den ersten Aktionsplan fallen lassen und entscheidende Maßregeln ergreifen. Von den Meutereern waren die gefangenen Offiziere an Bord des „Otschalow“ gebracht in der Hoffnung, daß man gegen so viele Offiziere nicht feuern würde. Schmidt erklärte den gefangenen Offizieren, daß, sobald von den Truppen Feindseligkeiten unternommen werden würden, er die Offiziere hängen lassen würde. Um 3 1/2 Uhr wurde aus Geschützen gegen die Schiffe, die sich in der Südbucht befanden und rote Flaggen gehißt hatten, und gegen die übrigen Fahrzeuge der Meuterei das Feuer eröffnet; die roten Flaggen wurden alsbald niedergehohlet. Schmidt signalisierte: „Ich habe zahlreiche gefangene Offiziere.“ Nachdem ein Fahrzeug von den Meutereern zum Sinken gebracht worden war, fing der „Otschalow“ an zu feuern. Das Feuer wurde von den Batterien der Nordseite und von den Schiffen des Geschwaders sofort erwidert. Der Torpedobootserschüßer „Swirepij“ wurde von dem Kreuzer „Panjar-Mercuria“, dem Panzerschiff „Rostislaw“ und dem Torpedobootserschüßer „Kapitan Saden“ lebhaft unter Feuer genommen und alsbald kampfunfähig gemacht; auch zwei Torpedoboote wurden außer Gefecht gesetzt, eins von ihnen sank. Der „Otschalow“ hatte kaum sechs Schuß abgegeben, als er die weiße Flagge hießte, worauf das Geschwader das Feuer gegen ihn einstellen. An Bord des „Otschalow“ war Feuer ausgebrochen und es wurden deshalb Boote ausgesandt, um die Mannschaften zu retten. Schmidt, als Matrose verkleidet, wurde zu entkommen, wurde aber festgenommen. Ein Minenschiff mit 300 Sprengminen an Bord, das in der Südbucht lag, wurde von der eigenen Besatzung gleich bei Beginn des Feuers zum Sinken gebracht, weil man eine Explosion der Minen befürchtete.

Das Militär in hellem Anfruhr.

Petersburg, 1. Dezember. Den letzten Nachrichten zufolge sind in Jarosloje Selo mehrere Soldaten der Kürassiere, Infanteren und Schützen verhaftet worden, weil sie sich über schlechte Behandlung beklagt hatten.

Petersburg, 30. November. In der Stadt allgemein verbreiteten Gerüchten zufolge fand gestern in der Nikolaus-Generalschule eine Offiziersversammlung statt, in der die Versammelten ihre Sympathie mit der großen, ganz Rußland bewegenden freisinnigen Bewegung kundgaben. Heute sind im zweiten Garde-Capitain-Bataillon Unruhen ausgebrochen. Die Mannschaften verlangen die Freigabe eines gestern in Arrest abgeführten Kameraden.

Das hiesige Telegraphenamt hat soeben den Ausstand begonnen.

Riga, 1. Dezember. Die unter der hiesigen Garnison ausgebrochene Gärung ist beigelegt. Der Post- und Telegraphenstreik hat sich auf hier ausgebreitet. Der Brief- und Telegrammverkehr für Private ist vollständig unterbunden. Auf der Petersburger Linie arbeiten Telegraphisten aus Dänemark. Geheimpolizisten sind als Austräger angestellt. Die ausländischen Konsuln treffen allerl

Die Infertions-Gebühr

beträgt für die leichgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Bg., für politische und gemeinliche Vereins- und Berammlungs-Berzigen 25 Bg., „Kleine Anzeigen“, das erste (letzte) Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorsichtsmassregeln für ihre Landsleute. Im Notfall sollen diese auf Schiffe gebracht werden.

Die gewerkschaftliche Organisation schreitet fort.

Moskau, 30. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute wurde der Vorsitzende des Verbandes der Kaffeehausbedienten, Budowitsch, welcher die Ausstandsbewegung unter seinen Kollegen leitet, verhaftet. Der Polizeipräsident erklärte, er werde alle Mitglieder des Streikkomitees in Moskau festnehmen und ausweisen lassen.

Das neu gegründete Blatt „*Wpered*“ (Vorwärts), welches die Interessen des Proletariats vertritt, hat die Erlaubnis zum Erscheinen erhalten.

Warschau, 1. Dezember. (W. Z. B.) Der Kriegszustand in Polen ist heute aufgehoben worden.

Die Bastille des Zarismus.

Einem im „*Isn Otzestwa*“ veröffentlichten Bericht Melichins entnehmen wir folgende Daten über die grauenvollste Folterkammer des Zarenreiches, die Schlüsselburger Festung. In einem politischen Gefängnis wurde sie am 13. August 1884 reorganisiert. Für sie wurde eine spezielle Gendarmerieverwaltung geschaffen, deren Beamte doppelte Gehälter bezogen. Der Unterhalt der Festung kostete dem Staat 75 000 Rubel jährlich. Die hier Eingeschlossenen wurden einer noch schlimmeren Isolierung unterworfen; sie durften weder klopfen noch singen, noch pfeifen, noch schnel gehen. In den ersten Jahren der Haft wurden tagtäglich die eisernen Ketten aus den Fesseln entfernt, so daß sogar die Kranken auf der kalten Erde liegen mußten. Bücher gab es in der Festung keine. Die Kranken lagen und starben in ihren Zellen. Sogar zu den Sterbenden wurden die Kameraden nicht hineingelassen, welche unter dem Einfluß des grausamen Regimes ihren Verstand verloren hatten; das Lachen und Schreien der Wahnsinnigen brachte oft die übrigen Eingekerkerten zur Verzweiflung. Vom Jahre 1884 an bis auf den heutigen Tag hat die Schlüsselburger Festung 67 Internierte — die „schwersten Verbrecher“ — in ihren Mauern beherbergt. Von diesen sind 13 hingerichtet worden, und zwar: Pogatschow, Stromberg, Ulanow, Generalow, Ossipow, Andrejewskij, Schlawajew, Michin, Rinalow, Walmatschow, Kalajew, Gerschkowitsch und Wassiljew. Drei nahmen sich das Leben: Klimenko, Grawschewski, der sich mit Petroow begossen hat und unter schrecklichen Qualen starb, und Sophie Günsburg, welche sich mit einem Glaschen vom Lampenghinder die Adern öffnete. 16 Internierte starben am Irrenhaus, an der Tuberkulose und am Scharlach. Zwei befinden sich augenblicklich im Kasanischen Irrenhause. Nach der Befreiung endete drei früher in der Festung Inhaftierte mit dem Selbstmorde.

Es ist unmöglich, alle Gräueltaten, die sich in der Stille dieser Folterkammer abspielten, wiederzugeben. So z. B. wurde die Leiche des hingerichteten Walmatschow in eine mit ungelöschtem Kalk gefüllte Grube geworfen und über derselben ein Holzdeckel aufgestellt; ebensolche „Denkmäler“ wurden auch über den Gräbern der im vergangenen Sommer hingerichteten Gerschkowitsch und Wassiljew errichtet. In einem der Flügel der Schlüsselburger Festung wurde einmal ein „Unbekannter“ eingemauert, dessen Schicksal bis auf den heutigen Tag ein Geheimnis geblieben ist. Trotz des „Verfassungsmassstabes“ vom 17. Oktober schmachten in der Schlüsselburger Festung noch immer fünf Opfer: Karpowitsch, Gerschkun, Melnikow, Sjasonow und Skloroff.

Doch bald kommt der Tag... O müchte er doch schnell, recht schnell kommen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Dezember.

Herr Raumanns Elegie.

Herr Raumann wehlagt in Saß und Nische über das „sozialdemokratische Trauerspiel“, worunter er die ihm schweren Kummer bereitende Tatsache versteht, daß die deutsche Sozialdemokratie auch nicht die geringste Reizung verrät, sich zur bürgerlichen Reformpartei durchzumauern. So tief und des aufrichtigsten Weils weils wert auch der Societätschmerz des Herrn Raumann sein mag — nicht, um ihm öffentlich unser Beileid auszudrücken, nehmen wir von seinem Wehmutsausbruch Notiz, sondern um an diesem Beispiel zu zeigen, wie schwer man in den Reihen der bürgerlichen Mauerungsbevollmächtigten durch die Entwicklung der Sozialdemokratie getroffen ist.

Herr Raumanns Elegie knüpft an den „Vorwärts“-Konflikt an. Wenn durch den Kampf in den eigenen Reihen die Sozialdemokratie zerbröckelt werde, so werde nicht der Liberalismus das Erbe antreten. Die verärgerten und enttäuschten Proletarier würden sich vielmehr von der Politik überhaupt abwenden und reine Gewerkschaftler oder bloße Kleinbürger werden. Zudem sei es sehr fraglich, ob die Sozialdemokratie bei ihrer gesunden Konstitution nicht ebenso leicht diesen Konflikt überwinden werde, wie sie den Dresdener Parteitag überwinden habe. Das Schmerzliche und Tragische liege darin, daß die Partei nicht die Illusionen der Leidenschaft abstreifen, sich nicht „von den glücklichen Einbildungen ihrer ersten Heidenzeit“ trennen wolle. Diese Illusionen seien in der ersten Entwicklungsperiode der Partei ja nötig gewesen: „Der erste Akt des proletarischen Dramas mühte Sturmzügen und Wetter-symphonien enthalten... Er mühte einen phantastischen Welter des neuen Kulturparadieses wie Bebel erzeugen.“ Kammer aber sei der Zeitpunkt für die Partei gekommen, sich auf den Boden der Wirklichkeit zu stellen. Das sei es gewesen, was die Revisionisten der Partei zugemutet hätten, aber: „an dieser Stelle setzte das tragische Moment ein: die Vergangenheit häumte sich gegen die Gegenwart, die Leidenschaft wollte nicht sterben und erzwang sich ein unnatürliches Leben. Sie wurde aus einer Illusion zu einem Wahne.“

Diese Tragik habe zahlreiche Einzelgeelen in der Sozialdemokratie zerrissen. Die Schippe, die Frohne, die Elm, die Linn, die Que und Leimpeters hätten den neuen Kinderlauben des Sozialismus längst verloren und verfußt, vergebens verfußt, die Partei umzugestalten. Man bleibe, weil man nicht wisse, wozu man sich wenden solle. „Man bleibt und wartet und hofft und ermattet.“ Schließlich blieben als Zufriedene nur noch die Wehring und Lugenburg auf dem Plane. Das sei ein Zustand, der zu Furcht und Mitleid führe: „Was soll daraus werden?“

So verfußt gleich einem Klagegesang Ossians Herr Raumanns Elegie. Sie verrät die endgültige Resignation unserer Mauerungsbevollmächtigten. Wie Jahre lang hatten sie auf die Wandlung der Partei gehofft, auf den Sieg der „Realpolitiker“ über die utopistischen Schwärmgeister. Und jedesmal erfolgte gerade im entscheidenden Augenblicke eine scharfe Abgabe an alle verfluchenden Tendenzen!

Wir denken nicht daran, uns Herrn Raumanns Charakteristik der erwähnten Genossen zu eigen zu machen. Er kennt die Psyche dieser Personen ebensowenig, wie die Psyche der Massen. Aber selbst wenn es in der Partei Revisionisten in dem Sinne gegeben hätte und gäbe, wie ihn Herr Raumann definiert: Dresden und Jena lehren mit wuchtiger Eindringlichkeit, daß die Massen gegen solche Losungen völlig gefestigt sind! Denn das „Heidensaitaler“ der Partei, das Zeitalter freudigsten Glaubens an den nicht zu fernem Sieg des Sozialismus, es gehörte nicht der Vergangenheit an, sondern

es lebt in den Herzen der Millionen Proletarier sein feurigstes Leben! Die deutsche Arbeiterklasse mühte ja auch ein entnervtes und entartetes Geschlecht sein, wenn sie gerade zu einer Zeit kleinmütig und verzagt auf ihre geschichtliche Mission verzichtete, wo das an Zahl und Organisation ungleich rückständigere Proletariat Osteuropas so glänzende Proben seines Heldennutes und seiner unbefleglichen Tapferkeit ablegte!

Mag die greisenhafte Allfugheit eines Raumann und anderer politisch degenerierter den frohen Zukunftsglauben des Proletariats für einen „gespenstischen Wahn“ halten und dafür in den Bestreben einer unsinnigen Weltpolitik Verläumdung suchen — das deutsche Proletariat folgt ohne Wanken dem ewig jungen Menschheitsidealen des Sozialismus! Mag auch hier und da ein Maroder am Wege liegen bleiben: Tausende neuer frischer Kämpfer strömen dafür der roten Phalanx zu!

Deutsches Reich.

Militärpensions-Gesetzentwurf.

Dem Reichstage ist, wie wir bereits meldeten, unter anderen Vorlagen auch der Entwurf eines Militärpensions-Gesetzes zugegangen, der im wesentlichen den Abänderungsvorschlägen Rechnung trägt, welche die Budgetkommission des Reichstages an dem vorjährigen Entwurf vorgenommen hatte. Nach der neuen Vorlage ist zum Nachweise der Dienstunfähigkeit eines die Pensionierung nachsuchenden Offiziers, der eine zehnjährige Dienstzeit zurückgelegt hat, die mit Gründen versehene Erklärung der zuständigen Vorgesetzten, und falls die Pensionierung auf Grund eines körperlichen Leidens nachgesucht wird, das Gutachten der zuständigen Ärzte erforderlich; doch bleiben Offiziere, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, von dem Nachweise der Dienstunfähigkeit befreit. — Die Pension beträgt ein Drittel und steigt bis auf drei Viertel des zuletzt bezogenen pensionsfähigen Dienstverdienstes; die Dienststelle, aus welcher dieses Dienstverdienst bezogen worden ist, muß jedoch von dem Offizier mindestens ein Jahr besetzt worden sein. Die Bestimmung des Gesetzes aus dem Jahre 1871, wonach in Fällen, wo das pensionsfähige Dienstverdienst insgesamt mehr als 12 000 Mark beträgt, von dem überschüssenden Betrage nur die Hälfte angerechnet wird, fällt weg, dagegen ist die Anrechnung der Dienstzulagen über 900 M. auf zwei Drittel ihres Betrages beschränkt worden. — Die Verjährungsmessungszulage, welche im allgemeinen nach gleichen Grundätzen wie die Verjährungsmessungszulage des § 13 Gesetzes von 1871 gewährt wird, beträgt für jede schwere Gesundheitschädigung jährlich 900 M.; sie kann jedoch mit Genehmigung der obersten Militärverwaltungsbehörde des Kontingents bis zu dem Betrage von 1800 M. jährlich erhöht werden. Die Einschränkung, daß auch bei mehr als zweifacher Verjährung der Betrag für doppelte Verjährung nicht überschritten werden darf, ist allgemein fortgefallen. — Durch Kriegsdienstbeschädigung pensionsberechtigt gewordene Offiziere erhalten neben der Pension eine Kriegszulage. Diese beträgt jährlich: 1. 1020 M., wenn die Pension von dem Dienstverdienst eines Hauptmanns oder von einem niedrigeren Dienstverdienst bemessen ist; 2. 720 M., wenn die Pension von einem höheren Dienstverdienst bemessen ist.

Die neue Vorlage bedeutet demnach eine wesentliche Erhöhung der Pensionen für die höheren Offiziere, speziell jene, die ein jährliches Dienstverdienst von mehr als 12 000 M. haben. Die erforderlichen Mittel zur Neuregulierung des Militärpensionswesens berechnete die „Nordd. Allgem. Ztg.“ jüngst auf 18 Millionen Mark; ein Betrag, der aus den Erträgen der geplanten neuen Reichssteuer bestritten werden soll. Auch ein Beitrag zur Fürsorge des sozialen Königtums für die „Notleidenden“ der herrschenden Klassen. —

Das Zentrum und die neuen Steuern.

Das Zentrum, das die Flotte will, muß auch neue Steuern, und zwar neue indirekte Steuern wollen — aus diesem Dilemma löndet es sich durch die verzweifeltsten Jongleurkünste nicht heraus. Die Zentrumsprelle lehnt denn auch die indirekten Steuervorschläge der Regierung keineswegs ab, sondern sie nörgelt nur an ihnen herum, um sich möglichst den Anschein zu geben, als wolle sich auch das Zentrum zum Hüter der Interessen der nichtbestehenden Klassen aufwerfen. So wendet die „Königliche Volkszeitung“ den wohlfeilen Trick an, sich zunächst entkräftet gegen den bekannten Artikel der „Grenzboden“ zu wenden und zu fordern, daß die Leistungsfähigen der neuen Steuern aufzubringen hätten eine Pöse, die dem Schuldhalter des agrarischen Staatsreiches besonders gut ansteht! Dann aber empfiehlt das Blatt nicht etwa eine Ablehnung der Bier- und Tabaksteuer, sondern nur eine Milderung dieser indirekten Steuererhöhung, indem nur Zigaretten, feine Zigaretten und teure Viere von der Steuer betroffen werden sollten. Als ob es nicht auch Arbeiter gäbe, die gelegentlich an Zigaretten und edlen Vieren Geschmack fänden! Da das Blatt die Ablehnung der Verkehrssteuern in Aussicht stellt — eine Verpflichtung dazu geht es jedoch vorsichtigerweise nicht ein! — mühte es doch für anderweitige direkte Steuern in entsprechender Höhe einzutreten. Über es erwähnt nur beiläufig den Vorschlag, zur Erbschaftsteuer auch die Deszendenten und Ehegatten, die über 100 000 M. erben, zur Steuer heranzuziehen. Wenn die Zentrumsfraktion diese Anregung mit ebensowenig Energie vertritt, wie bisher in der Presse, so ist an ihre Akzeptierung gar nicht zu denken. Da aber das Geld für die Flotte doch aufgebracht werden muß, wird man eben die indirekten Steuern in ihrer ganzen ursprünglichen Schönheit annehmen müssen und auch annehmen.

Wächerlich ist aber die Wichtigkeit, mit der die Zentrumsprelle immer auf die famose Deckungsklausel der Flottenvorlage pocht. Wenn man den Ertrag der direkten Steuern für die Flotte verwenden will, werden einfach die indirekten Steuern für andere Zwecke gebraucht. Und wenn die direkten Steuern nicht für die Flottenvorlage ausreichen, wird man einfach zum alibewährten Pumpsystem greifen!

Volkschulunterhaltungs-Gesetz. Die „Alln. Volksztg.“ hatte vor einigen Tagen frohlockend angekündigt, daß zwischen den Kompromissparteien bereits eine Verständigung über die Volksschulunterhaltungsvorlage, die dem preussischen Landtag alsbald nach seiner Eröffnung zugehen soll, erzielt worden sei. Die „Alln. Volksztg.“ befreit diese Meldung.

„So weit wir unterrichtet sind“, schreibt sie, „ist diese Mitteilung der „Alln. Volksztg.“ in allen Teilen unzutreffend. Wenn eine Aussprache über die Auslegung des Kompromissantrages zwischen Vertretern der beteiligten Parteien stattgefunden hat, so kann dieselbe nur einen unverbindlichen Charakter gehabt haben. Für ganz unrichtig halten wir den Zusatz, daß die Vertreter der konservativen Partei vorher mit maßgebenden Persönlichkeiten des Zentrums Aussprache genommen und deren Ansicht über die Annehmbarkeit der vorgeschlagenen Form eingeholt hätten. Ein derartiges kaum als loyal zu bezeichnendes Verfahren halten wir bei den Vertretern der konservativen Partei für völlig ausgeschlossen.“

Formell mag die „Alln. Volksztg.“ recht haben — der Unterchied in der Auffassung des Zentrums und der National-Liberalen besteht nur darin, daß letztere sich selbst als einen wichtigen Bestandteil des Sozialkompromiss-Gewebes betrachten, das Zentrum hingegen in der nationalliberalen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses nicht als ein buntes Gemisch widersprechender

politischer Tendenzen sieht, auf das Mühsicht zu nehmen sich der Mühe nicht lohnt. Zwischen Zentrum, Konservativen und Regierung ist der Schacherhandel um die Volksschulunterhaltungsvorlage, wie das rheinische Merkale Blatt behauptete, perfekt, und da dieses würdige Trifolium den Landtag beherrscht, kann es sich das Vergnügen gestatten, die Existenz der nationalliberalen Fraktion zu ignorieren. —

Die Banzerflottenpatrioten wollen noch mehr Kühne!

Am Kaiser ist von der Festversammlung des Bundes der Industriellen am 27. d. ein Guldigungstelegramm abgesandt worden, in welchem ausgesprochen war, daß einer der lebhaftesten Wünsche der durch den Bund vertretenen Industriellen die beschleunigte Verfertigung der deutschen Flotte sei, deren historische Notwendigkeit der Kaiser dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht habe. Hierauf ist aus dem Kabinettsrat folgende Antwort eingegangen: „Seine Majestät der Kaiser und Königin lassen den zur Feier des zehnjährigen Bestehens vereint gewesenen Mitgliedern des Bundes der Industriellen für den treuen Gruß und die patriotische Stimmung zugunsten der Verfertigung der deutschen Flotte bestens danken.“

Der „Patriotismus“ dieser Leute wird sich ja bei der Beratung der Steuergelege, speziell der Erbschaftsteuer, aufs herrlichste offenbaren! —

Der Freisinn und die Arbeiterschaft. Zu der Erhöhung der Tabaksteuer hat der Zentralrat der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) erhebt lebhaften Protest gegen die Absichten der Reichsregierung betreffend eine Erhöhung der Verbrauchsabgaben und Völe auf Tabak. Was an Steuerplänen bisher bekannt geworden ist bezüglich des Tabaks, ist geeignet, größte Beunruhigung zu tragen in die zweihunderttausend Köpfe zahlende Arbeiterschaft dieser Industrie. Die ohnehin bedenkliche Heimarbeit dieser Branche würde noch eine größere Ausdehnung finden, da die Unternehmer durch Erparnis an Löhnen und Betriebsrichtungen auszugleichen suchen werden, was an neuen Löhnen ihrer Industrie aufgelegt wird. Schon heute gehören die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen zu der schlecht bezahlten Arbeiterschaft Deutschlands. Wir erheben ferner mit gleicher Entschiedenheit Protest gegen jede neue Verteuerung der Lebenskosten für die arbeitende Bevölkerung. Dem armen Manne darf der geringe Genuß des Tabaks nicht noch weiter erküwert werden. In dieser unruhigen Zeit ist es eine ganz besondere Pflicht der Reichsregierung, jedweden neuen Bündstoff zur Erregung der Massen zu vermeiden.

Der „Gewerksverein“, das Organ des Zentralrats, ersucht alle Ortsvereine und Ortsvereine, in ihren nächsten Versammlungen gleichfalls zu der Frage der Tabaksteuererhöhung Stellung zu nehmen. Wollten die Hirsch-Dunder'schen konsequent sein, dann mühten sie gleichzeitig gegen die Flottenvorlage, als auch gegen den Umfall des Freisinn's Stellung nehmen. Denn das neue Steuerbudget ist nur das B, der Flottenkoller ist das A. Und bestenklich, wer A sagt... —

Eisenbahnverwaltung und Betriebssicherheit.

Der Minister für öffentliche Arbeiten hat nun endlich eine durchgreifende Maßnahme zur Erhöhung der Betriebssicherheit getroffen. Er hat folgenden Erlaß an die Eisenbahndirektionen gerichtet:

Wiederholt ist von mir auf die Nachteile hingewiesen worden, die der Mißbrauch alkoholischer Getränke für die körperliche und geistige Spannkraft der Bediensteten sowie für ihr Familienleben und für den Dienst mit sich bringt. Gleichzeitig habe ich Mittel und Wege angegeben, die geeignet erscheinen, den Alkoholgenuß einzuschränken. Die künftigen Eisenbahndirektionen sind angewiesen, fortgesetzt hinzuwirken auf die Herstellung und angemessene Ausstattung von Aufenthalts- und Uebernachtungsräumen, auf die Fürsorge für billige und nahrhafte Verpflegung, insbesondere für das Personal, das genötigt ist, die Nachtstunden außerhalb der häuslichen Umgebung zu verbringen, ferner auf die eisenbahnseitige Vorkhaltung alkoholfreier Getränke, die Einrichtung von Kantinen, Lesezimmern usw. Die Abnahme von Schnaps und schnapsähnlichen Getränken in den Dienst ist bei Strafe verboten, und der Verkauf dieser Getränke in den Kantinen u. unterliegt. Auch soll durch Befehle seitens der Vorgesetzten und Bahnärzte sowie durch Vorträge in den Eisenbahnvereinen das Verbotnis für die Gefahren des Alkoholgenußes gewahrt und das Gefühl für die Belämpfung des Alkoholgenußes angeregt werden.

Es muß daher allen im Betriebsdienste, einschließlich des Fahr-, Rangier- und Wahn-bewachungsdienstes tätigen Beamten, Hilfsbeamten und Arbeitern, ferner allen im Bahnbetriebsdienst, Portier- und Wächterdienst beschäftigten Bediensteten der Genuß alkoholischer Getränke jeder Art während des Dienstes fortan unterlagt werden.

Dieser Erlaß ist ebenso radikal wie wohlfeil — wohlfeil im gewöhnlichen Wortsinne. Statt die Arbeitszeit zu reduzieren und mehr Personal anzustellen, was die enormen Eisenbahndüberschüsse gestatteten, statt neue Gleise zu bauen und die Tunnel besser zu kontrollieren, zwingt man einfach die Bahnbeamten zur Abstinenz. Dabei tut man sich möglicherweise noch etwas auf das moralisch Erzieherische dieses Erlasses zugute. Als ob nicht vielmehr gerade die Ueberbürdung durch den nebenanspannenden Dienst sonst müßige Personen erst zum stimulierenden Alkoholgenuß verleitet hätte! —

Die schmärkische Weiblichkeit. Der „Deutsche Frauenverein für die Ostmarken“ gab am Donnerstag sein jährliches Volksfest, den sogenannten Ostmarkenball. Die ersten Kreise der Berliner Gesellschaft hatten hier das Volentum in Grund und Boden getanzt. Dies Fest der holden halantischen Weiblichkeit fand statt in glücklichen gewöhnten Männlichkeiten — im Zoologischen Garten. —

Die Kulturaufgaben leiden nicht! In der „N. Westf. Ztg.“ lesen wir:

Unter den einmaligen Ausgaben des Reichsamts des Innern wird die sechste Rate von 200 000 M. für den Ausbau der Hohenzollernburg gefordert. Eine Denkschrift, die dem Kaiser für 1901 beigelegt worden war, war davon ausgegangen, daß die Herstellungskosten in einem Zeitraum von fünf Jahren zu Ende geführt werden könnten. Eine Denkschrift zum neuen Etat sagt, daß auf Grund der in der verfloffenen Bauzeit gemachten Erfahrungen die erforderlichen Summen für die noch ausstehenden Arbeiten neu veranschlagt worden sind. Es hat sich dabei ergeben, daß zur Wiederherstellung der Burg in dem ursprünglich geplanten Umfang bei einer weiteren Bauzeit von 3 1/2 Jahren ein Mehrbetrag von 850 000 Mark erforderlich ist. Und da behaupten noch vaterlandslose Gesellen, daß der Militarismus das Reich an der Lösung von Kulturaufgaben hindere! —

Abhebung der Armenlasten vom Großgrundbesitz auf den Städter. Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf betreffend die Änderung eines Gesetzes über den Unterstüchtungswohnsitz zugegangen. Der Gesetzentwurf will die Altersgrenze für die Erwerbung des Unterstüchtungswohnsitzes vom achtzehnten auf das sechzehnte Jahr herabsetzen und ferner die Frist für die Erwerbung des Unterstüchtungswohnsitzes von zwei auf ein Jahr herabsetzen. Durch diese Vorarbeiten würde insbesondere die Unterstüchtungspflicht des platten Landes, und damit des Großgrundbesitzers, wieder aufgehoben. Die Armenlasten würden vom platten Lande in erheblichem Maße auf die Städte abgewälgt werden. —

15 000 Mann reichen nicht aus! Der „Deutschen Ztg.“ wird mitgeteilt, daß eine Anzahl von südwesafrikanischen Anstieblern,

Die bei Ausbruch des Aufstandes als Reservisten zur Truppe eingezogen wurden, trotz aller Witten noch bis heute nicht wieder entlassen worden sind. Die Betroffenen seien darüber in eine begreifliche Erbitterung geraten. Sie müßten dabei zusehen, wie neue in die Kolonie gekommene Elemente sich den wieder beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung zu nütze machen.

Es ist in der Tat festzuhalten, daß die 15 000 Mann Truppen noch immer nicht als ausreichend betrachtet werden, um die wenigen hundert Diktatoren und Hereros in Schach zu halten. Statt sich nun auch an den eintäglichen Lieferungen für die Truppen beteiligen zu können — darin besteht nämlich der „wiederbeginnende wirtschaftliche Aufschwung“ — müssen die Armen noch immer ihr neues „Vaterland“ verteidigen. —

Ausland.

Schweiz.

Kein Streik und keine Aussperrung mehr.

Basel, 26. November. (Fig. Ver.) Unser Großer Rat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit folgendem, von dem Ultramontanen Dr. Feigenwinter gestellten Antrag:

„Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen und zu berichten, ob nicht durch gesetzliche Maßregeln wie Einrichtung öffentlicher, neutraler Berufsvereine für Arbeiter und Unternehmer und Einrichtung eines staatlichen Arbeitsamtes das Zustandekommen verbindlicher kollektiver Arbeitsverträge einerseits, andererseits eine schiedsgerichtliche Erledigung von Kollektivstreitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern ermöglicht und damit Arbeiter und Unternehmer vor Arbeitsentstellungen und Aussperrungen zu schützen ist.“

Der Antragsteller begründete seinen Antrag mit den zahlreichen Lohn- und Streikbewegungen sowie Aussperrungen, die im laufenden Jahre in Basel vorgekommen sind und großen materiellen und moralischen Schaden verursacht haben. Den verächtlichen § 164 des Strafgesetzes, der ein Seitenstück zum § 153 der deutschen Gewerbeordnung bildet, hält er für unzeitgemäß; man reize mit ihm die Arbeiterklasse geradezu zum Widerstande auf. Er empfiehlt die Gründung von neutralen Organisationen (christlichen Gewerkschaften?) und Errichtung eines Schiedsgerichts. Unser Genosse Regierungsrat Bültschleger bezeichnete die angeregten „neutralen Organisationen“ als eine heikle Sache, obligatorische Berufsvereine können nur durch die Bundesgesetzgebung geschaffen werden. Das bereits bestehende Vermittlungsamte war nicht wertlos, aber es kann weiter ausgebaut und verbessert werden. Unser Genosse G u t s m a n n erwiderte Feigenwinter, daß sozialdemokratische Schuhmacher- oder andere Fachvereine noch nie gegründet worden seien, wohl aber christliche Gewerkschaften.

Der Feigenwintersche Antrag wurde schließlich mit großer Mehrheit der Regierung überwiesen. Eine Veseitigung der Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital kann keine Ausföhrung natürlich nicht ermöglichen, dies könnte nur die Abschaffung des Kapitalismus bewirken.

Gemeindevahlen in der Schweiz. In Kanton Bascht fanden am letzten Sonntag die Gemeindevahlen statt. In Lausanne hatten die Bürgerlichen von den 100 Sitzen des Großen Stadtrats 84 für sich usurpiert und unsern Genossen gnädigst die restlichen 16 überlassen. Diese stellten nun eine eigene Liste mit 51 Kandidaten auf, unterlagen aber mit 700 bis 2475 gegen 3257 bis 3915 Stimmen der Bürgerlichen. Im zweiten Wahlgang werden nun die 16 Sozialdemokraten ohne Gegenkandidaten gewählt werden. In Vevey brachte der freiwilliche Proporz und von 100 Sitzen 24, in Lucens siegte die sozialdemokratische Partei. In Yverdon sind für den zweiten Wahlgang unserer Partei 17 Sitze überlassen worden.

Frankreich.

Der Spitzelprozess.

Wie ein Telegramm aus Paris meldet, sind Malato und seine drei Mitangeklagten, Garbey, Gallina und Caussanel, von der Anklage, das Attentat auf den König von Spanien und den Präsidenten Loubet verübt zu haben, freigesprochen worden! 51 Juroren hatten die Geschworenen zu beantworten. Sie zogen sich um 1/2 Uhr nachts zurück und um 3 Uhr 20 Min. wurde der Freispruch verkündet.

Der Ausgang des sensationellen Prozesses bedeutet einen Faustschlag ins schamlose Antlitz der spanischen Polizei, deren unerhörte Spitzelpraktiken im Laufe der Verhandlungen bloßgelegt wurden. —

Dänemark.

Auf Befehl des Jaren.

Kürzlich berichtete „Sozialdemokraten“, daß im Hafen von Kopenhagen ein Posten Minition, der zusammen mit einer größeren Anzahl von Gewehren und Revolvern nach Finnland abgehen sollte, polizeilich mit Beschlag belegt wurde. Wader in Dänemark noch in Finnland besteht ein Verbot gegen die Ausfuhr oder Einfuhr von Waffen und Munition. Die Wegnahme der Minition durch die Kopenhagener Polizei war also ungesetzlich. Auf Grund einer Beschwerde hat nun der Exporteur der Waren im Ministerium des Äußeren erfahren, daß die Beschlagnahme aus Ersehen rückgängig gemacht ist. Die dänische Regierung hat sich übrigens schon seit langem getreuer Schutzengel des russischen Despotismus gezeigt. Erinnert sei nur an die Verfolgung und Ausweisung jenes Japaners, der sich seinerzeit die Durchfuhr der russischen Eisflotte durch die dänischen Gewässer ansehen wollte. —

Finnland.

Wahlrechtskampf und Sozialdemokratie.

Der Freiheitskampf des finnländischen Volkes war zunächst ein nationaler, der sich gegen die russische Gewalt Herrschaft richtete, die seit dem Jahre 1809 unablässig bestrebt war, die vom Jaren beschworene Landesverfassung zu untergraben, Finnland ganz so wie irgend ein anderes Gouvernment des russischen Reiches zu behandeln. Die Bewegung besaß jedoch immer mehr einen ausgesprochenen Klassencharakter. Die finnländische Sozialdemokratie tritt nämlich immer mehr in den Vordergrund mit einer selbständigen proletarischen Politik. Dadurch werden auch die Richtung, die Ziele und die Methoden des Kampfes ganz andere. Während die bisherige Bewegung in Finnland hauptsächlich auf die Konfessionierung des status quo, der früheren Absonderung Finnlands vom übrigen Jarenreiche gerichtet, sonst aber höchst „lokal“ war und sich um die inneren sozialen und politischen Kämpfe gar nicht kümmerte, ja sogar eine entschiedene Zurückhaltung zur Schau trug, wird jetzt vom Proletariat Finnlands nicht sowohl der Separatismus wie die Demokratisierung Finnlands verlangt. Anstelle der partikularistischen Strömungen tritt offen die Solidarität mit dem russischen Proletariat, das Gefühl der politischen Klassenzugehörigkeit. Und schließlich tritt an Stelle des Terros, dieses äußersten Verzweiflungsmittels des bürgerlichen Radikalismus — die echt proletarische Methode des Massenkampfes — der Generalstreik.

Durch den mit bewundernswürdiger Einmütigkeit und Kraft durchgeführten Generalstreik der finnischen Arbeiterklasse ist es gelungen, die Vertreter der russischen Gewalt Herrschaft zu beseligen; die Jarenweiche finnische Nationalisten werden als Vaterlandsverräter gebrandmarkt und aus den leitenden Staatsstellungen vertrieben. So hat jetzt auch der Minister-Staatssekretär Lindbergh seinen Posten verlassen müssen. Er war seinerzeit ein Hand-

langer des ermordeten Generalgouverneurs Bobrikoff und behäfflich, dessen Verurteilungsmahregeln durchzuführen.

Damit aber, daß die alte finnländische Verfassung mit ihrer mittelalterlichen Ständevertretung im Landtag wieder hergestellt wird, kann sich das finnländische Volk, kann sich die Arbeiterklasse selbstverständlich nicht zufrieden geben. Statt der Vertretung des Adels, des Priestertums, des Bürger- und des Bauernstandes wird ein modernes Parlament, hervorgegangen aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen, mit nur einer Kammer verlangt. Dieser Forderung der sozialdemokratischen Arbeiterklasse haben sich auch die freisinnig-konstitutionellen Jungfinnen, die „gemäßigten“ Finnen sowie die Jungschweden (die Partei der freisinnigen schwedisch sprechenden Bevölkerung) angeschlossen. Viel Vertrauen kann die Arbeiterklasse selbstverständlich auf diese Parteien nicht setzen. Es ist denn auch eine starke Strömung innerhalb der finnländischen Sozialdemokratie für einen allgemeinen Massenstreik zur Erlangung des Wahlrechts vorhanden.

Gegenwärtig finden die Wahlen zum finnländischen Landtag statt. In Vornborg sind zwei Sozialdemokraten gewählt worden. Die Partei selbst hat jedoch Wahlenthaltung proklamiert, so daß hier also offenbar ein Disziplinbruch vorliegt. Dies erblickt schon daraus, daß die zwei Sozialdemokraten nicht aus eigener Kraft der Partei gewählt, sondern von den Bürgerlichen auf ihre Seite aufgenommen wurden. Selbstverständlich ist das ein Mandat, um der Arbeiterklasse „den Mund zu stopfen“ und sie von der für die finnische Bourgeoisie so unangenehmen selbständigen revolutionären Politik abzubringen. Der Beschluß, sich nicht an den Wahlen zu beteiligen, ist auf dem kurz vor Beginn der Wahlen abgehaltenen Parteitag zu Kammerfors mit 191 gegen 96 Stimmen gefaßt worden. Es herrscht eine starke Meinungsverschiedenheit über diese Frage. Sie wurde vorher in einem Ausschuss beraten, und 7 Mitglieder dieses Ausschusses empfahlen Wahlbeteiligung, 5 Wahlenthaltung. Der Parteitag selbst hat dann im Sinne der Ausschussmehrheit entschieden. Der Sitz der Parteileitung wurde von Abo nach Helsingfors verlegt. Vom Vorstand der revolutionären russischen Sozialdemokratie war eine Begrüßungsdeputation eingeladen, in der die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß die finnische und die russische Sozialdemokratie den Kampf gegen die Selbstherrschermacht glücklich zu Ende führen möge.

Dem Parteivorstand wurde der Auftrag erteilt, eine Verbindung mit den russischen Parteigenossen anzubahnen. —

Aus Industrie und Handel.

Vom Tapetenring. Der Verein deutscher Tapetenfabrikanten, der in den nächsten Tagen seine Generalversammlung abhält, kann für sich in Anspruch nehmen, zu den Organisationen zu gehören, die sich bei Wahrnehmung ihrer Interessen nicht durch sentimentale Gemütsbewegungen hindern lassen, die rücksichtslos über Ertzenzen hinwegschreiten, wenn diese der Konsumentenplünderer im Wege stehen. Der Verein setzt die Minimalverkaufspreise für Fabrikanten und Händler fest. Kein Fabrikant, kein Händler, darf unter diese Preise heruntergehen, dagegen steht jedem frei, so viel Ausschlag herauszuschlagen, als nur zu erlangen ist. Wer gegen die Satzungen verstößt, wird gesperrt, als Fabrikant von den Händlern, als Händler von den Fabrikanten. Die Aufhebung der Sperre muß mit Zahlung einer hohen Geldstrafe und schriftlicher Anerkennung der Satzungen erkaufte werden. Da die meisten Fabriken, welche bessere Ware auf den Markt bringen, dem Ring angehören, so müssen die gesperrten Händler sich in der Regel flüchten, oder sie sind ruiniert. Händler und Fabrikanten kontrollieren sich gegenseitig, damit kein Händler ungestraft bleibt. Händler und Fabrikantenverein arbeiten Hand in Hand; Vorstände und Mitglieder werden durch streng vertrauliche Schreiben über die Verurteilungen und ihre Sünden wider den H. Ringpreis unterrichtet. Die wenigen nicht in den Verbänden organisierten Fabrikanten und Händler machen sich die günstige Position als Außenseiter zu nütze, sie verkaufen etwas unter den Ringpreisen und haben gute Konjunktur. Die vom Ring beherrschte Preispolitik charakterisiert sich als Monopolwirtschaft im besten Sinne des Wortes. „Geschäft“ sind die Preise natürlich nur in Deutschland, auf dem Auslandsmarkt gilt die freie Konkurrenz. Tapeten, die im Inlande 14—20 Pf. die Rolle kosten, gehen für 10—12 Pf. ins Ausland, bessere Sorten, die der deutsche Käufer mit 70 Pf. bezahlen muß, ersticht man im Auslande für 14—15 Pf. Bei Porzellan und Briefen gibt es ähnliche, ja noch krassere Preisunterschiede. In Deutschland wird die geringere Sorte Porzelle mit 40—50 Pf. für die Rolle bezahlt, in Holland kauft man dieselbe Ware für 13—15 Pf. Der Preis für Briefe sieht in Deutschland um das Fünftel und Mehrfache höher als in Holland, wo die Rolle für 30 bis 100 Pf. zu haben ist.

Solche Politik wird von den Verbänden als „Schutz der nationalen Arbeit“ rubriziert.

Der Uebergang in die neuen Zollverhältnisse

wird für die am Außenhandel beteiligten Firmen voranschreitend mangelnde Schärfe durch die dadurch mit sich bringende, daß Warenentbungen, die rechtzeitig abgehandelt waren, durch irgendwelche Umstände verspätet zur Zollabfertigung oder, wenn selbst rechtzeitig angemeldet, erst verspätet zur Abfertigung gelangen und damit bereits unter die Geltung der neuen — zumeist erheblich höheren — Zollsätze fallen. Informationen an zuständigen Stellen haben ergeben, daß die bestehenden Bestimmungen zum Teil unklar sind und eine verschiedenartige Behandlung in den einzelnen Staaten zu befürchten ist. Im Interesse des Handels und der Industrie aller beteiligten Länder liegt eine möglichst einheitliche und gleichmäßige Praxis, die auch den gerechtfertigten Ansprüchen des Export- und Importgeschäfts Rechnung trägt. Die beteiligten Regierungen haben sich aber zumeist mit den hieraus entstehenden Schwierigkeiten bisher nicht beschäftigt.

Zur Vermeidung dieser Frage hat der Handelsvertragsverein am 21. d. M. eine Sachverständigen-Konferenz veranstaltet und auf Grund der Ergebnisse ihrer Verhandlungen jetzt eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, in der unter eingehender Begründung Uebergangsmahregeln gefordert werden.

Deutschlands Handel in Textilprodukten. Wie bei Kohle und Eisen, zeigt auch der auswärtige Handel Deutschlands in den ersten zehn Monaten dieses Jahres gegenüber der Parallellzeit des Vorjahres eine teilweise erhebliche Zunahme. Die Baumwolle ist von 258 000 auf 285 000 Doppelzentner gestiegen, die Jute von 95 000 auf 112 000, dagegen ist die Schafwolle von 60 000 auf 47 000 und der Hanf von 45 000 auf 26 000 Doppelzentner zurückgegangen. Die Einfuhr ungefärbter Rohseide hat sich von 3073 auf 3209 Doppelzentner gehoben. Die Einfuhr von Baumwollengarn und Wollgarn ist ein wenig gestiegen. Auch die Ausfuhr von Garnen ist gestiegen, und zwar die von baumwollenen wesentlich stärker als die von wollenen. Von den Textilwaren zeigen fast alle baumwollenen und wollenen Sorten eine mäßige Steigerung der Ausfuhr; ebenso macht sich bei den Seidenwaren und den Leinwandwaren eine Zunahme der Ausfuhr bemerkbar. Kleider und Leibwäsche zeigen eine nur um ein geringes erhöhte Ausfuhr.

Folgen des Fleischnot. Trotz Erschöpfung der Einfuhr hat die große Fleischnot in Deutschland eine stark Zunahme des Imports hervorgerufen. Von Januar bis Oktober d. J. ist gegen dieselbe Zeit im Jahre 1904 die Einfuhr von frischem Rindfleisch um 12 800 auf 21 700, die von frischem Schweinefleisch von 5500 auf 13 600, die von einfach zubereitetem Rindfleisch von 3900 auf 6900, die von einfach zubereitetem Schweinefleisch von 1600 auf 3100 Doppelzentner

gestiegen, so daß die Fleischzufuhr im ganzen um rund 24 000 Doppelzentner zugenommen hat. In den 10 Monaten ist die Fleischzufuhr um 88 000 Doppelzentner gestiegen. Die Einfuhr von Schweinefleisch hat sich im Oktober d. J. von 2000 auf 9600 und in den 10 Monaten von 21 000 auf 73 900 Doppelzentner erhöht. Die Einfuhr lebenden Viehes hat sich im Oktober nur um 9000 Doppelzentner erhöht. Die Zunahme entfällt überdies noch fast ausschließlich auf die Pferde. Die Einfuhr von Rindvieh ist von 27 263 auf 26 904 Stück, die von Kalbervon 1477 auf 1333 Stück zurückgegangen, die Schweinezufuhr hat sich von 5229 auf 5785 Stück erhöht. Die Einfuhr lebender Gänse ist von 1545 954 auf 1 781 434 Stück gestiegen.

Kapitalerhöhung. Zweck Erwerbung der Hütte Pösching-Schweizeralm erhöht der Schweizer Bergwerksverein sein Aktienkapital um 1 Million Mark auf 19 Millionen Mark.

Deutsche Bierbrauerei A.-G. Der Gesamtergebnisgewinn einschließlich Vortrag beträgt 766 081 M., von dem Abschreibungen von 208 884 M. vorgenommen wurden. Aus dem Reingewinn von 557 197 M. wurden 10 Proz. Dividende verteilt.

Neuer Gerbstoffextrakt. Es werden jedes Jahr große Mengen der Shorea robusta und der Terminalia tomentosa in Indien gesammelt. Während das von diesen Bäumen gewonnene Holz sehr geschätzt wird, hat die Rinde derselben bisher keine nennenswerte Verwendung gefunden. Man hat nämlich die Erfahrung gemacht, daß dieselbe bei Verwendung zum Gerben von Leder eine purpurartige Färbung erzeugt, welche nicht zufriedenstellend ist. Die Abteilung für das indische Forstwesen hat sich deshalb an die wissenschaftlich-technische Abteilung des „Imperial Institute“ in London mit dem Ersuchen gewandt, Versuche anzustellen, wie diesem Uebel abgeholfen werden könne. Diese Versuche sind, wie jetzt bekannt gegeben wird, erfolgreich gewesen, und es ist aus der Rinde der oben bezeichneten Bäume ein Extrakt hergestellt worden, welcher alle gewünschten Eigenschaften besitzt. Dieser Extrakt soll künftig in Indien hergestellt werden. Man nimmt an, daß derselbe im Lande eine ausgedehnte Verwendung finden wird, hofft aber auch, einen großen Teil davon ausführen zu können.

Soziales.

Aufhebung der Hülfskassen. Dem Reichstage ist ein Entwurf eines Gesetzes über die Hülfskassen zugegangen. Die wesentlichen Bestimmungen dieses 6 Paragraphen umfassenden Gesetzeswurfs lauten wie nachstehend:

Das Gesetz über die eingeschriebenen Hülfskassen wird aufgehoben. §. 3. Die Vorschriften der Reichs- und Landesgesetze, die sich auf die eingeschriebenen Hülfskassen und deren Mitglieder beziehen, gelten für die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, die zum Betriebe der Versicherung ihrer Mitglieder gegen Krankheit befugt sind, und für deren Mitglieder.

Die Mitglieder dieser Versicherungsvereine sind von der Verpflichtung, der Gemeinde-Krankenversicherung oder einer nach Maßgabe des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenkasse anzugehören, nur dann befreit, wenn die Satzung außer den Bestimmungen des § 70 des Krankenversicherungsgesetzes den nachstehenden Anforderungen genügt: 1. Der Beitritt darf von der Beteiligung an anderen Gesellschaften oder Vereinen nur dann abhängig gemacht werden, wenn eine solche Beteiligung für sämtliche Mitglieder bei Errichtung des Versicherungsvereins durch die Satzung vorgesehen ist. Im übrigen darf den Mitgliedern die Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit dem Zwecke des Versicherungsvereins in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden. 2. Als Krankenunterstützung dürfen den Mitgliedern nur Krankengeld, ärztliche Behandlung, Arznei und andere Heilmittel, Verpflegung in einem Krankenhaus sowie die geeigneten Mittel zur Erleichterung der ihnen nach der Genesung verbliebenen körperlichen Mängel gewährt werden. Auch darf die Krankenunterstützung an Wöchnerinnen sowie eine Schwangerschaftsunterstützung gewährt und die Gewährung ärztlicher Behandlung und von Arznei auf die Familienangehörigen der Mitglieder ausgedehnt werden. Den Hinterbliebenen verstorbenen Mitglieder darf ferner eine Beihilfe gewährt werden, welche das Lebensbedürfnis der wöchentlichen Unterstützung, auf welche das verstorbene Mitglied Anspruch hatte, nicht übersteigt. 3. Zu anderen Zwecken als den in Nr. 2 bezeichneten Unterstützungen und der Deckung der Verwaltungskosten dürfen weder Beiträge von den Mitgliedern erhoben werden, noch Verwendungen aus dem Vermögen des Versicherungsvereins erfolgen. 4. Dem Vorstand und dem Aufsichtsrate dürfen nur volljährige und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Mitglieder angehören; auch dürfen nur solche Mitglieder im obersten Organe (Versammlung von Mitgliedern oder von Vertretern der Mitglieder) ein Stimmrecht ausüben. 5. Wegen Ueberschreitung der Altersgrenze, über welche hinaus nach Bestimmung der Satzung Mitglieder nicht aufgenommen werden, und wegen Veränderung des Gesundheitszustandes, von welchem nach Bestimmung der Satzung die Aufnahme abhängig ist, darf der Ausschluss nicht erfolgen. Wegen des Austritts oder Ausschlusses aus einer Gesellschaft oder einem Vereine können Mitglieder nicht ausgeschlossen werden, wenn sie dem Versicherungsverein bereits zwei Jahre angehört haben. Erfolgt ihre Ausschließung vor Ablauf dieser Zeit, so haben sie mindestens Anspruch auf Ertrag des von ihnen bezahlten Eintrittsgeldes.

Die Befreiung von der Verpflichtung der Gemeinde-Krankenversicherung oder einer nach Maßgabe des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenkasse anzugehören, ist ferner davon abhängig, daß dem Versicherungsverein eine Versicherung gemäß § 75a des Krankenversicherungsgesetzes erteilt ist, welche sich zugleich darauf erstreckt, daß die Satzung dieses Vereins den Anforderungen des Abs. 2 Nr. 1 bis 5 entspricht.

§ 4. Versicherungsunternehmungen, die beim Inkrafttreten des Gesetzes auf Grund des Gesetzes über die eingeschriebenen Hülfskassen zum Geschäftsbetriebe befugt sind, bedürfen zur Fortsetzung ihres Geschäftsbetriebs in den bisher durch die Zulassung gestatteten Grenzen keiner Erlaubnis nach Maßgabe des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen.

§ 5. Die einer Versicherungsunternehmung als eingeschriebener Hülfskasse auf Grund des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes ausgetretete Versicherung ist zu widerrufen, wenn die Versicherungsunternehmung den Bestimmungen des § 3 Abs. 2 Nr. 1 bis 5 zuwiderhandelt. Alle Versicherungen der bezeichneten Art verlieren am 1. Januar 1907 ihre Gültigkeit, sofern sie nicht nach der Verkundung dieses Gesetzes von neuem erteilt worden sind.

Die Begründung des Gesetzeswurfs betont, daß allerdings viele eingeschriebene Hülfskassen eine einwandfreie Tätigkeit entfalten haben, insbesondere die Betriebskassen. Aber es müsse gegen die Schwindkassen eingeschritten werden, vor denen auch wir häufig gewarnt haben. Dieser Zweck kann unseres Erachtens durch den eingebrachten Entwurf nicht erreicht werden, der vielmehr sehr gesunde Rassen Vegetationen unterwirft und die Unterstellung unter das Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen für den geeigneten Weg zur Unterdrückung von Schwindkassen hält. Dagegen könnten vielmehr in erster Linie Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes, vor allem Veseitigung der Wettbewerbswegen Doppelversicherung und Zentralisierung der Kassen, helfen.

Errichtung eines Gewerbegerichts in Auerbach. Die städtischen Behörden von Auerbach in Sachsen haben die Errichtung eines Gewerbegerichts beschlossen, nachdem Arbeitgeber und Arbeiter sich für die Notwendigkeit der Errichtung erklärt hatten.

Gewerkchaftliches.

Polizeilicher Gesetzeschutz.

Die Holzarbeiter in Berlinchen befinden sich bekanntlich in einem Kampf ums Koalitionsrecht. Der Stuhl-fabrikant Reustein hat nun der Kommission der Arbeiter auf Ehrenwort erklärt, in Zukunft keinen Arbeiter und keine Arbeiterin wegen Zugehörigkeit zur Organisation zu entlassen. Anders denkt die Firma Gebr. Janke, die mit allen Mitteln arbeitet, um die Arbeiter zu bewegen, aus der Organisation auszutreten. Nur ein Beispiel: Einer Arbeiterin, die Invalidenrente bezieht, wurde angedroht, daß sie, wenn sie nicht aus dem Verbands austrete — am längsten diese Rente bezogen habe.

Die vielen Schikanen, denen die Arbeiterinnen ausgesetzt sind, haben denn in der Tat zur Folge gehabt, daß 26 Arbeiterinnen aus der Organisation ausgetreten sind. Um nun auch den noch feststehenden Arbeiterinnen die Organisation zu verleiden, ist die Polizei den bedrängten Fabrikanten zu Hilfe gekommen.

Zu Sonnabend, den 25. November, war eine Holzarbeiter-Versammlung einberufen, zu der der Gauleiter Franz Stufche das Referat übernommen hatte. Vor der Versammlung gingen der kritischen Verwaltung des Holzarbeiter-Verbandes folgende Schreiben zu:

Polizei-Verwaltung.
J.-Nr. II 2055. Berlinchen, den 25. November 1905.

Erwidern auf die Anzeige vom 23. d. M.
Die Anmeldebekanntmachung wird mit dem Bemerkten zugelandet, daß Frauenpersonen der Versammlung nicht beizuwohnen dürfen, weil gesetzlich unzulässig.

(Unterschrift.)

An Herrn Julius Knuth, hier.

Polizei-Verwaltung.
J.-Nr. II 2046. Berlinchen, den 25. November 1905.

Nach Ihren letzten Anzeigen sind der hiesigen Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes auch Frauenpersonen als Mitglieder beigetreten. Das ist gesetzlich unzulässig und die Verwaltung wird aufgefordert, vorbehaltlich des einzuleitenden Strafverfahrens, diese Frauenpersonen sofort zu streichen, dieselben hierüber zu benachrichtigen, und daß es geschehen, binnen drei Tagen anzuzeigen.

(Unterschrift.)

An die Verwaltung der Zahlstelle
des Holzarbeiter-Verbandes,
J. G. des Bevollmächtigten
Herrn Julius Knuth, hier.

Aber auch die organisierten Arbeiterinnen erhielten von der Polizei nach der Fabrik gebracht je ein Schreiben folgenden Inhalts:

Polizeiverwaltung.
J.-Nr. II 2046. Berlinchen, den 25. November 1905.

Nach einer uns zugegangenen Anzeige sind Sie der hiesigen Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes beigetreten. Das ist gesetzlich unzulässig. Wir haben Ihre Streichung gefordert, und stellen anheim, etwa gezahlte Beiträge von der Verwaltung der Zahlstelle zurückzufordern.

(Unterschrift.)

So schützt die Polizei das Gesetz!

Man fragt unwillkürlich, ob denn der Behörde unbekannt ist, daß auch die Arbeiterinnen ein gesetzliches Koalitionsrecht haben, oder ob sie etwa gar trotz ihrer Kenntnis dieses Umstandes gegen das Koalitionsrecht der Arbeiterinnen vorgeht. In beiden Fällen ist sie jedenfalls nicht fähig, über Rechte und Gesetze zu wachen, die sie nicht kennt oder die sie nicht achtet.

Von dem Gauleiter ist sofort Beschwerde an die zuständigen Instanzen gerichtet worden.

Berlin und Umgegend.

Gärtnerbewegung. Eine am 29. November im „Königs Hof“ abgehaltene Gärtnerverammlung nahm den Bericht der Lohnkommission entgegen. Nach reichlicher Aussprache wurde der von der Kommission eingebrachte Entwurf in den wesentlichsten Punkten gutgeheißen und angenommen. Die Forderungen lauten auf 1 1/2 stündige Arbeitszeit, mit 2 Stunden Pause. Als Minimallohn wird für Gärtnergehilfen 55 Pf., für Gärtnearbeiter 45 Pf. pro Stunde verlangt. Ueberstunden sind mit 15 Pf. Zuschlag zu berechnen. Desgleichen wird die Bezahlung der Zeit und der Beförderungsmittel von und zur Arbeitsstelle verlangt, weiter Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises, sowie Abschluß eines Tarifes für vorgenannte Forderungen. Die Kommission wurde beauftragt, die Forderungen den Arbeitgebern baldigt zu unterbreiten.

Die Eisenformer und Dieleierarbeiter hielten am Mittwoch im „Kölberger Salon“ ihre gut besuchte Branchenversammlung ab. Es mußte auch diesmal wieder berichtet werden, daß die feiner Zeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern getroffenen Vereinbarungen von den Formern meistern einer Anzahl Betriebe nicht eingehalten worden sind. Besonders die leidige Ausschuhfrage führt zu häufigen Differenzen, weil den Formern vielfach die Bezahlung solches Ausschusses vorenthalten wird, an dem sie keinerlei Verdienste tragen. An die Versammlung erging daher die dringende Ermahnung, unbedingt auf die strikteste Innehaltung der Vereinbarungen zu achten. Bekannt gegeben wurde sodann, daß der Streik in den Stahlwerken zu Ober-Schönevide durch einen Vergleich beendet worden ist. Den Streikenden wurde vom Direktor ein Mindest-Affordverdienst von 55 Pf. pro Stunde zugesichert. Alsdann erfolgte die Wahl der Agitationskommission. Gewählt wurden Siewert, Sallerich, Alig, Schmidt, Bernide, L. Müller, C. Müller, Stopsad und Schwendt.

Achtung, Baukempner! Die Firma Pflaum u. Großmann (früher Bod), Kantonien-Allee 38, ist gesperrt. Die Firma hat den Tarif unterschrieben, hält ihn aber nicht inne. Gleichzeitig sind folgende Bauten gesperrt:

Rixdorf: Bau Schulz, Boddin-Platz. Rodden: Bau Ränse, Nagarethstraße. 50, desf. Wazte. 13g, desf. Uredwerste. 17/19, Bau Schneider, Fehmarstraße. 20 und Bau Müller, Fehmarstraße. 21. An die organisierten Bauarbeiter richten wir das Ersuchen, uns Mitteilung zu machen, falls Kempner auf diesen Bauten anfangen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Eine verunglückte Staatsaktion.

Bei der letzten Bauarbeiterausperrung in Rheinland und Westfalen leisteten die beiden christlich organisierten Maurer Lehnards und Chemnitz in Ruhrort-Weed Arbeitswilligendienst. Die braven Ketter des Kapitales wollen dabei von dem freiorganisierten Maurer Schweppe beleidigt und bedroht worden sein. Die Sache kam vor der Strafkammer in Duisburg zur Verhandlung, zu welcher auch der Genosse Deusch als Entlastungszeuge geladen war. Die beiden Christlichen machten ihre Aussage im Sinne der Anklage und beschworen dieselbe. Gen. Deusch beschwor aber das gerade Gegenteil, daß von einer Beleidigung und Bedrohung keine Rede sein könne. Die Sache sollte für Deusch noch ein Nachspiel haben, es wurde gegen

ihn Anklage erhoben wegen Weineids. Auch in Untersuchungshaft wurde er genommen, aber nach drei Wochen und einem Tage wieder in Freiheit gesetzt. Die Sache wurde dann an das Schwurgericht in Duisburg verwiesen, wo sie am Sonnabend zur Aburteilung stand. Die Verhandlung dauerte volle acht Stunden und endete mit dem Nichtschuldig-Spruch der Geschworenen, worauf kostenloser Freisprechung erfolgte.

Der von gewisser Seite erhoffte Schlag gegen die Sozialdemokratie und gegen die freien Gewerkschaften ist also daneben gegangen.

Der Rießer Straßenbahnerstreik

ist, wie uns aus Kiel berichtet wird, in seinem plötzlichen Ausbruch durch die Wirkung einer geradezu empörenden Provokation der Angestellten durch die Direktion der Gesellschaft. Die Schaffner und Wagenführer befanden sich seit einigen Tagen in einer Lohnbewegung. Die Wagenführer, die durch die kürzlich erfolgte Einführung von Schaffnern im Wegfall der Trinkgelder eine beträchtliche Einbuße ihres Einkommens erlitten hatten, forderten eine Erhöhung ihres Lohnes, der 3,00 bis 3,55 M. beträgt, um 50 Pf. Die Schaffner forderten denselben Lohn, den sie früher als Wagenführer bezogen hatten, nämlich 3,55 M. statt der jetzigen 3,40 M., sowie die Wiedererrichtung der früher gewährten einprozentigen Lantieme vom Bruttogehalt. Ferner verlangten beide Kategorien die strikte Innehaltung der zehnstündigen Arbeitszeit, Vergütung der Ueberstunden, monatliche statt der dreitägigen Kündigungsfrist, anständigerer Behandlung, regelmäßige Frühstücks-pausen, Errichtung von Aborten an den Endstationen und ähnliche Selbstverständlichkeiten. Eine Kommission wurde gewählt, die mit der Direktion verhandeln sollte. Am Mittwoch nachts überbrachte diese einer Versammlung der Angestellten den Bescheid der Direktion. Die Direktion will den Schaffnern eine Lohnerhöhung von 15 Pf. pro Tag zugestehen, von einer Lohnerhöhung für die Wagenführer könne keine Rede sein, dazu führen diese zu miserabel. Auf das Verlangen, daß an einem freien Tage auch wirklich nicht gefahren zu werden brauche, wurde erwidert: auf Befehl müsse immer gefahren werden. Hierbei wurde erwähnt, daß Wagenführer 6, ja 11 Wochen hintereinander ohne freien Tag gefahren haben. Das Ersuchen der Schaffner und Wagenführer, zum Teil im Dienst ergrante Männer, nicht vor dem Publikum wie Schulknaben von den Kontrolleuren gerüffelt zu werden, wurde zurückgewiesen und eine noch schärfere Art der Behandlung angekündigt. Die Forderung der monatlichen Kündigungsfrist nannte der Direktor eine U n e r s c h ä m t e i t. Schließlich versüßte der Herr sich dahin, wer damit nicht zufrieden sei, der werde entlassen, einerlei ob er einen Monat oder fünf Jahre im Betriebe stehe. — Der Bericht erregte begreiflicherweise unter den Versammelten, die bis dahin ihre Lohnbewegung mit der größten Gelassenheit betrieben hatten, die höchste Erregung. Die Kommission stellte dann noch mit, daß sie auch beim Kieler Polizeipräsidenten vorstellig geworden sei. Dieser habe die Gerechtigkeit der meisten ihrer Forderungen anerkannt, aber vor dem Streik, als einem Kontrollbedürfnis gewarnt, denn er müsse dann im öffentlichen Interesse die Straßenbahngesellschaft energisch unterstützen. Trotz dieser Warnung und obwohl auch der amwesende Vertreter des Handels- und Transportarbeiterverbandes weitere Unterhandlungen mit der Direktion empfahl und von den äußersten Schritten abriet, da keiner der Angestellten organisiert sei, beschloß die Versammlung den sofortigen Eintritt in den Streik. Der Beschluß wurde, wie bereits telegraphisch gemeldet, am Donnerstag früh ausgeführt. Gegen Mittag gelang es der Direktion, von den 45 Wagen auf einer Linie sieben fahren zu lassen, die mit acht Kontrolleuren, je zwei arbeitswilligen Bremsern und Schaffnern und einem arbeitswilligen Wagenführer besetzt waren. Der Entschluß der Straßenbahner dokumentiert sich auch dadurch als Akt äußerster Notwehr, daß der Streik am letzten des Monats proklamiert und nicht einmal die Gehaltszahlung am 1. Dezember abgewartet wurde, obwohl man sich in der entscheidenden Versammlung nicht verhehlt, daß die Direktion die Nichtinnehaltung der Kündigungsfrist zu Schikanierungen bei der Gehaltsanzahlung ausnutzen und mancher der Streikenden in eine unmittelbare Notlage versetzt werden könnte.

Lohnbewegung in der vogelwägenischen Stiderei-Industrie? Einen mit verschiedenen Lohnerhöhungen verbundenen Tarifentwurf haben die vereinigten Stiderei von Eschberg, Geiz, Sachswig und Hermannsgrün ihren Unternehmern vorgelegt. Einige Firmen sollen daraufhin, nach Meldung eines bürgerlichen Blattes, bereits eine Zulage von einem Pfennig für 1000 Stück bewilligt haben.

Von 150 Getreidearbeitern in Duisburg haben 135 wegen Lohnhöhen die Arbeit eingestellt. Die Unternehmer zeigen sich entgegenkommend, wollen aber nichts mit dem Verbände zu tun haben. (Hafenarbeiter-Verband.) Eine Versammlung soll morgen Stellung zu der Angelegenheit nehmen. Die Zugeständnisse der Unternehmer würden eine Lohnerhöhung von etwa 6 M. pro Woche betragen. Die Organisation ist noch jung, aber der Geist ist gut.

Achtung, Schriftgießer! Die Schriftgießerei Lehmann und Verthold zu Petersburg suchen in Deutschland Streikbrecher. Zwei Streiks, die von dem Personal der beiden Gießereien (zifa 250 Arbeiter) geführt wurden, fielen zu deren Gunsten aus. Darauf drohte die Firma Lehmann, die Schriftgießerei zu schließen und ausländische Arbeiter heranzuziehen. Bald folgte die Firma Verthold diesem Beispiel. Die Firmen versuchen nun, Arbeiter aus Berlin, Stuttgart und Wien (teilweise aus den Filialen der Firma Verthold) heranzuziehen. — Schriftgießer, die sich verlocken lassen, nach Petersburg zu gehen, werden dort als Streikbrecher Verwendung finden. Da die deutschen Schriftgießer in ihrer übergroßen Mehrzahl organisiert sind, werden sie es ablehnen, diese Rolle zu übernehmen.

Husland.

Der Streik von Plainfaing beendet. Der Zustand in Plainfaing ist mit einem Ausgleiche beendet worden, der den Arbeitern einzelne Vorteile bringt, aber ihre Hauptforderung, die Lohnerhöhung, unerfüllt läßt. Die Situation des Streiks war in der letzten Zeit derart geworden, daß eine Fortsetzung des Kampfes nicht mehr möglich schien. Die Unternehmer hatten eine Anzahl Streikbrecher gefunden, mit denen sie den Betrieb, wenn auch in beschränktem Umfang, wiedereröffneten. Unter den Arbeitern trat namentlich infolge schäner Polizeimethoden eine verhängnisvolle Unmüdigkeit ein. Indessen gelang es doch ganz zum Schluß, die Streikdisziplin wieder herzustellen, und dies veranlaßte wohl nun die Unternehmer, die Friedensvermittlung des Unterpräsidenten nicht abzuschlagen. Leider konnte die Wiederaufnahme der 34 Gemahregeln nicht durchgeführt werden. Unter ihnen befindet sich auch der von einem „Gelben“ durch einen Flintenschuß schwer verwundete Denzo, ein Mitglied des Streikkomitees.

Der Streik der dänischen Textilarbeiter. Durch die Verhandlungen in den einzelnen Fabriken sowie durch die allgemeinen Verhandlungen ist nun, was die meisten Streitfragen anbelangt, eine Einigung zwischen den Vertretern des Textilarbeiter-Verbandes und der Fabrikanteneinigung erzielt worden, jedoch nicht über die Gültigkeitsdauer des abzuschließenden Übereinkommens. Die

Fabrikanten möchten den Tarif auf mindestens 5 Jahre abschließen, die Vertreter der Arbeiter auf höchstens 3 1/2 Jahre. Ob unter diesen Umständen eine Einigung zustande kommen kann, darüber werden in der nächsten Tagen die Generalversammlungen der Organisationen entscheiden. Durch die bürgerliche Presse ist die Nachricht verbreitet worden, daß der Streik schon beendet sei und daß die Arbeit schon wieder aufgenommen werden sollte. Das entspricht jedoch nicht den Tatsachen.

Ausländige Erbauer der Pariser Untergrundbahn hatten nach Schluß einer Versammlung einen Zusammenstoß mit Arbeitswilligen, in den die Polizei eingriff. Zwölf Polizeibeamte wurden dabei verwundet. Es wurden etwa 20 Personen verhaftet.

Fast sämtliche Werkereien in Petersburg sperrten ihre Arbeiter aus. 1800 Werkstätten. Vermittlungsversuche scheiterten am Widerstande der Fabrikanten.

Verfammlungen.

Verband der Glaser. Am Montagabend beschäftigte sich im Gewerkschaftshause eine Versammlung der Glaser mit dem Streik in der Elektrizitätsbranche. Der Vorsitzende schilderte in großen Zügen die Entstehung und den Verlauf des Kampfes. Er sei der Meinung, entweder hätten die Streikenden trotz der geringfügigen Zugeständnisse die Arbeit wieder aufnehmen müssen, oder die beteiligten Organisationen hätten in dem Augenblick, als der erste Mann ausgesperrt wurde, ihre volle Macht entfalten sollen und den Kampf auf der ganzen Linie entbrennen lassen. Verfehlt sei es gewesen, nur die Streikenden allein über die eventuelle Aufnahme der Arbeit im ersten Stadium des Kampfes abstimmen zu lassen. Am meisten zu bedauern wäre die große Zersplitterung der Arbeiter in so zahlreiche Organisationen und Organisationsgängen. Der Referent sowohl als auch sämtliche Diskussionsredner führten aus, daß im vorliegenden Falle von einer effektiven Niederlage der Arbeiter gesprochen werden könne und man doch nicht seitens einiger beteiligten Gewerkschaften die Niederlage in einen kleinen Erfolg umzuwandeln versuchen sollte. — Hieran schloß sich eine Diskussion über die Haltung eines Keiles der Gewerkschaftspreise in Sachen der „Vorwärts“-Angelegenheit. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 20. November im Gewerkschaftshause tagende Versammlung der Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Glaser beurteilt aufs schärfste das Vorgehen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Sachen des „Vorwärts“-Konflikts. Sie beurteilt ferner, daß der Redakteur des eigenen Fachorgans, der „Glaserzeitung“, den von der Generalkommission den Gewerkschaftsblättern zugeschiedenen Vorkurs ohne weiteres an hervorragender Stelle abdrucke. — Des weiteren erblickt sie in der völlig einseitigen Stellungnahme der in Betracht kommenden Personen ein durch nichts gerechtfertigtes systematisches Vorgehen gegen die Leitung der politischen Arbeiterorganisationen. Die Versammlung bedauert, daß in einer Zeit, in der die Augen des organisierten Proletariats der ganzen Welt auf den heroischen Kampf des russischen Proletariats gerichtet sind, einige Leiter der deutschen Gewerkschaftsbewegung, statt für die größtmögliche Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft zu wirken, noch Gegensätze sähen und so die Arbeiterschaft in ihrem Vormarsch hemmen. Die Mitglieder erklären, daß sie mit der Haltung der „Glaserzeitung“ in dieser Frage nichts zu tun haben, die Verantwortung darüber dem Redakteur überlassen und zu gegebener Zeit über den erfolgten Mißbrauch ihres Fachorgans Rechenschaft fordern werden.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Schließung der Pariser Arbeiterbörse vor der Kammer.
Paris, 1. Dezember. (B. L. W.) Die Deputiertenkammer nahm heute die Verhandlung über die Interpellation wegen Schließung der Pariser Arbeiterbörse wieder auf. Ferner billigt es, daß die Regierung der Arbeiterbörse nicht gestattet hat, militärische Propaganda zu machen. Sembat (Soz.) behauptet, wahrer Absicht bei Schließung der Arbeiterbörse sei eine Lahmlegung der Arbeiterbewegung gewesen, aber dieser Versuch werde scheitern. Man habe in bezug auf die Arbeiter gemachte Versprechen nicht gehalten, sie gewähren nicht die Wohltaten des Vaterlandes. Redner erinnert an den Zustand von Longwy und behauptet, die Ausständigen hätten das Recht gehabt, Vergeltungsmassregeln zu üben, nachdem ein Offizier Befehle hatte, auf sie zu schießen.

Büternen wird „informiert“!

Petersburg, 1. Dezember. (B. L. W.) Wegen der Vorgänge in Sewastopol wurde für den Jaren ein telephonischer und telegraphischer Spezialdienst eingerichtet mit allen Kriegshäfen, in denen Kriegsschiffe stationieren. Den Dienst versehen verlässliche Militärpersonen. Der Marineminister Admiral Wirlew hat Befehl erhalten, nach Sewastopol abzureisen, um sich über die Lage zu informieren.

Ein bezeichnendes Dementi.

Petersburg, 1. Dezember. (B. L. W.) Die Nachricht von einem Anschlag auf den Kaiser wird von gut unterrichteten Stellen als absolut erfunden bezeichnet.

Flintenwagen statt Volksworte.

Petersburg, 1. Dezember. (B. L. W.) Die Regierung entsandte Maschinengewehre in großer Anzahl nach den Bezirken, wo Bauernunruhen ausgebrochen sind. Auch bedeutende Truppenverstärkungen sind nach den bedrohten Distrikten abgegangen.

Sie wollen keine Henker sein.

Petersburg, 1. Dezember. (B. L. W.) Gestern Abend wurden eine Anzahl Mannschaften des Garde-Kürassier-Regimentes, des Garde-Husaren-Regimentes und des Leib-Garde-Schützen-Bataillons der kaiserlichen Familie festgenommen, weil sie verschiedene Forderungen stellten, darunter die, daß sie nicht zu Polizeidiensten bei Unruhen herangezogen werden.

Das spanische Kabinett aufgeflogen!

Madrid, 1. Dezember. (B. L. W.) In der Kammer wurde eine Erklärung verlesen, wonach das gesamte Kabinett seine Entlassung eingereicht hat. Moret ist mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt worden.

Sozialistische Demonstrationen.

Belgrad, 1. Dezember. (Meldung des Wiener f. l. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau.) Die sozialdemokratische Parteiorganisation erließ einen Aufruf an sämtliche Arbeiter für Beteiligung an einer Sonntagvormittag zu veranstaltenden Demonstration gegen die von der Regierung in der Stupitschina eingebrachte Gewerbe-Gesetznovelle. Für den Fall, daß die Novelle trotzdem auf die Tagesordnung der Stupitschina gelangen sollte, wird der Generalstreik für das ganze Serbien geplant.

Nach dem Kriege.

London, 1. Dezember. Das „Reutersche Bureau“ verbreitet nachstehende Meldung aus Shanghai: Die Nachrichten aus Wladiwoostok kanten höchst ernst. Die dort befindlichen Truppen haben den Offizieren mitgeteilt, sie würden die ganze Stadt sowie sämtliche Schiffe im Hafen zerstören und alle Offiziere töten, wenn ihnen nicht innerhalb fünf Tagen mit Bestimmtheit mitgeteilt würde, wann sie nach Rußland heimgekehrt werden sollen und nach welchem Orte. Die Offiziere sind vollkommen hilflos; die Truppen haben die Forts besetzt; auch der telegraphische Verkehr mit Charkow ist unterbrochen.

Reichstag.

4. Sitzung vom Freitag, den 1. Dezember 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf Posadowsky, von Poddieleski.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des schlesischen Antrages des Abg. Albrecht (Soz.) und Genossen wegen Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.) wegen Verleumdung für die Dauer der Session.

Der Antrag wird ohne Besprechung angenommen. Darauf wird die Besprechung der Interpellation Albrecht und Genossen über die Fleischnot fortgesetzt.

Abg. Doye (fr. Bg.): Der Landwirtschaftsminister sagte gestern, es sei schwierig, agrarische Interessen zu vertreten. Ich habe zu seinem Rühmen volles Vertrauen; es ist ihm aber gestern sehr schwer geworden, diese Interessen zu vertreten. Der Landwirtschaftsminister ist ja ein praktischer Landwirt und die Herren von der Rechten sind sehr mit ihm einverstanden. Hat man aber schon jemals gehört, daß ein aktiver Landwirtschaftsminister gewesen wäre? (Sehr gut! links.) Ich wenigstens halte das für unmöglich. Die Denkschrift über die Fleischnot ist gemacht nach dem Rezept: „Quod erat demonstrandum!“ („Was zu beweisen war!“) (Sehr gut! links.) Ueber den Städteetat hat Herr v. Oldenburg gestern grundsätzliche Angaben gemacht. Wer hat ihm denn keine Berichte geliefert?

Ein Gesichtspunkt, der bisher noch nicht in der Debatte berührt wurde, ist der, daß die Frage auch eine staatsrechtliche und politische Seite hat. (Hört! hört! links.) Die Lebensmittelbeschränkung des Herrn Reichsanzlers, die jetzt entgegen früherer Zusage und entsprechender unserer stets betonten Auffassung anerkannt wird, kann doch nicht bloß darin bestehen, daß der Reichsanzler liest, was in den Einzelanträgen darüber gesagt wird. (Sehr richtig! links.) Wenn das die ganze Aufgabe des Reichsanzlers in dieser Frage ist, so würde ja unser Deutsches Reich dem verfallenen Deutschen Bunde sehr ähnlich sehen. (Weiß! links.) Die Debatte hat ergeben, daß eine Seuchengefahr nur von russischer Seite her droht. Aber daß hier die Schutzmaßregeln bei der Einfuhr vollkommen genügen, wird doch durch den Umstand bewiesen, daß ja vom 1. März 1905 an das Schweinekontingent erhöht werden soll.

Der Herr Landwirtschaftsminister hat uns hier eine Apokryphenrechnung über die Unkosten des Verkaufs von drei Schweinen vorgelegt. Gerade diese detaillierte Rechnung hätte ihm zeigen sollen, daß im Zwischenhandel gewisse Funktionen ausgeübt werden, die gewöhnlich übersehen werden! Ich kann eine Preisverteilung um 5 Proz., die sich aus der Rechnung des Herrn Ministers ergibt, nicht für so enorm ansehen, um so weniger, als darin die so wichtige Versicherungspolice enthalten ist.

Nun sind in der Denkschrift noch andere Gründe angegeben, so z. B. die bessere Lebenshaltung der Bevölkerung. Das ist doch aber gerade eine Erscheinung, die man freudig begrüßen muß. (Sehr richtig! links.) Ein Erfolg der Industrialisierung. Auf diesem Gebiete ist uns England leider noch immer weit voraus. Daß eine Fleischnot vorhanden ist, läßt sich gar nicht leugnen. Eine sehr dankenswerte Arbeit hat der deutsche Schlachtviehverband geleistet, indem er eine Umfrage bei den Schlachtviehbesitzern veranstaltete. Dadurch ist festgestellt, daß das Schlachtgewicht des Viehes um 2,5 Proz. zugenommen hat, dagegen die Bevölkerung um 6 Proz. sich vermehrt hat! (Hört! hört! links.) Die Agrarier sagen, der jetzige Zustand ist ein vorübergehender, veranlaßt durch die Misere. Auch wir halten den Zustand für einen vorübergehenden, aber auch für einen solchen, der sich in kurzen Zwischenräumen ständig wiederholt. (Sehr richtig! links.) Von Ringbildungen ist geredet worden. Ich freue mich, daß die Denkschrift ausdrücklich konstatiert, daß sich Ringbildungen nicht hätten nachprüfen lassen. Nun meint Herr Herold, das Fleisch hinge durch zu viele Hände: vom Produzenten zum Kommissionär, vom Kommissionär zum Engroschächler, vom Engroschächler zum Kleinschächler und erst von dem zum Konsumenten. Aber dieser Umweg verbilligt geradezu das Produkt im Vergleich zu jener Zeit, in der jeder Schächter im Lande umherfuhr, um selbst das Schlachtvieh für sich anzulassen. (Sehr wahr! links.) einer Zeit, zu der wir nach Herrn Herolds Wunsch zurückkehren sollten. Herr Herold berief sich ferner auf die Spannung der Preise bei Produzenten und Schächtern. Tatsache ist, daß die Fleischpreise immer erst nach einiger Zeit den Viehpreisen folgen, ebenfals wenn sie steigen wie wenn sie fallen. (Sehr richtig! b. d. Pr.) Für die Uebernahme des Viehanlaufes durch die Städte ist irgend ein organisatorisch brauchbarer Vorschlag bisher noch nirgends gemacht worden. In der bisher beantragten Weise läme das Ganze nur darauf hinaus, die erhöhten Fleischpreise auf die Gesamtheit zu übertragen. (Sehr gut! links.) Wir können auch die Befristung nicht unterdrücken, daß bei diesen Vermittlungsversuchen die Städte große Verluste erleiden würden. (Sehr wahr! b. d. Pr.) Gegen die Wahl- und Schlachtsteuer sind wir überall, wo wir dazu Gelegenheiten hatten, aufgetreten. Ich muß auch nach den Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers bei meiner Aufassung stehen bleiben, daß die Vieheinfuhr aus dem Auslande unter den nötigen Vorkehrungsmaßnahmen unbedenklich ist. Jedenfalls könnte durch ausreichende Kontrolle an Ort und Stelle jede wünschenswerte Garantie geboten werden. (Sehr richtig! links.)

Man mutet heute im Hinblick auf die gespannten auswärtigen Verhältnisse den breiten Volksmassen die größten Opfer zu. Da ist es um so weniger angebracht, die weitestgehende Wahrung in diesem Kreise herbeizuführen, indem man den Eindruck erweckt, daß ihre Interessen nicht in demselben Maße berücksichtigt werden, wie die anderer Kreise. (Sehr wahr! links.) Die verbündeten Regierungen täten gut, nicht zu leicht über die Wahrung, die hervorgerufen ist, durch die Erfahrungen, die jeder Hausvater an seinem eigenen Viehe macht, hinwegzugehen, sondern von ihren Verfügungen Gebrauch zu machen, insbesondere der Herr Reichsanzler von der Verfügung zu präzisieren, und Bestimmungen, die für die Ernährung des Volkes von weitesttragender Bedeutung sind, noch ausreicht erhalten werden müssen, um eine „Seuchengefahr“ abzuhalten, was wir begehren. (Bravo! links.)

Abg. Stubbendorff (Wp.): Wir bedauern es im Interesse der Arbeiter, der kleinen Handwerker und Beamten, daß die Schweinefleischpreise so hoch gestiegen sind, daß Schweinefleisch für diese Klassen jetzt nicht in dem Maße Nahrungsmittel ist, wie es sonst der Fall war. Mit geringen Preissteigerungen haben wir ja oft zu kämpfen gehabt. Die jetzige Fleischsteigerung ist bei uns mit auf die schlechte Futterernte im vorigen Jahre zurückzuführen. Die Preise sind aber überall gestiegen. Wenn heute im Gegenlatz zu früher wenig Vieh über die dänische Grenze kommt, so liegt das daran, daß dort das Fleisch fast ebenso teuer ist wie bei uns; das habe ich in Kopenhagen kennen gelernt. Es ist aber auch nicht zu vergessen, daß die Produktionskosten in der Landwirtschaft erheblich gestiegen sind und daß diese Kosten bei den früheren Preisen nicht gedeckt wurden. Die kleinen Bauern und ländlichen Arbeiter, die die Sozialdemokratie zu sich herüberziehen will, werden es sich ad notam nehmen, daß man sich auf dieser Seite dagegen wendet, daß die Landwirtschaft genügende Preise erhält. Niemand kann seine Produkte unter dem Herstellungspreise abgeben. Das fortgesetzte Ausbleiben der Fleischnot muß allerdings die Preise in die Höhe treiben. Leute, die früher gar nicht daran gedacht haben, teurer zu verkaufen, tun es jetzt. (Sehr richtig! rechts.) Inwiefern großstädtische Bevölkerung würde die russischen Schweine gar nicht mögen; denn die dortige Rasse ist naturgemäß nicht der unigen entsprechend. (Widerspruch links.) Ebenso wenig aber wie bei der Kohlennot sofort genug Kohlen für die Industrie und die Bevölkerung herbeigeschafft werden könnten, ebenso wenig, ja noch weniger können die deutschen Landwirte auf einmal hunderttausend

Schweine bereit stellen. Aber in einigen Monaten wird kein Mangel mehr sein. Wenn die Regierung uns wie bisher in unseren Bestrebungen unterstützt (Hört! hört! links), nur dann werden wir Landwirte in der Lage sein, gutes Fleisch zu liefern. (Weiß! rechts.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Der Sinn der Interpellation ist der, daß unsere ganze Wirtschaftspolitik verfehlt sei. Meine politischen Freunde erklären demgegenüber, daß wir keine Veranlassung haben, von dieser Wirtschaftspolitik abzuweichen. Herr v. Oldenburg hat ganz richtig, wenn auch vielleicht mit etwas zu viel Temperament ausgeführt, daß die neue Zollpolitik ja erst im nächsten Jahre in Kraft tritt. Die jetzige Lage ist ja noch durch die Caprivischen Handelsverträge bedingt. (Widerspruch links.) Ja wohl, wir stehen jetzt noch unter den Caprivischen Handelsverträgen. (Lachen b. d. Soz.) Eine Fleischsteuerung leugnet niemand. Aber wir bedauern, daß diese Fleischsteuerung derart ausgebaut ist und zu unumwundenen Angriffen auf die Landwirtschaft ausgenutzt ist. Andererseits bedauern wir auch, daß insbesondere von Seiten des Herrn Landwirtschaftsministers diese Frage nicht mit dem Ernst behandelt zu sein scheint, den die Wichtigkeit der Sache erfordert (Hört! hört! links). Wenn man auch der Eindruck erweckt werden könnte, als ob die Regierung es an den nötigen Maßnahmen habe fehlen lassen, muß ich doch anerkennen, daß die preussische Landwirtschaftsverwaltung alles getan hat, um der Sache mit Ernst zu Leibe zu gehen. Es wäre vielleicht nötig gewesen, daß man in Oberschlesien mehr Schlachtvieh bereingelassen hätte. (Mufe: Ra in! links.) Die Entscheidung, ob das möglich war, ist für den Laien sehr schwierig. (Lachen links.) Ich behaupte, daß die angeführten Erhebungen eine solche Erhöhung des Kontingents als nicht angängig erwiesen haben. Die Denkschrift der Regierung ist, wie ich anerkennen muß, mit großer Sorgfalt und Sachkenntnis ausgearbeitet. — Meine Freunde halten die gegenwärtigen hohen Preise für eine vorübergehende Erscheinung, deren Gründe ziemlich zutage liegen.

Wie oft kommt es in allen anderen Branchen vor, daß vorübergehend die Preise enorm steigen! Wir haben das z. B. in der Baumwollindustrie erlebt. Jetzt aber verlangen Sie — bei einer ähnlichen Lage in der Landwirtschaft — sofort einen völligen Systemwechsel. Sie verlangen Staatshilfe. (Widerstand links, besonders beim Abg. Gothein.) Ich weiß nicht, was Sie, Herr Gothein, verlangen, ich spreche zum hohen Hause. Die Futterverhältnisse hatten sich 1904—1905 so zugelegt, daß eine Teuerung gar nicht zu vermeiden war. Das hätte man vorher wissen können. (Hört! hört! links.) Die Kartoffeln sind verkauft worden, statt sie zu verfüttern. Die Schweinefleischpreise sind ungemein gefährlich, besonders auch, weil sie in einer latenten Form durch die Städte geht. Infolge dessen hält kein großer Viehbesitzer im Osten größere Schweinebestände mehr, weil das Risiko zu groß ist! — Es sind die kleinen Leute, die die Schweine aufziehen. Es ist also die Pflicht der Regierung, alles gegen die Seuchen zu tun. Eine vorübergehende Teuerung muß ertragen werden. Man kann nicht sofort alles umstürzen deshalb. Höchst bedauerlich ist es, daß diese Angelegenheit demnächst ist, um Stadt und Land gegeneinander aufzugehen. (Widerstand rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Reventlow (Wirtsch. Bg.): Die überwiegende Mehrheit des Hauses hat sich auf den Standpunkt des Herrn Landwirtschaftsministers gestellt, dessen Haltung im Interesse der Landwirtschaft auch wir nur begrüßen können. Trotzdem kann ich dem Herrn Landwirtschaftsminister, gleichwie der Herr Vordredner, einen Vorwurf nicht ersparen. Gewiß wird es jeder verständige Mensch für durchaus zulässig halten, wenn Männer, die den Tag über in ernster Arbeit zusammengekommen haben, die Unterhaltung über den Gegenstand ihrer Beratung auch auf die Tischzeit ausdehnen, aber der Herr Landwirtschaftsminister hätte sich vergegenwärtigen müssen, mit wie gewissenloser, heuchlerischer Verlogenheit heute zu tage öffentliche Meinung vielfach fabriziert wird. (Gelächter und Zurufe links.) Ich wollte Ihnen eigentlich kein Kompliment machen. (Weiterkeit rechts.) Die Angriffe des Herrn Abg. Scheidemann auf den Herrn Landwirtschaftsminister als Schweinezüchter hätte dieser mit Still-schweigen übergehen müssen anstatt hier seine Schweineverkäufe zu deklarieren. Auf solche Angriffe ist Still-schweigen die einzige Antwort, die jedenfalls in diesem Hause unter der Leitung der Geschäfte, wie wir sie haben, gegeben werden kann. (Sehr richtig! rechts.) Die Sozialdemokratie hat sich in dieser Frage die schon längst verdiente Niederlage geholt. (Schallendes Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Scheidemann hat unseren Kampf gegen Auswärtige des Handels so darzustellen gesucht, als ob wir einen Kampf gegen den Mittelstand führten. Diesen Kampf überlassen wir der linken Seite des Hauses und dem Ministerialdirektor Töpel, von dem ich wünschen möchte, daß entweder seine amtliche oder seine Redelätigkeit bald ein Ende nehmen möge. (Weiterkeit.) Wenn der Abg. Scheidemann sich über die Bemühungen des Abgeordneten Lattmann um die Befreiung billigen Fleisches äußern wollte, so hätte er sich erst informieren sollen, oder er ist informiert war, so hätte er sich präzisier ausdrücken sollen. Er hat bei seinen Äußerungen unterlassen, die 20 Proz. Tara anzuführen. Durch die Bemühungen Lattmanns hat Schmalldalen das Fleisch pro Zentner um 5 M. billiger bekommen als der sonstige Preis war. Ich brauche mich mit dem Abg. Scheidemann nicht weiter zu beschäftigen; ich habe es schon mehr getan als seine Rede wert war, selbst nach einem Abzug von 50 Proz. Tara (Weiterkeit.) Der „Vorwärts“ hat ja dem Abg. Scheidemann vor kurzem den Rat gegeben, er solle sich erst die nötigen Kenntnisse aneignen, wenn er volkswirtschaftliche Artikel schreiben will (Weiterkeit rechts.)

Wir halten die jetzigen Fleischpreise auch für zu hoch, aber wir dürfen nicht das große Risiko vergessen, das mit der Schweinezucht verbunden ist. Im Wahlkreise Eisenach wurden diejenigen freisinnigen und sozialdemokratischen Jungblüher, in denen von der Fleischnot die Rede war, nicht auf dem saßen Lande vertrieben. Das könnte vielleicht auf einen Anfall von Objektivität zurückzuführen sein; man wollte vielleicht einen Ausgleich zwischen Stadt und Land herbeiführen. (Weiterkeit rechts.) Der Abgeordnete Wolf hat gestern mit dem 1351. Schwein des russischen Einfuhrkontingents jongliert. (Weiterkeit.) Aber mit Staatsfinanzen ist nicht anzufangen, es kommt auf die ratio legis (Absicht und Zweck des Gesetzes) an. Das würde der Abgeordnete Wolf vielleicht begreifen, wenn er Jurist wäre. (Zuruf: Ist er ja!) Das glaube ich nicht. (Weiterkeit.) Jedenfalls ist festgestellt, daß in der Zeit der Fleischnot in einzelnen Gegenden auf den Märkten Ueberflutungen waren. Selbst in Schlesien wurden zeitweilig die Angebote der Viehzentrale zurückgewiesen, weil ein Bedürfnis nicht vorhanden sei. Schuld an der Preissteigerung ist zweifellos mit die suggestion, welche das Gerede einer gewissen Presse verursacht hat. Die Sozialdemokraten sollten doch bedenken, daß auch Karl Marx nicht der Meinung gewesen ist, daß niedrige Fleischpreise als ein Zeichen des Wohlstandes aufgefaßt werden könnten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Ich erkenne die Berechtigung des Schlächterstandes an, aber ich will nicht, daß der Viehverkauf durch vier, fünf Hände geht. Ich kann beweisen, daß Ringe bestehen. Aus Rußland könnte man doch nur Vieh einführen, wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) Ihre politischen Freunde ermuntern, den Eisenbahnerverkehr wieder in Gang zu legen. Sie bitte Sie (zu den Sozialdemokraten) sich, sofern sich Ihre Kapazitäten auch mit wirtschaftlichen Dingen beschäftigen, bestätigen zu lassen, daß es schwer sein wird, dort ebenso viel gesundes wie krankes Vieh nachzuweisen. Der wesentliche Unterschied zwischen Jhnen und uns ist, daß Sie einen einseitigen, wir einen vielseitigen Standpunkt vertreten. Sie kennen nur das Konsumenteninteresse. (Widerstand links.) Ich höre schon Ihr Gelächter von der linken Seite, wenn ich sage, daß die eigentlichen Arbeiterfreunde auf der rechten Seite sitzen. (Ironisches Sehr richtig! und Gelächter links.) Nicht derjenige ist der wahre Arbeiterfreund, der immer mit dem Strome schwimmen will. Man darf den Arbeiter nicht nur als Konsumenten auffassen. Wir denken immer an die Produktivität der

gesamten Nation. Vielleicht beruht der Unterschied in der Zahl unserer parlamentarischen Vertretung auf diesem Umstande. (Weiterkeit rechts.) Auf die Dauer wird es unmöglich sein, daß ein wesentlicher Teil eines intelligenten Volkes sich durch den Ruf: „Panem et circenses“ („Brot und Spiele“) wird abspieles lassen. Ich hoffe, daß noch so viel Vernunft in der deutschen Menschheit sein wird, daß man sich nicht länger durch Brutalität und Terrorismus imponieren läßt, jene Brutalität, die daraus das Viehdial schmiedet, auf dem oben der Partei egoismus stehen soll, um mit der Veredamkeit, welche höheren Lebensjahren eigen sein soll, Reden zu halten. Sie (zu den Sozialdemokraten) mühten eine bedeutende Anleihe aufnehmen (Abg. Bebel ruft: Bei Jhnen? Große Weiterkeit), ja, bei uns, eine Anleihe an Kenntnissen der wirtschaftlichen Verhältnisse und an der Aufrichtigkeit gegen sich selbst und andere. (Lachen links, lebhafter Weisfall rechts.)

Abg. v. Czarlinski (Wp.): Wir glauben nicht, daß die Fleischnot so bald vorübergehen wird. Daß aber die Fleischpreise so hoch sind, wird gerade von unseren Vergarbeitern in Oberschlesien um so bitterer empfunden, als sie jenseits der deutschen Grenze viel billigeres Fleisch haben könnten. Nicht gerade die ärmsten Kreise so schwer zu belasten, das ist unsere polnische Moral gegenüber Ihrer Herrenmoral, unsere polnische Kultur gegenüber der uns aufgezwungenen. Das ist zugleich auch die allgemeine menschliche Kultur. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Mollenhuth (Soz.): Die Gründe der Herren Agrarier für die Fleischsteuerung sind sonderbar verschieden. Der Graf Reventlow spricht jedem, der anderer Meinung ist als er, die Sachkenntnis gemohnheitsgemäß ab. Er behauptete heute, jeder Fall von Maul- und Klauenseuche werde über die Grenze eingeschleppt, aber von den über 1100 verzeichneten Gebieten sind über 1000 in Provinzen, die entweder keine Grenzprovinzen sind oder in die im letzten Jahre kein Stück Vieh aus dem Auslande eingeführt worden ist. (Weißes Hört! hört! links.) Mag nun Graf Reventlow den versprochenen Beweis für jeden einzelnen Fall antreten; es dürfte ihm das schwerer fallen, als leichtfertige Versprechungen abgeben. (Sehr gut! links.) Interessant ist, was die Herren Agrarier als Minimalpreis für die Schweinemast angeben. Winge es nach ihnen, so würden die Preise, die heute allgemein als Kaufstandspreise anerkannt werden, auch bald Minimalpreise werden. In der Tat liegen die Dinge auch so, daß die ganze Agrarpolitik der Regierung darauf hindrängt, diese Preise aus Kaufstandspreisen zu Minimalpreisen zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Paasche hat die Seuchengefahr als besonders groß hingestellt. Er hat aber nicht eine schärfere Seuchenbekämpfung verlangt, sondern er will lediglich Aufrechterhaltung der Sperre, die nur dazu dient, die Preise möglichst hochzuhalten. Der Herr Reichsanzler meinte, die Öffnung der Grenzen sei Sache der Einzelstaaten. Verschiedene Einzelstaaten, wie z. B. Mecklenburg, verhängen sich hinter dem Herrn Reichsanzler und weisen darauf hin, daß erst eine Verständigung zwischen den Bundesstaaten notwendig sei. — Als Grund für die Höhe der Fleischpreise sind vom Herrn Landwirtschaftsminister auch die städtischen Cetrois angeführt worden. Herr Herold hat ebenfalls dieses Argument benutzt. Herr Herold hat dabei aber unterlassen, darauf hinzuweisen, daß auch z. B. in Sachsen eine besonders hohe Schlachtsteuer besteht. Seinen Freunden, die ja in Sachsen die große Mehrheit im Stadtparlament haben, sollte es doch ein leichtes sein, diese Steuer zu beseitigen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es dem Herrn Landwirtschaftsminister Ernst wäre mit der Beseitigung der städtischen Cetrois, so sollte er dafür sorgen, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht für die Stadtvertretungen eingeführt würde; dann würden sehr bald Stadtvertretungen zusammenkommen, welche mit beratigen Mißständen aufräumen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn übrigens einzelne Kommunen wirklich dazu übergehen, solche Cetrois zu beseitigen, so tritt ihnen die Regierung dabei entgegen. So hat z. B. in Offenbach die Landesregierung einen solchen Beschluß der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Mehrheit annulliert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Daß die Schlachtgebühren vielfach niedriger sein könnten, mag sein, aber der Herr Landwirtschaftsminister wird zugeben müssen, daß das Bestehen der Schlachthöfe an sich nicht preisverneuernd wirkt. (Minister v. Poddieleski winkt zustimmend.) Die Gebühren in Hamburg sind besonders hoch. Trotzdem kommen auch dort auf jeden der 809 Fleischermeister nur 630 M. jährlich. Es wäre unmöglich für jeden Meister, sich hierfür einen Stall, einen Schlachthof usw. zu halten. Weiter weist die Denkschrift auf den Zwischenhandel hin. Mit einem Male ist also der Mittelstand das Uebel! Der Zwischenhandel waltet doch auf allen Gebieten. Würde der Herr Staatsminister auch die Hand bieten, den Zwischenhandel überhaupt zu beseitigen, so würden wir es ja vielleicht noch mit Freuden begrüßen, daß eine Katastrophe eingetreten ist, durch die man sich endlich von der Schädlichkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung allgemein überzeugt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Zwischenhändler im Fleischergewerbe sind ja überdies meistens Kleinverbreitende, es sind meist Fleischer, die nebenher auch etwas Viehhandel treiben. Auch die bessere Ausstattung der Fleischerläden, die Sitte des Fleischaustragens kann die Teuerung nicht bewirken; das sind Verbesserungen im Kleinhandel, die nichts für die Fleischer Spezifisches haben; der Herr Minister wird seine Wohnung ja wohl jetzt auch besser beleuchten, als seine Eltern ihre Wohnung beleuchtet haben. Der Minister ist ein guter Kenner der Landwirtschaft. Aber seine Prophezeiung von der baldigen Beseitigung der Fleischsteuerung ist nicht eingetroffen. Wenn es sich aber um eine dauernde Fleischsteuerung handelt, so möchte ich wissen, welche Maßnahmen er zu ihrer Beseitigung vorzulegen will. Da 14 Millionen Hefe, welche auf die Vieh- und Fleischfabrik gelegt sind, müssen auf den Preis aufgeschlagen werden. Damit, daß man die Vieh- und Fleischpreise gleichmäßig erhöht hat, hat man ja zum Ausdruck bringen wollen, daß bei uns die Fleischpreise dauernd teurer sein sollen als in den Grenzländern. Die Grenzsperrn müssen eine Preisdeckerung hervorbringen. Sie (nach rechts) haben ja bei der Zolltarifberatung ganz offen erklärt, Sie können auf die Minimalpreise ganz verzichten, wenn Sie die Garantie hätten, daß die Grenzsperrn aus sanitären Gründen eine dauernde Einrichtung seien. Der badische Gewerbe-Inspektor Dr. Wörriehöfer hat in seiner Schrift über die Lage der Tabakarbeiter dargelegt, daß der Grund dafür, daß die badischen Tabakarbeiter in höherem Prozentsatz tuberkulosekrank seien als die übrigen Tabakarbeiter, darin liegt, daß die badischen Tabakarbeiter meist bei ihren in der Landwirtschaft tätigen Eltern wohnen blieben; sie genossen da dieselbe Kost, die sie auch früher als Landarbeiter genossen hätten. Diese sei aber für sie nicht kräftig genug und nicht genügend leicht verdaulich. Die Folge davon sei die starke Verbreitung der Tuberkulose. So steht der Fleischkonsum mit der Gesundheit des Volkes im engsten Zusammenhang. Die Herren von der Rechten sprechen bei dieser Gelegenheit wieder weiterfend über die Caprivischen Handelsverträge. Diese Verträge haben allerdings auf die Gestaltung der Arbeitslöhne nicht ungünstig gewirkt; das ist den Agrariern natürlich nicht angenehm. In Wirklichkeit haben die Caprivischen Handelsverträge bewirkt, daß viele Arbeiter nicht ins Ausland gegangen sind, sondern in die deutsche Industrie. Die Landwirtschaft war natürlich nicht in der Lage, jährlich eine Million Menschen aufzunehmen.

Aber die jetzige Fleischnot hat mit der Caprivischen Handelspolitik nichts zu tun; sie hängt nur zusammen mit dem Einfuhrverbot, die zur Abschwächung des Sturmimpulses der Agrarier gegen die neuen Handelsverträge, als „keine Mittel“ diesen von der Regierung verprochen und gegeben wurden. Damals mußte erst die Maul- und Klauenseuche, dann das Regardier zur Begründung aller möglichen Vieheinfuhrerschwierigkeiten herhalten. Dabei liegt

mit jedem neuen Verbote die Verheerung. Als 1896 die letzte Grenze gesperrt wurde, waren schon 68 000 Schweine in Deutschland von der Maul- und Klauenseuche befallen. Aber nach drei Jahren vollständiger Absperrung war diese Zahl auf 162 000 gestiegen. (Hört! hört! links.) Das muß doch gegenüber der veterinärpolizeilichen Begrenzung der Sperren bedenklich erscheinen, zumal wenn man berücksichtigt, wie zum Beispiel früher die Trichinenfrage, an die niemand glaubte, zum Ausschluß der amerikanischen Schweine dienen mußte, oder wie jetzt das dänische Vieh aus notorisch seuchenfreien Orten und Gegenden durch schändliche Quarantänemaßregeln künstlich verteuert wird. Herr von Oldenburg hat es als wünschenswert hingestellt, daß der Menschenszuwachs im Lande bleibe. Aber lediglich die Industrie kann diesen Zuwachs aufnehmen. Wenn sich aber in der Industrie Militärdare herausbilden, denen gegenüber die alten Fürsten fast nur noch als kleiner Mittelstand erscheinen (Weiterkeit), so ist das eine Bewegung, die auch Ihnen nicht recht sein kann. Sie behaupten, daß wir wegen der Fleischnot leiden. Aber ich kann Ihnen sagen: eine Frau, die jetzt beim Fleischer für ihr Geld nicht mehr 1 Pfund bekommt, sondern nur noch $\frac{1}{2}$ Pfund, braucht nicht Sozialdemokratin zu sein, um zu Hause eine gehörige „Gezichte“ zu halten (Weiterkeit links). Aber gerade die Agrarier hegen! In einem Artikel der „Neuen Preussischen Zeitung“ vom 26. Februar 1898 wurde aufgefordert, nicht zu klagen, sondern zu „schreien“ und „rückwärtslose und entschiedene Interessen-Politik zu treiben.“ Da ging es los! Das war der Sturm, unter dem die ganze agrarische Bewegung begann und unter dem sie dann geliegt hat. Können Sie es da den anderen Parteien verdenken, wenn auch sie rückwärtslose Interessenpolitik in ihrem Sinne treiben! Bei den Arbeitern handelt es sich um ihre Existenz, wenn die notwendigen Lebensmittel ihnen verteuert werden. Da kann man sich nicht wundern, wenn die Arbeiter im Ringen um die Existenz auch mal andere Töne anschlagen, zumal da seit Inkrafttreten des neuen Zolltarifs zu der Fleischsteuerung noch eine Preisvertierung hinzutreten muß! Die Fleischsteuerung ist keine vorübergehende Erscheinung, sie ist nur eine neue Nummer in der ganzen Agrarpolitik der Regierung. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Landwirtschaftsminister v. Bobbelski: Der Redner hat auf die veterinären Verhältnisse Bezug genommen und gesagt, man könne nicht von jedem Falle der Maul- und Klauenseuche im Inlande sagen, daß er vom Auslande eingeschleppt worden sei. Direkt nicht. Aber die Einschleppung findet an der Grenze statt, und daher finden sich dann die Ansteckungsherde für die Verbreitung der Seuche im Inlande. Die Trichinenfrage sieht bei uns anders aus als in Amerika, weil bei uns viel roher Schinken gegessen wird, in Amerika nicht. In Dänemark wird alles Vieh mit Tuberkulin geimpft. Trotzdem hat sich in den letzten Jahren bei den Schlachtungen dänischen Viehes ergeben, daß 20 Proz. des Viehes tuberkulös war, früher waren es 30 Proz. Wir haben in Deutschland eine ebenso große Zahl tuberkulöser Viehes. (Burst bei den Sozialdemokraten: Viel größer!) Jetzt aber wollen wir nach dem neuen Seuchengesetz für tuberkulöses Vieh Entschädigung geben. Da kann doch der größte Schwärmer für ausländische Vieheinfuhr nicht verlangen, daß wir ausländisches tuberkulöses Vieh bezahle. Ich gebe auch gern zu, daß wir in Deutschland noch viele Schweinefleisch haben, aber wenn wir für eine Gefundung unserer Verhältnisse, das heißt auch für eine Gefundung unseres Viehstandes im Kampfe stehen, so darf man uns doch nicht den Vorwurf machen, daß wir Vorwände gebrauchten oder mit untauglichen Mitteln kämpften. Wir wollen nicht in die alten traurigen Verhältnisse zurückfallen, und die moderne Veterinärmedizin gibt uns die Mittel, den Kampf gegen alle Schweinefleuchen in wenigen Jahren mit dem besten Erfolge durchzuführen. — Auch darin mag der Redner recht haben, daß wir in vielen Gewerben noch kein Mittel haben, den ungnädig verteuerten Zwischenhandel auszuschalten. Aber wenn wir von allen Seiten dahin wirken, müssen wir doch mit der Zeit zu einer Verbändigung gelangen. Ich halte den gegenwärtigen Preisstand für einen vorübergehenden, aber ich glaube im Gegensatz zu dem Redner nicht, daß die Gebühre der bei der Preisbildung mitwirkenden Faktoren einmal herabgehen werden. Ich nehme aber gar keinen Anstand zu erklären, daß ich einen Preis von über 70 Mark für dauernd unmöglich halte. Ich glaube, daß sich die Preise im allgemeinen zwischen 40 und 44 Mark, die der Produzent bekommt, für den Jentner Schweinefleisch bewegen müssen, und daß die jetzige Ercheinung nur dadurch herbeigeführt ist, daß die Kartoffel im vergangenen Jahre so teuer geworden ist. Infolgedessen sind natürlich die Produktionskosten 10 R. höher als sonst. Wenn Sie das berücksichtigen, werden Sie finden, daß ein Preis von 55 bis 58 Mark derjenige ist, der unter solchen Verhältnissen für die Landwirtschaft gerechtfertigt ist. Glauben Sie ja nicht, daß mir die jetzigen Verhältnisse angenehm sind. Es wäre mir viel lieber gewesen, wenn dieser Stand niemals eingetreten wäre. (Große Weiterkeit.) Wer die Zeitungen verfolgt hat, der wird mir doch sagen, der Landwirtschaftsminister hat von August bis September gerade keine angenehme Existenz gehabt. (Weiterkeit.)

Wir wollen durchaus nicht die Industriebesitzer degradieren, sondern wir wollen ruhig und fest an die Produktion gehen und wünschen, daß der heimische Arbeiter der heimischen Schule erhalten wird. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Graf Schwerin-Somit (L.): Nach dem ungeheuren Lärm über die „Fleischnot“ hatte ich hier neue und durchschlagende Argumente erwartet. Zu meiner Ueberraschung sind sie aber ausgeblieben. Die alten, in der Presse vorgebrachten Gründe sind bereits durch die Denkschrift des Landwirtschaftsministers widerlegt worden. Das Erfreuliche dieses Fleischnotlärms ist, daß die Regierung eine Gelegenheit gegeben ist, zu beweisen, daß es ihr mit dem versprochenen Schutz der landwirtschaftlichen Interessen Ernst sei. Hoffentlich wird diese Haltung der Regierung das Vertrauen in den ländlichen Kreisen zu ihr erhöhen. Ferner hat sich gezeigt, daß die große Mehrheit des Reichstages in dieser Frage hinter der Regierung steht. Deshalb kann man den Herren Interpellanten für ihr Vorgehen nur dankbar sein. (Bravo! rechts.)

Abg. Weisner (fr. Vg.): Von einem Landwirtschaftsminister verlangen wir, daß er sich nicht als Minister einer bestimmten Partei, als Agent der Agrarier bezeichne, sondern daß er als Staatsminister und als Mitglied des Bundesrats die allgemeinen Interessen des Volkes wahren. (Sehr richtig! links.) Aus seinen Reden haben wir aber immer nur gehört: Ich bin der Minister für die Landwirtschaft. (Sehr richtig! links.) Der Minister spricht von Angriffen der Revolverpresse. Das Wesen der Revolverpresse besteht aber darin, daß mit Drohungen etwas erreicht werden soll, und diese Art Presse findet sich namentlich unter der konservativen und besonders unter der Kreisblattpresse. (Sehr richtig! links.) Gewiß hat der Minister nicht notwendig, auf jeden Angriff in der Presse zu antworten. Aber wenn die ihm befreundete Presse mitteilt, der Minister habe an hoher Stelle Vortrag gehalten, und diese sei mit seiner Politik einverstanden, so wird damit die Krone engagiert für eine Politik, die in den weitesten Kreisen, bis in die konservativen Kreise hinein, eine entschiedene Mißbilligung findet. Erst als die liberale Presse darauf hinwies, ergab sich, daß die konservative Presse sich hatte ein Kuckucksei ins Nest legen lassen. Da hätte der Minister selbst die Nachricht richtig stellen müssen, er dürfe das nicht einer Partei überlassen. (Sehr richtig! links.) Ich habe das Gefühl, daß die Denkschrift von einem Deputierten des Ministeriums nach den Gesichtspunkten bearbeitet ist: Fleischnot ist's nicht! Grenzen öffnen, es nicht!

Die Städte sollen Schuld haben, das haben uns alle die Redner von der Rechten und die Minister ausgeführt. Namentlich meine Vaterstadt Breslau muß herhalten, doch bemerke ich, um Mißverständnisse zu vermeiden, daß ich jetzt nicht Breslau, sondern einen ländlichen Wahlkreis vertritt. Leider besteht in Breslau die Schlachtsteuer. Aber wer verteidigt denn in der Breslauer Stadtwortordneten-Versammlung diese Schlachtsteuer? Es sind die Konservativen, die Antisemiten und das Zentrum. (Hört, hört! links!) Nur ganz wenige Freisinnige sind auch dafür. Weiter wird auf Vordam hingewiesen, wo die Schlachtsteuer über auch noch besteht. Aber auch dort wurde die Aufhebung von den Konservativen abgelehnt. (Hört,

hört! links.) So lange der Abg. Pauli-Potsdam mich nicht dementiert, nehme ich an, daß auch er gegen diese Aufhebung gestimmt hat, gegen die Aufhebung, die jetzt von seiner Partei hier mit dem Brüllen der Ueberzeugung gefordert wird. (Sehr gut! links.) Wenn aber einmal eine Gemeinde die Aufhebung beschließt, hat sie immer noch damit zu rechnen, daß die Regierung einen Strich durch die Rechnung macht. Aber Herr v. Bobbelski weiß von alledem nichts; er ist ja nur Landwirtschaftsminister, nicht auch Staatsminister. (Weiterkeit links.)

Im Jahre 1890 wollte die Stadt Breslau die Schlachtsteuer wenigstens während der Zeit der Teuerung aufheben. Aber dieser Beschluß fand nicht die Genehmigung der Regierung. (Hört, hört! links.)

Aus Brimmanau ist soeben an den Abgeordneten Dr. Müller-Sagan ein Brief gelangt, in dem der Schlächter des Ortes ihm mitteilt, daß er aus Mangel an Vieh seinen Betrieb habe einstellen müssen. Gleiche Mitteilungen sind auf dem Städtetage in großer Zahl aus Gesprächen mitgeteilt worden. Aber Herr v. Bobbelski betrachtet ja die Fragen nicht als Minister, sondern als Schweinehändler — mit drei Schweinen. (Weiterkeit.) Jeder Vater liebt sein Kind, jeder Autor sein Werk, jeder Landwirtschaftsminister sein Schwein. (Große Weiterkeit! links.) Herr v. Bobbelski scheint aber wirklich auch vorzügliche Schweine zu haben; denn er hat bei den bewußten drei Verkäufen noch einen über die Notierung des Tages hinausgehenden Preis erhalten. (Erneute Weiterkeit.) Die Denkschrift, die in Kaffeeleischmanier über die Händlertinge fabelt, erbringt auf der anderen Seite den Beweis, daß sie gar nicht bestehen können, da sie mitteilt, daß die Konkurrenz der größeren Händler die kleineren allmählich vernichtet. Der Herr Minister hat den Städten den Rat gegeben, selbst Vieh zu treiben. Warum fängt der Herr Minister nicht zuerst bei sich, b. h. bei den Domänen an? Freilich weiß er genau, daß dabei infolge des schweren bürokratischen Apparates nichts zu erreichen ist. Dann sollte er aber diesen schönen Rat nicht den Städten geben. (Sehr richtig! links.) Weiter hat man auch den Städten den Rat gegeben, sich unter Ausschaltung des Zwischenhandels an die Viehzentrale direkt zu wenden. Den Städten muß man zu, sich an die Viehzentrale zu wenden, die doch nichts anderes will als möglichst hohe Preise erzielen; denn bei dem Rückgang des Herrn King sind die Preise doch — weiß Gott! — nicht besser geworden. (Sehr richtig! links.) Ich habe nichts dagegen, daß die Agrarier Genossenschaften gründen, nur sollen sie dazu keine öffentlichen Mittel in Anspruch nehmen und sich nicht mehr als patentierte Mittelstandsdreher aufspielen. — Die Denkschrift gibt über den Umfang der Fleischnot ein völlig ungenügendes Bild. Die Ziffern wolle ich, die der Graf Reventlow ins Feld führte, sind völlig unkontrollierbar und nicht weniger als zuverlässigen Erhebungen des Bundes der Landwirte entnommen. Es heißt fest und ist auf keine Weise wegzulugnen, daß die Zunahme des Schlachtviehs nicht der Zunahme der Bevölkerung entspricht. Können Sie (nach rechts) mir auch nur eine Gegend in Deutschland nennen, wo keine Fleischnot herrscht? Im Juni hat der Landwirtschaftsminister in Oberschlesien eine baldige Ueberproduktion an Schweinefleisch prophezeit. In den großen Propheten gehört Herr v. Bobbelski demgemäß nicht, nicht einmal zu den kleinen. (Weiterkeit.) Er hat uns erzählt, daß er drei Schweine nach dem Berliner Viehhof geliefert hat. Warum hat er nicht mehr Schweine geliefert? Entweder hält der fluge Geschäftsmann sie zurück (Weiterkeit), oder er hat selbst keine Schweine, wie er ja auch auf eine Anfrage von Schlächtern erklärt hat. Warum hat man denn die Futtermittel durch Jölle verteuert? In Amerika sind die Preise der Schweine nur um 3 Mark gestiegen. Wir hätten diese Interpellation nicht erlebt, wenn die Schweine bei uns nur eben so wenig im Preise gestiegen wären. In Dänemark schwärmen gerade die Bauern für den Freiland, weil sie dabei gute Geschäfte machen. Jetzt können unsere Landwirte keine Ferle groß ziehen, weil sie keine Futtermittel haben. Mit hohen Produktionskosten soll man uns nicht immer kommen. Machen Sie (nach rechts) doch die Produktionskosten billiger! Der Minister vertreibt uns auf die Ruhe in Rußland. Nun, da können wir lange warten! Und darum kam der Minister sich den Scherz machen und das Kontingent beliebig erhöhen. Warum hat er es denn aber nicht erhöht, so lange es in Rußland ruhig war? (Sehr richtig! links.) Der Minister hebt den Wert der niederländischen Rinder hervor. Aber trotzdem wird von den Niederlanden kein Rindfleisch und keine frische Milch hereingelassen! Von Dänemark dürfen keine Schweine herein. Bei uns darf auch kein Vieh oder Fleisch von Amerika eingeführt werden, während nach England von dort aus jährlich eine halbe Million Rinder eingeführt werden. Die veterinären Maßnahmen des Ministers sind so fadenförmig, daß man in Deutschland, in einem Lande, in dem es so wenig Analphabeten gibt, kaum jemand finden wird, der dem Minister zutrifft, daß er selber an seine Maßnahmen glaubt.

Wir verlangen durchaus nicht die Aufhebung des Reichs-Seuchengesetzes, sondern nur seine gewissenhafte Durchführung. Danach darf die Grenze nur gesperrt werden, wenn die Seuche im Auslande einen bedrohlichen Charakter annimmt. Sie haben im österreichischen und im russischen Handelsvertrag anerkannt, daß dies in jenen Ländern nicht der Fall ist, daher wäre es Pflicht der Regierung, im Geiste des Reichs-Seuchengesetzes die Grenzen zu öffnen. Die heutige Politik der Regierung ist nicht volkfreundlich, nicht mittelstandsfreundlich, sie ist vor allem keine Politik, die es dem deutschen Volke ermöglichen kann, die Lasten zu tragen, um die Nachstellung des Vaterlandes ansrecht zu erhalten. (Lebhaftes Bravo! links.)

Darauf vertagt sich das Haus. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Scheidemann (So.): Der Abg. Graf Reventlow hat behauptet, daß der „Vorwärts“ mir empfohlen habe, erst mehr Kenntnisse zu sammeln, bevor ich über Handelspolitik schreibe. Damit hat der Abgeordnete Graf Reventlow eine objektive Unwahrheit ausgesprochen. Ein Redakteur des „Vorwärts“ hat eine ebenso geschmacklose wie durchaus verfehlte Bemerkung gemacht gegenüber dem Verfasser eines Artikels, der ausdrücklich als nicht von mir herrührend gekennzeichnet war. Mit diesem Wort ist in der Auseinandersetzung von mir die Rede. Da der Abg. Graf Reventlow zweifellos den „Vorwärts“ gelesen hat, bevor er jene objektive Unwahrheit aussprach, so gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder er begriff nicht, was er las, oder aber er fäperte es, und dann war seine Behauptung nicht mehr eine objektive Unwahrheit, sondern weit Schlimmeres.

Abg. Graf Reventlow (Wirtsch. Vg.): Nach der Erklärung des Abg. Scheidemann muß ich zugeben, daß meine Information, die ich nicht original aus dem „Vorwärts“ bezogen habe, unrichtig war. Das berechtigt aber den Abg. Scheidemann noch lange nicht, mir gegenüber die Grenzen des allgeringsten Anstandes zu überschreiten.

Abg. Rostenbuh (So.): bemerkt dem Landwirtschaftsminister gegenüber, daß er nicht nur von den Grenzbezirken, sondern auch von anderen Provinzen gesprochen habe, in denen Viehseuchen vorgehanden seien.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr (Rechnungssachen; Nachtragsetat für Südwesafrika; Fortsetzung der heutigen Debatte). Schluß $\frac{1}{2}$ Uhr.

Parlamentarisches.

Zur Geschäftsdisposition des Reichstages. Vor den Weihnachtsferien sollen in erster Beratung der Nachtragsetat der Hauptetat und die Steuerentwürfe erledigt werden. Die Verhandlungen über den Hauptetat werden wahrscheinlich am Montag beginnen. Ihnen wird die erste Besprechung der Steuerentwürfe folgen. Dann sollen zwischen dem 16. und 20. Dezember die Weihnachtsferien beginnen. Die Mehrheit des Reichstages neigt jetzt der im Seniorensenat von den sozialdemokratischen und freisinnigen Abgeordneten dargelegten Auffassung zu, daß eine Trennung der Etatsberatungen von der über die Steuerentwürfe wünschenswert ist. — Die Fraktion

hat sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Kommitierung von Rednern zu den Vorlagen beschäftigt, deren erste Lesung voraussichtlich vor den Weihnachtsferien stattfinden wird. Zum Nachtragssetat (Afrikabahn) soll die Stellung der Fraktion Ledebour, zum Etat Debel darlegen. Das Steuerbulletin wird voraussichtlich in drei Abschnitten zur Verhandlung gestellt werden: 1. Bier-, Tabak- und Zigarettensteuer, 2. Stempel-, Fahrkarten-, Automobilsteuer, 3. Erbschaftsteuer. Zum ersten Bündel sollen Geher und Siedlum, zum zweiten Dreesbach und Reiff und zur Erbschaftsteuer Singer und Bernstein die Auffassung der Partei entwickeln.

Reichstagsvorlagen. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und Photographie zugegangen.

Initiativanträge im Reichstag. Das Zentrum hat den Toleranzantrag, sowie Anträge auf Gewährung von Auswiesungsgeldern an die Reichstagsmitglieder und von Gewährung einer Vergütung für Zeitversäumnis an Schöffen und Geschworenen eingebracht. Der letzte Antrag übertrifft, da das Zentrum wiederholt, und auch noch in der letzten Session einen Antrag auf Diätenzahlung an Schöffen und Geschworenen abgelehnt hatte.

Aus der Frauenbewegung.

Rixdorf. Der Verein gewerblich tätiger Frauen und Mädchen hält am Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Tiel, Bergstraße 151/152 seine Monatsversammlung ab, in welcher Herr Dr. Bollheim den in der letzten Versammlung ausgefallenen Vortrag: „Gehnie der Küche“, befinnmt halten wird. Gäste, auch Männer willkommen. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Testow. Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hielt am Mittwoch, den 29. November, seine Monatsversammlung ab. Zu Punkt Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, am dritten Weihnachtstag ein gemütliches Beisammensein, verbunden mit Tanzfeiern, zu veranstalten. Da die Genossin Frau Rix ihr Amt niederlegte, mußte die Wahl einer Schriftführerin stattfinden. Einstimmig gewählt wurde Genossin Frau Stärke. Drei neue Mitglieder konnten aufgenommen werden. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht. Trotzdem ist es dringend nötig, darauf hinzuweisen, daß noch viele Frauen fehlen. Hierbei sei die Erwartung ausgesprochen, die Säumnigen in der nächsten Versammlung begrüßen zu können.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Markthaus-Direktion. Rindfleisch Ia 64-68 pr. 100 Pfund, IIa 57-61, IIIa 50-55, IVa 40-48. Kalbfleisch Ia 85-90, IIa 73-83, IIIa 55-70, Hammelfleisch Ia 63-73, IIa 48-58, Schweinefleisch 69-76. Rindfleisch 45-50 Pf. Hühner Stüd 3,50-3,70, klein 1,50-2,00. Kaninchen Stüd 0,80-1,00, Rebhühner, junge Ia 0,80-1,00, alte Ia 0,60-0,80, IIa 0,60-0,80, Hühner pro Stüd, alte 1,40-1,85, junge Ia 0,80-1,00, IIa 0,50-0,85, Lauben, junge 0,45-0,60, alte 0,40-0,45. Enten, junge 0,60-0,70, Gänse pro Stüd, Ia 3,50-4,00, IIa 0,00-0,00, pro Pfd. Ia 0,58-0,83, IIa 0,50-0,56, Rechte 78-87 R., Schlei, unsortiert 114 R., Kote, groß 0,00-0,00, mittel 0,00, klein 0,00, Pöden 00, Karpen 53-54 R., Lachs 00 R., Schellfische Ia 31 R., Runder 17-20 R., pro 100 Pfd. Schellfische Bolberinge (gelassen) 40-44 R. Krebse, kleine, Schaf 5-6 R., unsortiert 0,00 R. Eier, Schaf 5,00. Butter pro 100 Pfund Ia 124-128, IIa 118-124, IIIa 115-118, abfallende 100-110. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00-2,25, Nolen 0,00-0,00, blaue 0,00-0,00, runde weiße 1,80-2,00. Weizenrogg pr. Schaf 4,00-8,00, Weizenrogg 6,00-8,00, Roggrogg 4,00-8,00, holl. 12-15 R. Saure Gurken, Schaf 2,00 R.

Stola Muffen
etc. etc.
Kur eig. Fabrikat.
Große Auswahl.
Kalman,
Dresdenerstr. 75
vom II.
2 Haus v. Thalia-Th.
Kein
Zwischenhändler.
Verk. auch Sonnt. u.
Wochent. v. 9 U. ab.

Hüte und Mützen
für Herren und Knaben.
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Landsbergerstr. 90, rechts.

Enorm billig
Anzüge Paletots

Portierenfries
extra schwer!
Alle Farben!
Breite 130 cm 160 cm
Preis 2,00-3,50 2,50-4,25
Muster - Kollektion
franko! 52281*

52212*
Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Ecksofa, Moquette, Plüsch, Reste! Sattelstaschen.
Musterb. näher Angabefranko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Rob. Sohn
invalidenstr. 135
Laden u. I. Etage.
Herren- u. Knaben-Moden
Berufskleidung.
Große Auswahl in Paletots, Joppen, Gediegene Konfektion, streng reell, feste Preise.
Maßanfertigung in eig. Werkstatt unter Garantie.

Album- und Lederwaren-Fabrik
Oskar Gundau
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
Gr. Lager aller Arten Lederwaren und Schmucksachen zu billigen Preisen. [5177L*]

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige
Herren-Garderoben.
Ersatz für Maß.
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurter Str. 97, II.,
Eingang Straußer Platz.

Abgepaßte Fenstermäntel
dicke Fries- mit u. ohne Stickerel 2,25 2,55 4-6 M.
Teppich-Haus
Emil Lefèvre
Oranienstr. 158 Berlin S.

Gratis
erhält jeder Leser des „Vorwärts“ bei Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine
hochelegante bunte Weste

im
Spezialhaus
guter Herren- und Knabenbekleidung
fertig und nach Maß.

Spezialabteilung: Bekleidung für jeden Beruf.
Leske & Lehner
78 Kottbuser Damm 78

Durch sehr vorteilhaften Einkauf, geringe Spesen und durch große Fachkenntnisse sind wir nur allein in der Lage, dem kaufenden Publikum das denkbar Beste zu außergewöhnlich billigen, aber streng festen Preisen zu bieten.

Winter-Paletots □ Winter-Anzüge □ Loden-Joppen
Knaben-Paletots □ Knaben-Anzüge

Unerreicht ist unsere Auswahl in Stoffen zur Anfertigung feiner Herrenmoden nach Maß.

Unsere Grundsätze: 4787L*

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Original-Insert!
Nachdruck
verboten.

Der hochelegante — Kalender 1906 — ist erschienen und geschieht auf Wunsch Zusendung kostenlos.

Bitte, beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.

Hausjoppen
Schlafrocke

Elegante
Jackett-Anzüge
in allen modernen
Farben und Karos
12—45 Mark.
**Rock- und
Gehrock-Anzüge**
schwarz und farbig
von 25—54 Mark.
Stoff-Hosen
von 3—14 Mark.



Winter-Paletots
elegante und moderne
Verarbeitung
in allen modernen
Farben und Karos
von 10—50 Mark.
**Jünglings- und
Knaben-Garderobe**
in grosser Auswahl
Moderne Westen
von 1,75—10,50 M

Gegründet 1879.

Herren- und Knaben-Garderobe

Julius Lindenbaum

141, Grosse Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstrasse.

Grösstes Geschäft der Branche in den Bezirken O, NO, SO.

Feste Preise! Feste Preise!

Winter-Joppen in reichhaltigster Auswahl.

Köpenick.
Echten alten Kottbuser
Korn zu haben bei Aug.
Tauchert, Gastwirt, Müggel-
beimstr. 4. 4032L*

PROBLEM
Cigaretten
übertreffen Importen

Beste
deutsche
Fabrikate
Überall
zu
haben.

21. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 1. Dezember 1905, vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

30 106 27 [1000] 423 39 789 [3000] 827 985 1119
233 79 324 41 50 688 822 [1000] 2133 65 [5000] 422 49
77 874 904 14 3085 144 230 309 481 98 [3000] 530 729
54 918 47 4007 9 61 110 62 206 68 383 639 708 908 87
5110 206 [1000] 425 503 884 809 979 6265 394 99 408
571 79 96 987 88 719 845 7027 53 232 305 25 807 51
75 91 747 64 8011 131 338 404 593 93 696 847 54 90,6
77 552 641 844 62 98 [500] 930
10316 30 383 [5000] 672 76 935 11195 488 776 821
935 12104 89 [3000] 300 419 [1000] 624 634 702 882
1500] 433 13025 [3000] 68 514 25 30 681 783 840 947
[500] 14218 33 471 644 901 98 15314 30 64 74 [3000]
161 312 654 704 842 16187 277 349 413 830 [3000]
17001 19 106 290 [1000] 457 640 783 825 15038 201
[500] 316 34 79 589 644 872 19332 430 74 653 787 832
37 837
20281 361 [3000] 72 75 21060 497 585 94 823 32
22070 [1000] 163 223 70 366 473 905 94 23001 77 82 276
[500] 333 98 422 503 664 [5000] 96 819 24233 549
[3000] 687 785 25146 238 411 92 547 673 81 751 52
822 26105 214 443 586 618 80 739 64 [5000] 87 823 923
27033 82 [500] 230 [1000] 72 373 405 58 521 607 825
82 89 96 904 17 28077 168 290 692 [3000] 895 78 696
29020 83 119 246 598 821
30177 825 841 [5000] 619 95 738 822 71 [5000] 941
74 75 31030 [5000] 638 738 851 949 32001 29 197 412
533 40 77 838 929 64 [5000] 53235 249 [500] 313 426
691 707 32 951 84 34053 317 35 49 429 59 728 33 938
14 35102 89 237 334 82 85 [1000] 694 66053 648 37 45
64 538 69 728 894 944 38101 6 47 285 336 81 490 547
98 [1000] 795 [1000] 844 950 39146 70 83 394 473 692 938
40086 [500] 440 626 725 73 809 91 949 83 41,69
77 770 816 42032 125 [3000] 300 000] 451 563 650
59 43113 50 210 540 654 758 861 947 44000 92 187
263 479 591 665 783 45002 5 [3000] 135 272 323 85
401 6 48 598 627 [1000] 748 892 46137 91 213 [500]
412 520 626 725 [3000] 35 [500] 52 [15000] 81 99
900 9 44 [5000] 96 [3000] 47008 23 332 426 [3000] 88
540 84 709 [1000] 48331 [500] 701 56 815 968 71 49018
113 73 416 425 705 42 73 963 [500]
50800 51355 616 840 52055 69 206 27 370 324 40
54 622 36 82 53280 99 343 [3000] 63 538 [1000] 6,8
40 89 713 964 54006 [5000] 20 65 123 30 275 424 46
854 55283 [1000] 75 300 534 67 890 56054 803 504
824 968 57048 [5000] 394 497 509 76 780 863 383 583,9
81 451 669 773 912 68 59248 408 80 517 [1000] 634
800 [500] 977
60015 545 82 90 [500] 808 17 963 61072 112 219
731 830 70 84 986 62015 119 245 49 3,5 444 32 513 79
751 964 43064 165 414 31 52 500 610 845 [500] 919
[3000] 64094 180 83 99 375 590 65103 61 71 251 71
85 34 99 435 73 738 60077 [1000] 107 309 427 659
797 67206 809 914 73 60077 [1000] 107 309 427 659
713 [1000] 63 77 69177 319 492 514 18 70 844 733 841 970
70179 438 527 670 70 4 94 71067 [1000] 448 693
60 707 964 72190 283 73 77 303 33 564 918 [500] 33
73179 313 649 830 972 74019 34 253 98 331 609 75274
468 [500] 76119 [30000] 520 446 332 330 706 857
77413 703 949 78080 89 100 311 89 402 332 41 [3000]
822 907 50 83 79079 137 [1000] 81 242 337 96 473 334
88 966 84 83 884
80002 80 96 142 230 87 305 28 719 943 78 81133
87 92 308 99 425 703 [500] 82023 119 42 43 312 492
47 675 80 88 741 83087 83 112 240 375 535 [1000] 733
54123 [1000] 211 533 80 754 833 994 85092 [500] 220
324 64 443 [1000] 549 654 729 870 987 86004 33 181
320 55 667 [1000] 87 [3000] 87106 [3000] 207 [500] 345
[500] 483 601 67 [500] 730 936 83533 608 82 713 61
83 908 89279 90 41 635 702 813 914 43
90192 503 9 13 679 889 91115 265 [1000] 443 664
864 963 92011 411 18 [1000] 28 66 531 712 24 810 13
948 91 93198 379 99 414 47 601 844 94206 407 617 756
[500] 961 95023 683 838 [3000] 96115 80 293 [1000]
75 381 570 83 [3000] 603 77 91 731 847 [500] 97335 492
502 972 [500] 98157 [3000] 87 335 91 403 822 66 629
[500] 721 520 99233 76 433 57 686 706 [1000] 803 28
100181 245 66 337 429 40 570 81 [1000] 97 [500]
632 98 [1000] 717 [10000] 49 627 [3000] 101104 8 12
29 479 542 978 102161 79 419 [500] 22 65 71 592 629
50 729 103030 [1000] 108 236 317 [500] 425 637 [500]
717 960 10991 104042 80 [500] 149 206 416 13 [500]
15 729 105045 [1000] 61 62 330 422 744 883 999 [500]
10689 [500] 249 351 594 646 781 809 107369 578 864
108079 385 500 [500] 777 987 [3000] 99 109487 91
563 [1000]
110165 219 314 38 472 500 635 765 803 111350 94
552 630 67 729 814 [3000] 59 942 45 112152 226 70 433
83 677 825 71 971 113044 70 [500] 104 200 334 491
[1000] 674 642 91 729 911 48 114121 [500] 258 [1000]
373 590 781 82 [500] 115213 28 335 98 579 990 116049
62 176 248 559 809 981 117011 198 222 35 267 420 46
[500] 89 523 118061 94 210 466 533 [500] 762 882 97
928 119089 [500] 80 99 138 378 563 90 650 719 92 292
[500] 908 [1000]
120032 243 56 439 591 121088 100 33 444 81 583
798 890 975 [5000] 122148 323 66 88 101 46 535 823
907 123083 141 239 320 509 719 877 124004 105 359
[1000] 418 84 500 [1000] 698 41 922 [500] 125152 246
[500] 320 438 832 126019 [500] 45 130 952 77 15941

Achtung! Vereine, Gewerkschaften!

Dem verehrten Publikum, Vereinen und Gewerkschaften sowie allen Freunden und Bekannten zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich das herrlich an der Obersee gelegene, mit Veranden und Hallen versehene zirka 15 000 Personen fassende Etablissement **Hasselwörder** käuflich erworben habe. — Bequem vom Bahnhof Nieder-Schöneweide—Johannisthal in 5 Minuten zu erreichen. Dampferanlegestelle der Stern-Gesellschaft. 4990L*

Ausspannung für 200 Pferde. Im großen Saale jeden Sonntag: **Ball**. 6 Kegelbahnen.
△△△△ Volksbelustigungen aller Art. △△△△

In meinen Festsälen Rüdersdorferstr. 45 setze ich mein Geschäft bis zum 1. Oktober 1906 unverändert fort.
Hochachtungsvoll
Albert Scheruch, Rüdersdorferstr. 45.

Nathan Wand
129 Stalinerstr. 129.
Die Schönsten 52122L*
Herrn-Winter-Paletots
und Anzüge in neu
sonstige spezial
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragen Sachen,
soll neu, für jede Figur passend,
spezial Bandagen sind in
großer Auswahl stets zu stamend
billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalinerstr. 129.
Hochachtungsvoll Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

KNORR'S
Macaroni.

Maurer!
Untericht im bautechnischen Zeichnen,
Beratungen zc. Ausbildung zc. Polier!
Maurermeister Karras,
Berlin, Beusselstr. 71. 6595L*

Preisermäßigung 10 Pf. Brennspiritus Preisermäßigung 10 Pf.
= pro Liter = „Marke Herold“ = pro Liter =
Original-Literflaschen mit Patentverschluß.
Man nehme nur Flaschen mit unverschnittenen Verschlußstreifen, auf welchen Gradstärke und Preis vermerkt sind! 5302L*
30 Pf. pro Literflasche ca. 90 Vol. % exkl. Glas
33 Pf. pro Literflasche ca. 95 Vol. % exkl. Glas
In Berlin und Umgebung etwa 9000 Verkaufsstellen.
Zentrale für Spiritus-Verwertung, G. m. h. H., Berlin W. 8.

Aus der Partei.

Die Organisationen und der „Vorwärts“-Konflikt.

Der Sozialdemokratische Wahlverein zu Wittenberge nahm am 27. November die folgende Resolution an: Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins zu Wittenberge erklärt sich mit dem Vorgehen des Parteivorstandes im „Vorwärts“-Konflikt einverstanden. Sie mißbilligt aufs schärfste das Verhalten der ausgeschiedenen 6 Redakteure, weil sie es unterließen, den von der Partei vorgeschriebenen Instanzen zu gehen, statt dessen aber die gesamte Parteipresse dazu mißbrauchten, um gegen Parteivorstand und Preßkommission die schlimmsten Vorwürfe zu erheben, und somit die Partei aufs schmerzliche zu schädigen. Die Versammlung protestiert ferner gegen die Auffassung der Redakteure, von den Aufsichtsbekanntmachungen prinzipiellen Gründen niemals gelündigt werden zu können, sie betont vielmehr, daß dieses Recht den Aufsichtsbekanntmachungen auf alle Fälle zusteht.

Es wurde ferner beschlossen, daß von Neujahr ab wieder Vorlesungen aus der „Neuen Zeit“ zum Schluß der Wahlvereinsversammlungen stattfinden sollen.

Der Wahlverein zu Trebbin befahte sich am vergangenen Sonntag mit der „Vorwärts“-Angelegenheit. Das Vorgehen der sechs ausgeschiedenen Redakteure wurde alsseitig verurteilt, die Handlungsweise des Parteivorstandes und der Berliner Preßkommission dagegen gebilligt.

Der Sozialdemokratische Verein Eisenburg befahte sich in der letzten Versammlung mit der „Vorwärts“-Affäre. Die Parteigenossen sind mit den Maßnahmen des Parteivorstandes voll einverstanden, ja es wurde die Ansicht mit vertreten, daß der Vorstand bei seiner Kenntnis der Sachlage schon früher und schärfer eingreifen mußte. Des weiteren stimmte man den Schlußfolgerungen in bezug auf den Protest gegen die Haltung des „Halle'schen Volksblattes“ vollständig bei. Die hervorragende Agitationsarbeit des „Volksblattes“ und seine volksverständliche Schreibweise im allgemeinen wurde anerkannt, aber gleichzeitig gewünscht, daß dasselbe bei prinzipiellen Fragen fester Stellung nehmen sollte. Eine diesbezügliche Resolution fand in der gutbesuchten Versammlung einstimmige Annahme.

Der Sozialdemokratische Verein Kaiserlautern hat die folgende Resolution angenommen: Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Kaiserlautern erklärt sich nach einem Referat des Genossen Menge mit der Maßnahme des Parteivorstandes und den Berliner Parteinstanzen in Sachen der sechs Redakteure des „Vorwärts“ einverstanden. Die Instanzen, welche die Entlassung der Redakteure veranlaßt, haben nach unserer Auffassung des Parteistatuts das unbefristete Recht dazu, obgleich auch wir gewünscht hätten, daß die Redaktion zu den Verhandlungen zugezogen worden wäre. Denn es ist unangenehm, daß die Parteigenossen, Redakteure, welche dem allgemeinen Empfinden der Parteigenossen, denen das Wort gehört, nicht Rechnung tragen, durch andere zu ersetzen. Die Versammlung spricht ferner dem Parteivorstand nach wie vor ihr unbedingtes Vertrauen aus.

Die Reichstagsfraktion zur „Vorwärts“-Angelegenheit. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat nach Besprechung der „Vorwärts“-Angelegenheit folgenden Beschluß gefaßt: Die Fraktion erklärt durch die gepflogene Aussprache in Sachen des „Vorwärts“-Konfliktes die Angelegenheit für sich als erledigt.

Ein Markstein.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ schreibt: Vor rund fünf Jahren erschien aus der Feder der Genossen Behnmann und Parvus das erschütternde Werk „Das hungernde Rußland“. Es rief den Vorhang auf, hinter dem die russische Regierung das furchtbare Elend der Bauernschaft der Welt verborgen wollte, es zeigte, wie morbid und brüchig die Fundamente des russischen Kolosses. Aber dieses Buch war nicht nur seines Inhaltes wegen eine Tat. Es war es auch wegen der persönlichen Gefahren, die die Verfasser auf sich genommen hatten, um die Hinterlogen für das Werk zu gewinnen. Sie sind erarbeitet worden im Schatten der Schlüsselburg und des großen sibirischen Eisferres. Unter falschem Namen mußte Genosse Parvus damals sein Vaterland aufsuchen und nur der Dummheit der Tscharnowniks und seiner Kalibütigkeit hat er es zu danken, daß er den Fängen des Jarismus entging.

Fünf Jahre sind seitdem verfloßen. Sie haben genügt, um den Koloss, dessen tönerne Füße das Buch unserer beiden Genossen enthüllte, zu zerschlagen. Die russische Revolution hat gute Arbeit geleistet. Das alte Rußland wird sich nicht mehr erheben. Die groß aber der Abstand ist zwischen dem gestern und heute der russischen Zeitrechnung, das führt uns ein Schreiben vor Augen, das wir, so gering sein sachliches Gewicht ist, doch um seiner symptomatischen Bedeutung willen als einen Markstein bezeichnen dürfen. Dieses Schreiben, das uns vor einigen Tagen zugeing, lautet:

St. Petersburg (Datum des Poststempels).

Werte Genossen!

Im Auftrage der Redaktion unserer Parteizeitung „Raischalo“ (Der Anfang) bitte ich Sie, uns ein Exemplar Ihrer Zeitung gratis übersenden zu wollen. Die ersten Nummern unserer Zeitung werden wir Ihnen zuschicken lassen; von einer regelmäßigen Zusendung glauben wir absehen zu können, doch soll das gern geschehen, wenn Sie Wert darauf legen. Die Zeitungen gelangen kostenfrei ungehindert an uns.

Mit parteigenösslichem Gruß

Parvus.

Diesen gedruckten Zeilen ist sodann vom Genossen Parvus handschriftlich die Adresse des neuen Parteigorgans angefügt.

So ist also Genosse Parvus in eigenen Vaterlande an dem Werke tätig, dem er viele Jahre hier in Deutschland seine Kräfte geliehen hat. Der russische Flüchtling, der in der deutschen Sozialdemokratie Bürgerrecht, als leitender Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ sich einen dauernden Platz in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erworben, kämpft jetzt der Arbeiterklasse Rußlands voran. Und er braucht sich nicht mehr vor den Hörschern des Jaren zu verbergen, wie die sozialdemokratische Presse nicht mehr im Dunkel verdeckter Kellerwinkel hergestellt wird. Die Pressefreiheit ist erobert, ob sie auch noch nicht vollständig kodifiziert ist, und der Sozialdemokrat ist trotz allen Wütens der Reaktion nicht mehr das Freiwild der Tscharnowniks.

Von einem deutschen Gericht wurden einst deutsche Männer verurteilt, weil sie russischen Revolutionären umstürzlerische Blätter nach Rußland hatten einschmuggeln helfen. Kürzlich werden deutsche Behörden solche Liebesdienste nicht mehr leisten können. Denn die umstürzlerische Presse steht jetzt im Herzen des Jarenreichs. Die russische Revolution behütet uns vor der Wiederholung Königsberger Schmach!

Neingläubige verweisen an dem Sieg der russischen Revolution. Sind ihre Erfolge nicht schon von gewaltiger Größe? Hat sie nicht schon eine Wandlung bewirkt, die ihre Gleichen sucht! Und das Ende dieser großen Umwälzung ist noch nicht gekommen!

Wir senden den ehemaligen Leiter unseres Blattes über die Grenze unsere Kampfgrüße. Möge ihm im Heimatlande ebenso unerschrockene Tätigkeit beschieden sein wie einst in Deutschland.

Möge er in den Reihen der russischen Genossen vordringen von Markstein zu Markstein der Revolution!

Genosse Robert Schmidt ersucht uns um die Aufnahme der folgenden Erklärung:

Genosse Studbe fordert vom Genossen Klotz eine Antwort auf meine Ausführungen in Jena, die in der Behauptung gipfeln, im Holzarbeiter-Verbande sei seinerzeit der Gedanke aufgetaucht, dem Genossen Klotz die politische Tätigkeit zu unterlagen.

Ich bin durch die Anträge genötigt zu erklären, daß ich mich in einem Irrtum befand, als ich diese Ansicht äußerte. Nicht aus Mißlieblichkeit kam das Anstimmeln, sondern Genosse Klotz äußerte im Jahre 1902 auf dem Verbandstag in Mainz selbst den Wunsch, seine umfangreiche politische Tätigkeit im Interesse des Verbandes einzuführen. Dieser Ansicht trat ich auf dem Verbandstag unter allgemeiner Zustimmung entgegen und sprach den Wunsch aus, Klotz möge seine Mandate im Landtag und in der Gemeindeverwaltung nicht aufgeben. Daß die Behauptung des Genossen Studbe, der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes habe den Genossen Klotz die Ausübung seiner politischen Tätigkeit erschwert, unwar ist, habe ich bereits auf dem Parteitag in Jena erklärt. R. Schmidt.

„Der Hammer“, das Organ des Zentralverbandes der Zimmerer, druckt in seiner neuesten Nummer die Kundgebung der Genossen Brohme, v. Elm und Lesche zur Frage des Massenstreiks mit der folgenden Einleitung ab:

Gegen die antiparlamentarische und antigewerkschaftliche Propaganda, die seit dem Jenaer Parteitag von der sozialdemokratischen Parteileitung ganz offensichtlich gefördert wird, veröffentlichen drei sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, deren Namen in Arbeiterkreisen einen guten Klang haben, im „Hamburger Echo“ die nachstehende Erklärung.

Das Gespenst wird also immer schrecklicher an die Wand gemalt. Nun ist es gar die sozialdemokratische Parteileitung selbst, die jene phantastische, antiparlamentarische und antigewerkschaftliche Propaganda fördert! So wird schon der gänzlich unmoderierte und unverständliche Kasstandaruf der drei Hamburger Genossen in „bermehrter und verbesserter Auflage“ unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern kolportiert. Und dann fühlen sich gewisse Gewerkschaftsführer höchst beleidigt und gekränkt, wenn man von ihrer förmlichen Hege gegen die Sozialdemokratie spricht!

Man schreibt uns aus Dresden: Ueber das schöne Stichwort von den „Revolutionäromantikern“, das in Hamburg geprägt wurde, und über die ganze Erklärung der Hamburger drei Genossen fällt natürlich die gegenwärtige Presse mit Wohlbehagen her. In Sachsen wenigstens nagen die bürgerlichen Repetiere bereits eifrig an diesem Knoten.

In Dresden wollte es der Zufall, daß im konservativen Verein nach einem Referat des bekannten Max Lorenz zu derselben Zeit als die fragliche Erklärung der drei Hamburger Genossen im „Echo“ erschien, eine Resolution angenommen wurde, in der unter anderem dem Reichskanzler „unterbreitet“ wird, „ob vorübergehende Maßregeln mit den Mitteln verbesserter Strafgesetzgebung gegen etwaige Injurien der politischen Massenstreiks und gegen die Willkür und Verherrlichung des politischen Mordmordes und die direkte und indirekte Beteiligung der deutschen Sozialdemokratie an revolutionären Bewegungen auch jenseits unserer Landesgrenzen im Interesse der nationalen Sicherheit und des staatsbürgerlichen Rechtsbewußtseins angebracht wären.“

Man kann sich denken, welche Schlussfolgerungen für ihre Sache Leute, die solche Resolutionen beschließen auf der Erklärung der drei Hamburger Genossen ziehen.

Aufs Haupt geschlagen. Die gestrige Gemeinderatswahl in Wanzschau, schreibt das „Norddeutsche Volksblatt“, ist ein Siegestag, ein Ehrentag der Demokratie, der politischen Ehrlichkeit und der Arbeiterschaft von Wanzschau. Mit über 800 Stimmen hat die Liste der vereinigten Bürgervereine über die Liste des Dreieiniges Gemeinwohl, Hausbesitzervereins und Kaiserliche Werk gefiegt. Nicht bloß besiegt, sondern aufs Haupt geschlagen sind die Wahlmänner des „Gemeinwohl“.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Rattow D. S. stießen auf die sozialdemokratischen Kandidaten 152 Stimmen, während die bürgerlichen Kandidaten mit insgesamt 676 Stimmen den Sieg errangen. Für die „Sieger“ stimmten auch die wahrheitsliebenden Gruben- und Hüttenarbeiter, freilich nicht aus Überzeugung, sondern aus Furcht vor Maßregelung. Vor zwei Jahren zählten die sozialdemokratischen Kandidaten nur 78 Stimmen, während die Gegner insgesamt 833 Stimmen zusammenbrachten. Wir können mit dem diesjährigen Resultat also durchaus zufrieden sein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die standhaftige Presse. Genosse Redakteur Artur Mollenbuhr war vor dem Schöffengericht angeklagt, weil er in einem Artikel des „Volksblatt für Halle“ den Schloffer Repke von Wittenberg beleidigt haben sollte. Er hatte dem Kläger vorgeworfen, dieser habe seinen neunjährigen Sohn Karl aus erster Ehe in unerhörter Weise mißhandelt, so daß bei Hausnachbarn die Vermutung bestand, man wolle den Knaben aus der Welt schaffen. Die Verhandlung entrollte ein grauenhaftes Bild, so daß dem Staatsanwalt nunmehr Gelegenheit geboten ist, gegen den Stiefvater und dessen Ehegattin vorzugehen. Jene Eltern hatten den Jungen, der von seinem Lehrer als ein braves, wahrheitsliebendes Kind bezeichnet wurde, täglich brutal mißhandelt und dem unglücklichen Knaben den Rat erteilt, er solle sich in die Erde stürzen. Trotzdem besah der Vertreter des „Beleidigten“, Rechtsanwalt Karbe, den Mut, zu sagen, es gäbe eine gewisse Presse, welche, um den Raum zu füllen, ganz harmlose häusliche Vorfälle als Standaufgeklärten darstelle. Der vorliegende Fall gehöre nicht in die Presse, da es keine öffentliche Angelegenheit sei. Das Gericht war anderer Meinung, es erachtete den Wahrheitsbeweis für erbracht und sprach unseren Genossen lastenlos frei.

Ein Preßkämpfer. Genosse Bestmeyer von der „Sächsischen Tagewacht“, verließ gestern die Strafanstalt Heddingen, wo er sich drei Monate lang liebevoller Pflege erfreute. Weil er den lieben Gott beleidigt haben sollte, was aber von zwei protestantischen Geistlichen aufs entschiedenste bestritten wurde, nahm man ihn auf drei Monate hinter Schloß und Riegel. Bei einem gemeinen Verbrecher wurde ihm die Vergünstigung der Selbstbeschäftigung und Selbstbestätigung verweigert. Am 4. November, nachdem drei Viertel der Strafe verfloßen waren, wurde ihm die Selbstbeschäftigung noch angeboten, jetzt aber leistungsfähiger dankend Verzicht so der preussischen Gefängnisverwaltung den Plan, sich noch mit dem Mitleidigen besonderer Humanität zu umhüllen. Bestmeyer hat nun seine Strafe in ihrer ganzen Härte verbüßt.

Versammlungen.

Der Verband des technischen Bühnenpersonals wählte in seiner letzten Versammlung als Kandidaten für die Ortskrankenkassen-Vorstand die Kollegen Scheerer, Scheller, März und Valerius. Ein Antrag des Vorstandes, die Wiederwahl des 2. Vorsitzenden, des 2. Kassierers und des 2. Schriftführers bis auf 1 1/2 Jahre hinauszuschieben, wird bis zur Generalversammlung

verlagt. Hierauf folgte ein Antrag des Kollegen Gabert, worin Mitglieder, welche mehr als drei Monate mit Beiträgen im Rückstand sind, bei Vorstandswahlen nicht wählen dürfen. Kollege Scheerer fügt als Antrag hinzu, daß bei den Wahlen nur Mitgliedsbücher legitimieren. Beide Anträge werden mit großer Mehrheit angenommen. Als letztes wiederholt Kollege Valerius den Antrag aus der letzten Versammlung auf Befolgung des Vorsitzenden. Der Antrag, vom 1. Oktober ab 10 M. zu zahlen, wird angenommen. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Erwidern.

In der Nr. 280 des „Vorwärts“ vom Donnerstag ist eine Erklärung Wiesenthals enthalten, die sich mit meiner Person und dem Zusammenstoß, den ich mit Wiesenthal am 12. November 1905 in der Generalversammlung hatte, beschäftigt.

Hierauf möchte ich folgendes bemerken: Niemand hat in der Generalversammlung davon gesprochen, daß ich verprügelt sei, sondern der Kollege Cohen hat der Generalversammlung mitgeteilt, daß Wiesenthal sich unter Mißhandlung eines Kontrolleurs, der ich war, gewaltsam Zutritt zur Generalversammlung verschafft hat. Diese Bekanngabe entsprach durchaus den Tatsachen.

Es ist nicht richtig, wie es in der Erklärung Wiesenthals heißt, daß ich gesagt habe „das Wiesenthalsche Lumpengefindel“, sondern ich habe gesagt: „So ein Lumpengefindel von Wiesenthal vergrast sich an einem mehrfachen Kollegen und schafft sich auf diese Art und Weise mit Gewalt Zutritt zur Generalversammlung.“

Die Gründe zu dieser Verurteilung waren folgende: Zu dem am 12. November stattgefundenen Generalversammlung waren zur Ausübung der Kontrolle 10 Kollegen der Ortsverwaltung bestimmt. Gegen 5 1/2 Uhr waren der Kollege Weinberg und Unterzeichneter zur Kontrolle anwesend. Bald darauf kam Kollege Wiesenthal und wollte Zutritt zur Generalversammlung. Ich erklärte ihm, er habe keinen Zutritt. Er wählte doch, daß gegen ihn ein Ausschlußverfahren schwebt. Wiesenthal sagte, er habe doch Zutritt und ließ mich bei Seite. Ich flog gegen das Buffet, wobei auch einige Gläser (nach Angabe des Buffetiers 6) zur Erde fielen und zerbrachen. Ich selbst habe sofort einigen Kollegen gegenüber über Schmerzen geklagt und habe auch nachweisbar blaue Flecke am Rücken gehabt. Auf diese Vorgänge hin habe ich die vorhergehende Äußerung gemacht.

Ich erkläre ausdrücklich, daß es mir ferngelegen hat, irgend einen Kollegen der Rohrleger-Kommission zu beleidigen. Max Horn.

Sitzung haben Sonnabend:

Deutscher Arbeiterverein Brüssel. Verlesens- und Vereinslokal Maison du peuple.

Rund der sozialdemokratischen Leses- und Diskussionsklub. Zuschriften sind zu richten an den Bundesvorsitzenden Adolf Duhl, N. 68, Völknerstr. 133. Freie Zusammenkunft jeden Sonnabend im Gemerkschaftshaus, Zimmer Nr. 25.

Arbeiter-Hausverband Berlin und der Umgegend. Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Adolf Braun, Berlin, Nebenmohrstraße 50, II. „Pöbler“, Schulstr. 25. — „Freie Alliance“, Reichstr. 133. — „Guter Jung“, Fischer, Buchholzerstr. 5. — „Wilde Rose“, Seifert, Weihensee, Wäldenerstraße 15. — „Anker I“, Dillenburger, Zimmerstraße 59. — „Fortuna“, Lehmann, Goldbrück-Rüdersdorf. — „Alter Stamm I“, Freiland, Romane, Karlsruherstr. — „Saxonia II“, Gohlschlag, Romane, Brieststraße 31. — „Unter Tadel“, Widenhagen, Zeltow, Berlinerstraße 4. — „Blut auf“, Grewel, Rüdersdorf, Deimstraße 19. — „Volkshaus I“, Rotenburg, Stargarderstraße 17. — „Bappel“, Sabn, Buchholzerstraße 1. — „Gemütsheil V“, Rier, Hemicendorf, Kirchplatz. — „Saxonia I“, Hlasp, Hildorf, Juliusstr. 59. — „Blauer Dampf“, Dose, Müllerstraße 22a. — „Einigkeit III“, Gente, Herzbeide, Hauptstr. 58. — „Berolina“, Kubitz, Zeltow, Hoher Steinweg 41 (alle 14 Tage). — „Grüne Rose“, Rube, Friedenstr. 91. — „Vollendung“, Krause, Weihensee, Viktoriastraße Nr. 39. — „Christlieb“, Hübener, Weihensee, Charlottenburger- und Wilhelmstr. 10. — „Grüne Fäule II“, Schmidt, Hildorf, Bergstr. 84. — „Waldmeister“, Barisch, Zadorf. — „Gemütsheil VI“, Knobloch, Charlottenburg, Bismarckstr. 33. — „Rochpol“, Rüdorf, Gemütsheilstr. 11. — „Verloppete Biere“, Lohde, Wälschtr. 69.

Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“. Von 9 (Brooving Brandenburg). Alle Zuschriften und Anfragen sind zu richten an den Gewerkschaften Karl Fischer, Waldstr. 8. Bezirk, „Hoffnung“ nach dem 15. bei Wismann. — Wiesenthal, Bänderstr. nach dem 1. und 15. Galtshof „Zur Sonne“, Grünstr. 8. — Brinndorf, Bänderstr. nach dem 15. bei Ronke. — Gehlhausenstr., Reichstr. nach dem 1. bei Fiedler. — Drenth bei Volldam, „Freiweg“ jeden dritten Sonnabend bei Puchmann. — Oberwalde, „Vorwärts“ vor dem 15. „Zur Wäule“, Eichendorferstr. — Fort I. u. II. R. A. nach dem 1. im Gesellschaftshaus. — Freienwalde a. D. „Edelweiß“ nach dem 1. bei Volgt, Oberwalderstr. 7. — Wiesenbrünge, Str. Seibitz, R. A. nach dem 1. bei Döbler in Wandsdorf. — Groß-Beften, „Frei auf“ nach dem 15. bei Ww. Rodomisch. — Guden, „Frei auf“ vor dem 1. und 15. bei Bruder, Friedens-Allee. — Rehn a. D., „Vorwärts“ nach dem 15. bei Klemm, Rindstr. 18. — Kirchhain R. A., „Freie Räder“ vor dem 15. bei Wäule, Gerberstr. 44. — R. Schönefeld, „Schwalbe“ vor dem 1. und 15. bei Babel in Schönefeld. — Wichterfelde, Kreis Ober-Sarnim, „Waldgruß“ nach dem 1. und 15. bei Lindenberg, Markensfelde, R. A. nach dem 1. und 15. bei Staffell. — Wälschdorf, „Frei auf“ nach dem 1. bei Bunge. — Mittenwalde, „Frei“, jeden letzten Sonnabend bei Schmidt, Zum Kronprinz. — Kauen, „Vorwärts“, jeden zweiten Sonnabend im Schützenhaus. — Reu-Jitzau, „Hoffnung“ nach dem 1. bei Kurgahle. — Saarmund, „Frei weg“ bei Hildebrandt. — Scharenfeld bei Erner, Bänderstr. vor dem 15. bei Großhof. — Schwina, „Vorwärts“, jeden letzten Sonnabend bei Bölle. — Seibitz bei Seibitz, „Grüne Fäule“ vor dem 1. bei Kallenbach. — Seifersdorf, Bänderstr. nach dem 1. bei Schaber. — Slamen bei Spremberg, „Vorwärts“ letzten Sonnabend bei Keme. — Sommerfeld R. A., Bänderstr. nach dem 1. im Kurfürsten. — Spremberg, R. A. R. A. nach dem 1. im Gesellschaftshaus. — Werthe, „Frei“ nach dem 1. und 15. bei Schulze in Bergshaus.

Arbeiter-Radsportklub „Freiheit“. Geschäftsstelle bei R. Wehe, Weinstr. 3, I. „Blut auf“, B. Schmidt, Kamler, und Zwinnmünderstr. 10. — „Freiheit“ (Weihensee) bei A. Wiedel, Wälsch-Platz 8. — „Dreimäder“ (Bernau) bei Hindenburg, Hauptstr. 10. Arbeiter-Turnerklub. Turnn. „Fichte“, Geschäftsstelle Berlin O. 17, Kopenstr. 24 II. Abends 8-10 Uhr: 1. Männer-Abt. Friedensstr. 37. 2. Männer-Abt. Boedstr. 17/20. 2. Lehrlings-Abt. Eickstr. 55-58. 3. Lehrlings-Abt. Stenemstr. 20 (Moabit). 4. Lehrlings-Abt. Adersstr. 67. 5. Lehrlings-Abt. Reichsbergerstr. 131/132. 6. Männer-Abt. Döbberstraße 96/97. 7. Lehrlings-Abt. Wälschstr. 158. 8. Lehrlings-Abt. Petersburgerstr. 4. 9. Lehrlings-Abt. Fürbringstr. 33. 10. Lehrlings-Abteilung Oberwalderstr. 10. — „Freie Turnerklub Johannisstr.“ abends 9-10 Uhr bei Zerstleben. — Turnerschaft B. A. „Arens“ (gegründet 1882). 1. Lehrlings-Abt. 8-10 Uhr abends Rantzenstr. 7. — Turn-Abteilung des Arbeitervereins „Vorwärts“: 6-8 Uhr Schüler-Abteilung; 8-10 Uhr Männer- und Lehrlings-Abteilung; Wälschhof, Wälschstr. Lustgarten. — Turnverein „Jahr“, Teaton-Baumhuldenweg. In der Turnhalle Wälschhofstraße 274 von 8 1/2-10 1/2 Uhr: Männer- und Lehrlings-Abteilung. Gefellige Vereine. Verein ehemaliger Schüler der Lehrer-Verschule zu Berlin jeden zweiten und vierten Sonnabend im Monat Landbergerstr. 80. — Turnverein „Arens“, Du abnt 8 nicht, bei Wälsch, Wälschstr. 24. — Turnverein „Accordia 1904“ (gegründet 1904), im Altkaufhaus, Obmstraße 2. — Theater-Gesellschaft „Hilberstein“ im Bernau-Rose-Theater. — Theaterverein „Hoffnung“ jeden Sonnabend vor dem Ersten im Oranien bei Stabder, Köpferstr. 88. — Sparverein „Fichte“ jeden Sonnabend nach dem 15. bei Kienast, Wälschstr. 2. — Sparverein „Gold-Diesel“, Eickstr. 82/83. — Verein Berliner Auswälder, Galtshofstr. 13. — Vergnügungsverein „Gemütsheil 1905“, Sonnabend nach dem 1. und 15. im Altkaufhaus Landbergerstr. 73, I. — Verein ehem. Schüler der Berliner Bauhütten-Schule, Dietrichs Straße Dresdenstr. 116. — Privat-Theatergesellschaft „Reinhold“, bei Schönefeld, Hornsdorferstr. 47. — Sparverein „Gefelligkeit“, bei Kammann, Waldemarstraße 65. — Theaterverein „Bühnenfreunde“, Schmidt'sche Straße, Gartenstraße 6.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 3. Dezember, vormittag 9 1/2 Uhr, im Rathaus, Saal 106, Eingang Lindenstraße: Versammlung freireligiöser Seelen. — Um 10 1/2 Uhr vormittags ist der Schul-Konzert. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Sonder-Angebot für Sonnabend, den 2. Dezember Montag, den 4. Dezember Dienstag, den 5. Dezember

Holsteiner Schlackwurst in Fettdarm	Pfd. 1,50 M.	Vorzügliche Jagdwurst	Pfd. 1,00 M.
Harte Holsteiner Salami	1,35 M.	Ia Landleberwurst	90 Pf.
Westfälische Schlackwurst	1,35 Pf.	Feinste Braunschweiger Mettwurst	90 Pf.
Westfälische Schinkenwurst	1,25 Pf.	Prima harte Mettwurst	70 Pf.
Schnittfeste Pommersche Schlackwurst	1,05 M.	Prima Sülwurst, vorzüglich im Geschmack	70 Pf.
Schnittfeste Pommersche Salami	1,05 M.	Pommersche Rotwurst	50 Pf.
Prima Zungenwurst	1,00 M.	Pommersche Zwiebelberwurst	50 Pf.
Feinste Kalbsleberwurst	1,00 M.	Ia Bratenschmalz	50 Pf.

Der große Andrang vor dem Fest veranlaßt uns, von **Sonnabend, den 2. Dezember bis inkl. Mittwoch, den 6. Dezember**

doppelte Anzahl Sparmarken zu verabfolgen. Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch

8 Sparmarken!

*Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

*Ausgenommen sind einige Artikel und Sonder-Angebote.

Die Spielwaren-Ausstellung ist eröffnet.

Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.
Berlin SO. Oranienstr. 166
Berlin W. Potsdamerstr. 113a
POTSDAM, Nauener Straße 23.



Winter-Paletots ein- und zweireih. Form, v. Eskimo, Cheviot od. Foulé, einfarb., meliert, gestreift oder kariert, auf Plaidfutter, Seide oder Plüsch gearbeitet, tadelloser Sitz und beste Verarb., vollständ. Ersatz f. Maßanfert. **20, 22, 50, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65 und 70 M.**

Winter-Ulster engl. Fantasiestoffen auf gutem Plaidfutter, **30 u. 40 M.**

Pelerinen-Mäntel zweir. Form, m. langer abknöpfbarer Pelerine und Taillenriegel, v. gut. Loden, dunkelgr., bräunl. od. grünlich, **25, 35 u. 40 M.**

Kaiser-Mäntel zweir. Form, m. breit. Umklappkragen, Mufftaschen und Taillenriegel, v. schwerem Loden, grau, marenge od. grünlich meliert, **20, 25, 30 und 40 M.**

Winter-Joppen zweir. Form, v. Loden, m. warm. Futter, dunkelgrau, bräunlich od. olive meliert, **7, 50, 9, 10, 50, 12, 14, 15, 18, 50, 18, 20 u. 25 M.**

Große Weiten für extra starke Herren stets vorräthig.

Sämliche Artikel sind für jede Figur passend auf Lager und werden etwaige kleine Aenderungen, da solche nicht immer ausgeschlossen, **kostenlos** von sachkundigen Personen ausgeführt.

Knaben- und Burschen-Anzüge

Paletots, Joppen und Hosen in größter Auswahl zu billigsten Preisen.

Die Abteilung für Maß-Anfertigung ist mit allen Neuheiten der **Winter-Saison** ausgestattet und geschieht die Anfertigung in vollendet schöner Ausführung, unter **Garantie für guten Sitz** zu billigsten Preisen.

Verkauf nur gegen Barzahlung.

Illustr. Katalog versende gratis und franko.

Enorme Auswahl in nur wenig getragenen Monats-Garderoben.

Winter-Paletots von 6,50 Mk. an.
Herren-Anzüge von 7,— Mk. an.
Winter-Joppen 4,—, Hosen u. Westen **sehr billig.**

Nur J. Grünberg

Berlin N.

Jetzt Chausseestr. 82 schrägüber der Liesenstr.

Bisher 25 Jahre: Boyenstr. 44.

TUMA-ZARI

Beste 2 Pfg.-Zigarette.

Sichere Existenz.

In einer industriereichen und von vielen Fremden besuchten Stadt Sachsens ist ein modern eingerichtetes

Reform-Speisehaus und Café

zu verkaufen. Daselbe erhebt sich neben einem großen Kreise feiner Stammgäste des Besuchs der gesamten Bevölkerung und ist vollständig konturngenlos. Auskunft über die äußerst günstigen Bedingungen durch den Besitzer. Offerten unter H. 4 an die Expedition des „Bismarck“.

Lassen Sie sich nicht durch ungläubwürdige Reklame verleiten

und kaufen Sie keine billige Imitate, die keine Stimmung hält. Ein solches Instrument ist etwas fürs Auge, aber wertlos.

Wollen Sie wirklich Freude haben, dann kaufen Sie sich

Die echte

Menzenhauer Guitar-Zither

mit unterlegbaren Noten, welche jedermann sofort spielen kann.

Ueber 1 1/2 Million im Gebrauch.

Preis:

M. 20,— u. M. 25,—

Bei Aufhebung dieses Anzeigens erhält jed. Käufer einer Guitarzither 12 Noten gratis.

Verwand franko mit schriftlicher Garantie für 1 Jahr.

Menzenhauer & Schmidt, Berlin, Spittelmarkt 15.



Hur neueste Moden.

Dieser feste, schwarze Hut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. clagues moderne Form, kostet **M. 1.80.** in großer Auswahl.

Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden. Abteilung für den Einzelverkauf

Neue König-Strasse 48, 1 Treppe,

drittes Haus vom Alexanderplatz.

Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.

Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter M. 1.50, mit Filzfutter M. 2.—, hochfeine Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50.

Sonntags geöffnet.

Weltbekannt sind Rathenower Augengläser.

Echt Rathenower Brillen 1,00
Placenz (echt Nickel) M. 1,50
„ Double 5,00
„ Gold 12,00
„ Schildpatt 4,50
Opern- u. Reise gläser v. 6,00 an
Barometer, garant. gute Werke, von 6,00 an

A. Grün, Optiker,
Brunnen-Strasse 4
am Rosenthaler Tor.

Horror

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:

Berlin, Lindenstr. 69 Fernsprecher: Amt IV, 1933.

Nr. 282. Sonnabend, den 2. Dezember 1905.

Inserate sechsgepaltene Kolonelleile 20 Pfg.

Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Grünau. Der Wahlverein hält am Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen Franz Köpcke, Köpenickerstr. 88, eine Mitgliederversammlung ab. Da wichtige Sachen auf der Tagesordnung stehen, ist vollständiges Erscheinen der Mitglieder notwendig. Der Vorstand.

Friedrichsdorf. Am Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokale des Herrn Pötel die erste Vollversammlung in unserem Orte statt. Reichstags-Abgeordneter Friß Jubeil spricht über: „Die politische Lage und wohin treiben wir?“ Zahlreiches Erscheinen der Arbeiterschaft aus Friedrichsdorf und Umgebung mit ihren Frauen erwartet. Der Einberufer.

Königs-Wusterhausen. Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags 4 Uhr: Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Königs-Wusterhausen und Umgegend beim Genossen Herrmann in Niederlehme, Restaurant „Bellevue“. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Kommunalpolitik“. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Die Parteigenossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen und die Mitgliedsbücher zur Kontrolle vorzulegen.

Johannisthal, Adlershof, Nieder-Schöne-weide und Rudow. Am Sonntag, den 3. Dezember, findet im Lokal von Krüger, Friedrichstraße 10, nachmittags 4 Uhr, eine Vollversammlung für Männer- und Frauen statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Wolfenbühl über die Revolution in Rußland und die Wahlrechtslämpfe in Oesterreich und Ungarn sprechen wird. Der durchaus wichtigen Tagesordnung halber eruchen die Parteigenossen und Genossinnen, an dieser Versammlung zu erscheinen, um unseren kämpfenden Brüdern Solidarität zu bekunden. Nach der Versammlung findet geselliges Beisammensein statt. Die Versammlung ist arrangiert von den vereinigten Wahlvereinsvorständen Johannisthal, Adlershof, Nieder-Schöne-weide und Rudow.

Vorort-Nachrichten.

Brick.

Ein angefangener Wilddieb ist gestern in das Brick-Krankenhaus eingeliefert worden. Er war in der Gutsfort-Schulzendorf von einem Gendarmereiwachmeister beim Wildern überrascht worden. Der Beamte hatte ihn aufgefordert die getübene Hinte auf die Erde zu legen und als dies geschehen war, sprang der Wilddieb plötzlich beiseite und versuchte sein Heil in der Flucht. Er rannte dabei gegen das Pferd des Beamten, dieses stieß gegen seinen Herrn und plötzlich entlud sich der Revolver, welchen der Gendarmereiwachmeister in der Hand gehalten hatte. Die Kugel traf den Flüchtling in den Oberschenkel. Der Wilderer konnte nun festgenommen und als Polizeigefangener nach dem Kreis-Krankenhaus in Brick gebracht werden.

Friedenau.

Von einem Milchwagen totgefahren wurde gestern die 7-jährige Tochter des Malermeisters Raibaum aus der Kommsenstraße zu Friedenau. Die Kleine überschritt mit mehreren Schulfreundinnen auf dem Heimwege den Fahrweg der Rheinstraße, und als sie einem Handlanger ausweichen wollte, rannte sie blindlings gegen den Milchwagen des Wollereibesetzlers Taurat aus der Ringstraße. Das bedauernswerte Kind wurde vor den Augen ihrer entsetzten Freundinnen überfahren und starb bald darauf. Der Unglücksfall ist um so tragischer, als der Wollereibesitzer, welchen übrigens keine Schuld trifft, ein guter Freund des Vaters der Totgefahrenen ist.

Steglitz.

Zwei Diebeselken hat die Kriminalpolizei in Steglitz gestern unschädlich gemacht. Bei der Familie v. N. in der Sieppanstraße waren seit einiger Zeit fortgesetzt Diebstähle verübt worden. Den Ermittlungen der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, die Urheber der Diebereien auffindig zu machen und zu verhaften. Es waren die Aufwärtserinnen Mathilde Vodlow und Emma Reister aus Steglitz, welche in dem v. N. schen Hause beschäftigt gewesen waren. Im Laufe der Zeit hatten sie die beiden ein förmliches Warenlager, hauptsächlich Bekleidungsgegenstände zusammengehoften. Bei einer Hausdurchsuchung durch die Polizei in den Wohnungen der Eltern wurde der größte Teil der Diebesbeute noch vorgefunden und beschlagnahmt.

Werder.

Seit mehreren Wochen verschwunden war der Fährgehülfe Gustav Erdmann, welcher bei der Werderschen Ueberfahrt Dienst tat und mit dem Boot des Fährmanns Hartkopf eine Fahrt auf der Havel unternommen hatte. Mit ihm zugleich war das Boot und auch das Boermeisterische Boot verschwunden, so daß man annahm, der junge Mann sei einem Verbrechen zum Opfer gefallen. Tagelang haben die Fischer die Havel abgesehen und abgesehen, ohne daß von den Booten und dem Verschwundenen etwas zu entdecken war. Mitte November wurde aber ein Holzpantoffel, welcher Erdmann gehörte, und ein Ruder, das zu dem Hartkopfschen Boot gehörte, in der Havel aufgefischt, was dem Gerücht, der Verschwundene sei ermordet worden, neue Nahrung gab. Jetzt endlich ist Licht in die dunkle Sache gekommen, denn einigen Fischern gelang es, die verschwundenen Boote aufzufinden. Sie lagen auf dem Grunde der Havel zusammengekettert in der Nähe des Vorwerks Gollin bei Golm. Dort wurde die Havel nochmals abgesehen und dabei die Leiche Erdmanns gefunden. Die gerichtliche Untersuchung ergab, daß derselbe anscheinend einem Unglücksfall beim Uebersteigen von einem Boot zum anderen, wodurch er diese zum Kentern brachte, zum Opfer gefallen ist.

Rigdorf.

Durch zwei Versammlungen des Wahlvereins zog sich die Diskussion, die sich an den Bericht der Delegierten über die Generalversammlung des Kreises knüpfte. Ausschließlich war die auf dieser Generalversammlung angenommene, auf den „Vorwärts“-Konflikt bezügliche Resolution Jubeil-Südekum Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen: In der ersten Versammlung hatte zunächst Genosse Dr. Marenbrecher einen Vortrag gehalten, dann erkrankten die Delegierten ihren Bericht. Genosse Conrad legte dar, daß er nach reiflicher Erwägung für die Resolution gestimmt habe. Genosse Weinstock wendete sich gegen die von Conrad gemachten Darlegungen und begründete seine ablehnende Haltung der Resolution Südekum in längeren Ausführungen. Schließlich legte er der Versammlung

eine vom Vorstand und den Bezirksführern eingebrachte Resolution vor, die folgenden Wortlaut hat:

„Die allgemeine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Rigdorf nimmt Kenntnis von den Verhandlungen der Kreis-Generalversammlung und erklärt:

In Erwägung, daß dem Parteivorstande und der Preßkommission des „Vorwärts“ unter den nunmehr allgemein bekannt gewordenen Umständen nicht nur das Recht, sondern die ernste Pflicht oblag, im Interesse der Gesamtpartei eine möglichst schleunige Umgestaltung der Redaktion des „Vorwärts“ vorzunehmen; in fernerer Erwägung, daß die seitens der genannten Körperschaften vorgeschlagenen Maßnahmen, die Stellung resp. Haltung des „Vorwärts“ in Übereinstimmung zu bringen sei mit der überwiegenden Mehrheit der Genossen, und den Umständen in Berücksichtigung ziehend, daß der „Vorwärts“ als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Sinne der seitens der höchsten Instanz derselben wiederholt ausgesprochenen unzweideutigen Meinung (Dresdener Resolution) redigiert werden muß, kann sich die Versammlung nicht mit den auf der Kreis-Generalversammlung gefassten Beschlüssen einverstanden erklären. Diefelbe verurteilt namentlich die Annahme der Resolution Südekum-Jubeil, und kann nicht umhin, die Ausführungen des Abgeordneten des Kreises, Genossen Jubeil, betreffend die angeblich gefährdete Meinungsfreiheit der Angestellten des „Vorwärts“, lebhaft zu bedauern. In Verfolg dessen bedauert die Versammlung auch die Stellungnahme einzelner Vertreter Rigdorfs zu dieser Resolution und erwartet, daß in Zukunft bei derartig tief einschneidenden und überdies noch vollkommen ungeklärten Fragen unsere Vertreter eine vorsichtiger, abwartendere Haltung einnehmen.

Die Versammlung stellt sich auf den Boden der Demofrist und spricht dem Parteivorstand sowie der Preßkommission ihr volles Vertrauen aus, und erklärt zum letzten, den Vertreter des Kreises in der Preßkommission, den Genossen Hoppe, zu beauftragen, dahin zu wirken, daß dieses jetzt den „Vorwärts“ füllende, abstoßende Partei- und Literatengegänß, das längst jede Objektivität verloren hat und zum rein persönlichen Streit und Hader einzelner Personen ausgeartet ist, im Interesse der Partei-Entwicklung und nicht zuletzt auch im Interesse des guten Gesinnten nun endlich aufzuheben hat und der Raum des „Vorwärts“ nun wieder seiner eigentlichen Bestimmung: der Propagierung sozialdemokratischer Ideen, zurückgegeben wird.“

Genosse Dallischau begründete gleichfalls seine zustimmende Haltung zu der Resolution Jubeil-Südekum. Hoffmeister sprach die Stellungnahme Jubeils nicht begreifen. Wäre einer von den „Sechs“ Mitglied des Wahlvereins am Orte, er würde seinen Ausschluss beantragen. Redner wendete sich dann gegen den Standpunkt des „Korrespondenzblattes“ der Generalkommission. Hierauf schildert Jubeil die Entwicklung der ganzen Angelegenheit. Er werde sich seine Meinungsfreiheit nicht nehmen lassen und erwidert die Anwesenheit, ihm doch den Nachweis zu führen, ob er jemals nicht seine Pflicht getan oder gegen unser Programm verstoßen habe. Pagels wendet sich gegen Conrad. Gegenüber den Ausführungen Jubeils hält er die des Parteivorstandes für authentisch. Bilg mißt die Schuld an dem Konflikt Wehring bei. Lehmann tritt für die Meinungsfreiheit der Delegierten ein, während Reinike das eigenartige Verhalten des Parteivorstandes auf Humanität zurückführt. Böste wundert sich über die übergroße Empfindlichkeit Jubeils und kann sie nicht als berechtigt anerkennen. Dann kommt er auf seine in Königs-Wusterhausen gemachten, von Jubeil angegriffenen Ausführungen zurück und legt die Berechtigung derselben dar.

In der zweiten Versammlung, die am 27. November stattfand, wurde die Debatte zu Ende geführt. Der erste Redner, Genosse Ebel, wendet sich gegen die Resolution, von der er nur den Schlussatz annehmbar findet. Unter lebhafter Unruhe spricht er der Versammlung das Recht ab, über die Redakteure zu richten, weil sich die Parteigenossen kein Urteil bilden können. Genosse Birkel tritt Ebel scharf entgegen. Er hält es für eine Verleumdung der Parteigenossen, sie so tief einzuschätzen. Wenn wir als Organisation sprechen, so deshalb, weil wir das größte Interesse an der Befehung der Vertrauensposten — und das seien die Redakteure — haben und die Wiederholung solcher Affären vermeiden wollen. Redner wendet sich dagegen, als wolle man dem Genossen Jubeil die Meinungsfreiheit beschränken. Es sei gutes Recht der Parteigenossen, die Haltung ihrer Vertreter zu kritisieren. Genosse Hoppe als Mitglied der Preßkommission legt dar, daß schon längst von den Genossen auf Milderung gedrängt worden sei; man habe aber immer geglaubt, es würde sich wieder ein besseres Zusammenarbeiten der Mehrheit mit der Minderheit erzielen lassen: diese Hoffnung habe sich aber nicht erfüllt. Die Maßnahmen, die getroffen worden seien, wären mit den Funktionären sorgfältig erwoogen worden.

In der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Genossen Höpfer, Heinrichs, Hoffmeister, Pagels, Mohr, die für die Resolution eintraten; dagegen sprachen die Genossen Mich und Straube; außerdem erhält auch Genosse Jubeil noch das Wort. Sodann wird ein Schlußantrag angenommen und die Abstimmung über die Resolution vorgenommen. Der Saal hat sich bei der Auszählung bereits fast geleert. Die Resolution wurde mit 143 gegen 62 Stimmen angenommen. Für die im Dezember stattfindende Kreis-Generalversammlung werden Heinrichs, Pagels und Mohr gewählt.

Charlottenburg.

Am Sonntag, den 3. Dezember, findet ein Familienkränzchen des dritten Bezirks zum Festen des Volkshauses statt. Dazu werden die Parteigenossen freundlichst eingeladen. Das Komitee.

Groß-Lichterfelde.

Arbeiter, Parteigenossen von Groß-Lichterfelde! Am kommenden Mittwoch, den 6. Dezember d. J., nachmittags von 4 bis 8 Uhr abends, finden die Wahlen der Arbeitnehmer-Beisitzer zum Gewerkschaftsrat statt. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, welcher in Groß-Lichterfelde wohnt oder in Arbeit steht, an diesem Tage sein Wahlrecht auszuüben und nur die Kandidaten zu wählen, welche in der am Montagabend stattgefundenen öffentlichen Gewerkschaftsversammlung aufgestellt worden sind. Die Kandidaten des Lichterfelder Gewerkschaftsrates sind folgende Genossen: Für den Osten: Hubland, Dolar, Metallarbeiter; Jernid, Hermann, Bauarbeiter; Senf, Hermann, Maurer; Therox, Ernst, Föpfer; Vlay, Gustav, Maurer; Bödel, Peter, Schneider; für den Westen: Stof, Hermann, Maurer, Schrupp, August, Maurer, Sehl, August, Tischler, Grabant, Paul, Maurer, Edert, August, Bauarbeiter, Barthel, August, Köpfer. Die

Wahllokale sind für den Bezirk Ostlich des Zeltowkanals, Restaurant Gemming, Jungernstieg 5; für den Bezirk westlich des Zeltowkanals Restaurant Hasse, Kuhlmannstr. 7. Wahlzettel sind beim Obmann des Gewerkschaftsrates, Genossen Biege, Groß-Lichterfelde-Str. Bahnhofstr. 31 II und in den beiden Wahllokalen während der Wahlzeit zu haben.

Das Gewerkschaftskartell für Groß-Lichterfelde.

Friedrichshagen.

Ein gefahrdrohender Brand entstand am Freitag früh auf dem Grundstück des Getreide- und Futuragehändlers Wilhelm Hammermann, Friedrichstr. 98. Der Heuspelzer war auf bisher unausgeklärte Weise in Brand geraten, das Feuer wurde gegen 6 Uhr morgens bemerkt. Der schnell auf der Brandstelle erschienenen freiwilligen Feuerwehr von Friedrichshagen gelang es, durch kräftiges Wassergeben und Abtrennen der brennenden Balken und Bretter, den Brand auf seinen Entstehungsherd zu beschränken und die Nebengebäude, in welchen sich das Lager der Friedrichshagener Konjunktionsgenossenschaft befindet, vor dem Feuer zu schützen.

Wilmerdorf.

Der Name „Cecilienschule“ für die zweite höhere Mädchenschule in Wilmerdorf hat die Genehmigung des Kaisers erhalten.

Reinickendorf.

Den Titel „Bürgermeister“ hat der Minister des Innern durch eine besondere Verordnung jetzt auch dem Gemeinde- und Amtsvorsteher von Reinickendorf, Herrn Wille, verliehen. — Wille führen jetzt alle Gemeindevorsteher der Orte um Berlin, welche über 20 000 Einwohner haben, den Titel „Bürgermeister“.

Berliner Nachrichten.

Die ersten Volkszählungsergebnisse lieferten gestern die Kasse für Gebäulose, in denen das Zählgeschäft bereits am frühen Morgen vor der Entlassung der Ählfisten vorgenommen wurde. Die Zählung in den Ählfisten in der Frobels-, Büchler-, und Wiesenstraße wurde durch die Anstaltsleiter vorgenommen. Mit dem Zählungsgeschäft in den Krankenhäusern, Strafanstalten, Erziehungsanstalten und Hospitälern sind die Direktoren betraut, die die Ergebnisse ihrer Feststellungen noch im Laufe des heutigen Tages den Kommissionen übermitteln. Eine besonders schwierige Aufgabe fiel den Polizeibehörden zu, die die Kopfzahl der Schiffahrtsbediensteten festzustellen hatten. Das Einjammeln der Ählfisten wird im wesentlichen noch am heutigen Tage beendet werden, nur in einigen Fällen wird die nachträgliche Einholung der Listen erforderlich sein. Von heute ab beginnt die Prüfung der jurisdigierten Listen. Die Einlieferung der Listen nach den Zentralstellen wird bis zum 6. Dezember beendet sein.

Weihnachts-Pakete. Die Postbehörde gibt durch Aushang auf den einzelnen Postämtern bekannt, daß die rechtzeitige Zustellung von sogenannten Weihnachts-Paketen durch zu späte Aufgabe der Sendungen sehr erschwert wird. Sofern die Pakete am 25. Dezember früh bestellt sein sollen, mühten sie spätestens am 23. Dezember aufgegeben werden.

Neuerung im Posthausbau. Eine eigenartige Anordnung hat das neue reichseigene Posthaus am Königgraben 17 erhalten, das am 10. Dezember das Postamt 25 aufnehmen wird. Die Schalter für die Briefannahme werden sich dort eine Treppe hoch befinden. Die Treppe der großstädtischen Raumverhältnisse hat zum erstenmal zu diesem Ausmaß genügt. Es ist aber so möglich gewesen, für die Annahme trotz des geringen Umfangs des Grundstückes ausreichende Räume zu schaffen. Die Besucher des Postamtes, welche eine verhältnismäßig niedrige und bequeme Treppe emporgestiegen sind, finden dort einen großen Vorraum und zehn Schalter, Fernsprechzellen u. zu ihrer Bedienung. In ebener Erde ist die Paketannahme angeordnet. Die Paketbande ist nicht weniger als 20 Meter lang und mit drei Beamtenplätzen versehen. Zu ebener Erde hätten beide Annahmestellen nur geringen Raum erhalten können. Im Hofe des Posthauses befindet sich außerdem eine Annahmestelle für die Massenlieferung von Paketen. Eine Treppe hoch ist außer der Briefannahme der Saal für die Abfertigung der Räume für die Kohlepost u. untergebracht. Zwei Treppen hoch liegt ein geräumiger Briefträgeraal und die übrigen Diensträume des Amtes. Eine Treppe höher liegt die Postwohnung des Postdirektors, darüber noch eine solche für einen Unterbeamten. Die drei unteren Stodwerke sind selbstverständlich durch einen geräumigen Aufzug mit einander verbunden. Das neue Posthaus befindet sich am westlichen Ende des Bahnhofes Alexanderplatz. Seine Front geht nach der Gontardstraße gegenüber dem Bahnhof. Die Fassade ist durch einen kräftigen Mittelrisalit aus schlesischem Sandstein gegliedert. Ein turmartiger Aufsatz belebt ihn. Aus Sandstein sind auch die beiden unteren Stodwerke hergestellt, während die oberen Ziegelrohbau zeigen. Ein Giebel an der westlichen Schmalseite des Hauses sowie der turmartige Risalit sind durch Schindeln in den Formen der deutschen Renaissance geziert. Das ganze Gebäude macht einen überaus ruhigen, aber freundlichen Eindruck und dient sehr zur Belebung jener etwas trüben Gegend. Mit der Eröffnung wird dem Postbezirk des Postamtes die Gontard-, Panorama- und Mühlstraße sowie die Marthallen I und Ia zuguteil.

Wer ist der Tote? Am 27. November d. J., nachmittags gegen 8 Uhr, verstarb plötzlich im Schanklokal von Biemer, Alexanderplatz 3, ein dem Arbeiterstande angehöriger unbekannter Mann. Der Verstorbene ist jetzt 40 Jahre alt, 1,70 Meter groß und hat dunkelblondes Haar und Schnurbart. Veleidet war derselbe mit einem braunen Krümmerspaletot, einer braunen gestrickten Jade, grauer Tuchweste, gestickter grauer Hose, rot gestreiftem Wadenband, weiß- und baumwollener Unterhose, Schnürstiefeln und einer Schirmmütze. Der Verstorbene führte ein kleines Hund Köhr bei sich, welches er laut einer bei ihm vorgefundenen Quittung noch an demselben Tage bei der Firma S. Kiegener, Neue Friedrichstraße 9/10, gekauft hatte. Etwasige Mitteilungen über die Person des Verstorbenen werden in jedem Polizeirevier sowie im Zimmer 324 des königlichen Polizeipräsidiums zu Tagebuch Nr. 8700 IV/41. 05 entgegengenommen.

Bermittelt wird seit dem 8. November d. J. die Handelsfrau Emma Dölling geb. Schulz, am 10. A. 1850 zu Mohren geboren. Beschreibung: 1,85 Meter groß, graumelierte Haare, blaugraue Augen, braune Gesichtsfarbe, etwas krumme Körperhaltung. Die Genannte, welche etwas geisteschwach ist, war, als sie ihre Wohnung am fraglichen Tage verließ, bekleidet mit schwarzem

Wadett, blaues Rot, weißer Wäsche und Filzpanzern, hatte weder Strümpfe an noch Kopfbedeckung auf. Es wird angenommen, daß die Genannte, welche bereits schon wiederholt verschwunden war, in ihrem Zustande in Berlin oder Umgebung umherirrt. Diejenigen, welche über Frau Dolling Auskunft geben können, werden gebeten, dies der Kriminalpolizei, Zimmer 326, II oder einem Polizeirevier zu den Akten 9043 IV. 4. 05, anzuzeigen.

Der drohende Häusersturz in der Potsdamerstraße 2 bis 4 ist noch nicht behoben worden. Im Gegenteil hat sich namentlich im Hause Nummer 4 die Sachlage so verschärft, daß der gesamte Seitenflügel polizeilich gesperrt ist. Die Mieter haben ihre Wohnungen verlassen, sie ließen jedoch die Möbel dort. Unverständlich erscheint es, daß die Polizei jedem Fremden das Betreten der gesperrten Räume untersagt hat, daß sie aber nichts dagegen einwenden will, wenn die Mieter selbst, aber nur auf ihre eigene Gefahr hin, die Möbel herauschaffen. Der Hauswirt hat heute durch den Justizrat Fiebig beim Polizeipräsidenten und beim Gericht den Antrag gestellt, daß die Ausschachtungsarbeiten auf dem Aushängerschen Neubau sofort eingestellt werden. Heute nachmittag soll eine nochmalige Untersuchung der beschädigten Häuser durch verschiedene königliche Pauräte stattfinden, von deren Gutachten es abhängt, ob noch weitere Wohnungen zu räumen sind und ob mit den Ausschachtungsarbeiten fortgefahren werden darf. Daß von bautechnischer Seite die tiefe Ausschachtung als nicht ohne Einfluß auf die benachbarten Gebäude betrachtet werden ist, beweist der Umstand, daß seit sechs Wochen täglich ein Baumeister Besichtigungen nach jener Richtung hin vornahm. Von den Mietern des Hauses Nr. 4 sind der Fleischermeister Nehuf sowie der Tischlermeister und Pianofortefabrikant Bachhaus am schwersten betroffen. Ihre Betriebe sind vollständig lahmgelegt. Nehuf hat 25 Angestellte entlassen müssen, da die Barriere- und Kellerräume, in denen er seine Fleischwaren verarbeitet, nicht zugänglich sind. Die gewöhnliche Kellerräume hat sich fast zwei Fuß gesenkt. Das oberste Stockwerk des Hauses Nr. 2 ist im Innern mehrfach gestürzt worden, da auch hier Deckeneinstürze befürchtet werden.

Eine Liebesstragödie.

Bei welcher zwei Personen ein entsetzliches Ende fanden, ereignete sich gestern nachmittag gegen 5 Uhr in dem Hause Amsterd. 44. Der Tatbestand ist folgender: In dem genannten Hause wohnte seit dem 1. Oktober d. J. der 88 Jahre alte Kürschnergehilfe Graf bei einem Fräulein Madday in der vierten Etage. Graf, welcher seit fünf Jahren von seiner Frau getrennt lebt und mit der er zwei Kinder hatte, unterhielt mit einem Fräulein Rabuhr, die in Moabit wohnt, ein Liebesverhältnis. G. war dem Mädchen, in welchem er einen Ersatz für sein verlorenes Glück gefunden hatte, sehr zugetan. Am gestrigen Tage befand sich die L. in dem Zimmer ihres Geliebten und hier muß es anscheinend aus Motiven der Eifersucht zwischen den beiden Liebenden zu einem tiefen Zerwürfnis gekommen sein. Nach einem heftigen Wortwechsel, der aus dem Zimmer des G. bis in die Küche drang, hörte die daselbst befindliche Wirtin Fräulein Madday plötzlich einen Schuß fallen, und als sie, laut nach Hilfe rufend, in das mit Pulverdampf gefüllte Zimmer eilte, fand sie das ihr von Ansehen bekannte Fräulein L. auf dem Bette mit einer Schußwunde in der Brust und nur noch schwach atmend. In demselben Augenblick, als die Wirtin sich noch um die Sterbende bemühte und fortgesetzt um Hilfe rief, schwang sich, ehe es die herbeigeeilten Nachbarn verhindern konnten, der Kürschnergehilfe Graf mit den Worten: „Lebe wohl, für immer, Geliebte!“ auf das Fensterbrett, feuerte dann auf sich einen Schuß ab und stürzte aus der schwimmenden Höhe auf das Straßengestühl, wo er mit zerschmettertem Schädel tot liegen blieb. Die Leichen des Liebespaars wurden nach Aufnahme des polizeilichen Lokalaugenscheines von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und noch am späten Abend nach dem Schauhaufe überführt.

Zu dem Automobilunglück auf der Mariendorfer Chaussee werden noch weitere Mitteilungen gemacht: Die Ermittlungen nach dem Schuldigen an dem Tode des jungen Handwerkers Linke in Mariendorf haben zur Festnahme des Chauffeurs Geckard, der das Automobil des Amtmanns Siepert-Mariensfelde in der Nacht zum Montag gesteuert hat, geführt. Bisher ist festgestellt worden, daß der junge Mann, dessen Braut und Vater sich im Krankenhaus befinden, nachts um 8 Uhr tot in der Nähe des Chausseehauses, d. h. innerhalb des Dorfes aufgefunden wurde, und zwar in einem unbeschreiblichen Zustande. Der Körper war vollständig mit Blut bedeckt, der Kopf über und über mit Blut bedeckt, so daß man anfänglich glaubte, er sei überfahren worden. Später stellte sich heraus, daß der Kopf unverletzt geblieben war und ein Blutsturz die Todesursache sein konnte. Der Schwager des Getöteten war aber anderer Meinung und begann mit den Nachforschungen. Er ermittelte den Chauffeur, der dann seine Wahrnehmungen erzählte, wonach Linke das Opfer eines Automobilunglücks geworden sein muß. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß der Tod infolge eines Bruches des Rückgrats und eines Blutergusses eingetreten war. Das Blut war aus den Ohren, Nase, Mund und Augen herorgetreten. Nachdem dies festgestellt, begab sich der Schwager nach Mariensfelde. Dort ist dann das Wort gefallen: „Schlimmstenfalls kann es ja nur Geld kosten!“ Die Damen, die sich in dem Automobil befanden, haben befundet, daß der Getötete noch geröchelt hat, als sie ihn bemerkten. Diese Bemerkung und andere sind es, die die Annahme, daß Linke von dem qu. Automobil gestört worden ist, stützen. Die erlittenen Verletzungen waren nämlich absolut tödliche. Linke hat wahrscheinlich von dem schnellfahrenden Automobil einen Stoß erhalten, der ihn mehrere Meter fortgeschleuderte und wobei ihm die Knochen gebrochen wurden. Deshalb hat man seinen Körper auch nicht in der Fahrbahn des Automobils gefunden.

Ueber ein Familiendrama wird amtlich berichtet: Am Donnerstag fand der Uhrmacher Albin Howritsch nachmittags seine 77jährige Ehefrau Elisabeth Howritsch geb. Weber mit dem 7jährigen Sohn Meletti und der 6jährigen Tochter Caterina in seiner Wohnung Lühowstraße 27 mit Hölz vergiftet vor. Sie wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Die Tochter ist bereits gestorben. Der Beweggrund der von der Frau verübten Tat war Eifersucht.

Zu dem gestern gemeldeten Bauunglück, bei dem fünf Arbeiter verletzt wurden, erfahren wir noch, daß der in Frage kommende Bau sich an der Ecke der Gleim- und Malmstrasse befindet. Das Unglück ist mit darauf zurückzuführen, daß die Kellerträger nicht genügend vermauert und auch ungenügend abgedeckt waren. Dem Aufsichtsbekanntem, der nach dem Unglück erschien, soll Auskunft nicht gegeben worden sein. Einen Tag hat der Bau still gelegen; jetzt wird wieder gearbeitet und, wie uns versichert wird, ist der Zustand noch genau derselbe wie vor dem Unglück. Organisierte Arbeiter würden gegen derartige Zustände Einspruch erheben, so aber handelt es sich um einen sogenannten „wilden“ Bau, dem organisierte Arbeiter fern bleiben. Das ist auch der Grund, warum die auf dem Bau beschäftigten Leute sich hüten, etwas über etwaige Mängel auf dieser Arbeitsstätte zu veröffentlichen.

Ein Verdieb ist gestern von der Polizei verhaftet worden. Bei dem Fuhrherrn Lindner, Anseebeststraße 30, erschien gestern nachmittag ein unbekannter Mann, welcher ein wertvolles Pferd zu dem niedrigen Preise von 150 M. anbot. L., dem dies verdächtig vorkam, ließ sich anscheinend auf den Handel ein und benachrichtigte heimlich die Polizei. Während nun zwischen den beiden die „Verkaufsbedingungen“ festgesetzt wurden, erschien plötzlich ein Polizeibeamter aus der Wilhelms- und nahm den Verdächtigen fest. Auf der Revierwache entpuppte sich der Pferdeverkäufer als der schon vielfach vorbestrafte, aus dem Landespolizei-Bezirk ausgewiesene 55jährige Kutscher August Kribase. K. behauptete, das Pferd von dem „Großen Unbekannten“ billig erstanden zu haben; in die Enge getrieben, gestand er doch schließlich ein, das Tier aus dem Stalle eines Kieselgutes gestohlen zu haben. Der Verdieb wurde in das Untersuchungsgefängnis abgeführt.

„**Subdafs Schreibtisch**“ nennt sich die sensationelle Vorführung, die den Clou des Dezemberprogramms im Passagetheater bilden soll. Das optische Kästchen, das gestern ein geladenes Publikum in Erstaunen setzte, ist eine Lebertragung spiritistischer Experimente ins Große. Natürlich hat man der ganzen Sache ein spiritistisches Mäntelchen umgehängt, erklärt aber offen, daß an das Mitwirken irgend eines übermenschlichen Geistes natürlich nicht zu denken sei, und überläßt dem Publikum das Zertrümmern der harten Kräfte. Auf einer gemächlichen, freistehenden Schultafel schreibt der „Geist“, rechnet, buchstabiert schwierige Namen und beantwortet knifflige Fragen mit sehr viel Scharfsinnigkeit wie Humor. Jedenfalls hat der „Geist“ eine äußerst wichtige Ader, was der beste Beweis gegen die Unlöslichkeit seiner Kräfte ist. Die interessante Vorführung, über deren Geheimnis sich mancher den Kopf zerbrechen wird, zeigt nur von neuem, daß die vielbewunderten Taten der Spiritisten auch ohne vierdimensionalen Aufschwung in raffiniert erdachten Tricks ihre Erklärung finden können.

Am Tage der Stimmwahl im 30. Kommunalwahlbezirk ist auch im Lokale von Märker, Bergstr. 10, einem bei der Wahl behilflichen Genossen ein Hut verkauft worden. Es wird gebeten, den Irrtum im obengenannten Lokale wieder zu korrigieren.

Der Arbeiter-Kaufbund teilt uns mit, daß der Kaufklub „Freundschaft“, der in einem nicht freien Lokale ein Vergnügen abhält, dem Bund nicht angehört, wie überhaupt die Klubs, die so verfahren, bei Bekamptgabe gestrichen werden.

Neuge geucht. Derjenige Arbeiter, welcher am 19. Mai d. J. vormittags 9-10 Uhr gesehen hat, wie auf dem Bahnhof Alt-Neubitz ein Kutscher von einem Destillationswagen stürzte und demselben dann eine Adresse in die Tasche steckte, wird gebeten, seine Adresse im Vereinsbureau der Drohsäulenstr. 68 abzugeben.

Der Berliner Zoologische Garten hat kürzlich ein Säugeltier erworben, das lebend wohl noch nie nach Europa gekommen ist und auch in seiner nordamerikanischen Heimat wegen seiner Lebensweise auf den unwirtlichen Felsengebirgen zu den seltensten Wiederläufern gehört. Die sogenannte Schneeziege, von der ein jüngeres Weibchen ein Gehege des Romaberges neben dem Moosch-Ochsenpaar bewohnt, zählt eigentlich in die Gruppe der Antilopen, sie fällt auch dem Unkundigen durch ihr eigentümlich wirres, rein weißes Haar auf, das, am Körper und den Beinen ziemlich lang und die verschiedensten Wirbel bildend, wertwürdig mit dem kurzhaarigen Gesicht kontrastiert. Beide Geschlechter tragen kurze, einfache Hörner.

Gerichts-Zeitung.

Inseratenswindelprozess. Der seit Dienstag der vorigen Woche vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I gegen sechzehn Angeklagte verhandelte Prozess wegen Inseratenswindels ist gestern in später Abendstunde zu Ende geführt worden. Staatsanwalt-Assessor Mehnert beantragte gegen den Hauptangeklagten Bruno 2 Jahre 8 Monate Gefängnis, gegen die Mehrzahl der übrigen Angeklagten Gefängnisstrafen, die von neun Monaten bis zu einem Monat heruntergingen. Wegen den Angeklagten Hommel, dem betrügerische Manipulationen nach seiner Richtung hin nachgewiesen werden konnten, beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung, ebenso gegen den wegen Weishele angeklagten Zahnarztmeister Altman. — Die Rechtsanwältin Horn, Dr. Schwandt, Arndt, Hoffmann und Wielhorsky beantragten mehrere der zur Anklage stehenden Fälle aus rechtlichen Gründen zur Aufhebung zu bringen, im übrigen auf geringere Strafen, eventuell Geldstrafen, zu erkennen.

Nach längerer Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Hahn als Vorsitzender folgendes Urteil des Gerichtshofes. Es wurden verurteilt: Bruno zu einem Jahr Gefängnis, Eichner zu drei Monaten, Währe zu 3 Monaten, Suppa zu 5 Monaten, Schwarz zu 5 Monaten, Rosenkrantz zu 4 Monaten, Komepel zu 3 Wochen und Pennde zu 2 Wochen Gefängnis. Der Angeklagte Biener wurde zu 450 M. Geldstrafe, Stein zu 250 M., Fuchs zu 200 M., Krause und Altman zu je 100 M. und Schulz zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Freigesprochen wurden die Angeklagten Hommel und Gundlach, gegen welche die Beweisaufnahme nichts Belastendes ergeben hatte. Einigen Angeklagten wurde die gesamte Untersuchungshaft auf die erkannte Strafe angerechnet, bei zwei Angeklagten wurde die Strafe als verbüßt erachtet.

Ein tödlicher Unglücksfall, welcher wieder einmal auf das unsinnige Fahren eines Kutschers zurückzuführen ist, beschaffte gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Diehe. Wegen fahrlässiger Tötung war der Kutscher Friedrich Fink angeklagt. Am 7. Oktober d. J. ereignete sich an der Ecke der Schönhauser- und Kastanien-Allee ein entsetzlicher Unglücksfall. Der Arbeiter Wille war gerade im Begriff, den Damm zu überschreiten, als plötzlich von der Kastanien-Allee her in übermäßig schnellem Tempo ein von dem Angeklagten geführter Wäschewagen dahergekam. Ehe W. zurückspringen konnte, war er von dem Fuhrwerk gefaßt und zu Boden geschleudert. Beide Räder des schwer beladenen Wäschewagens gingen über den Unglücklichen hinweg. Nach bekannter Kutschermanier versuchte der Angeklagte auch noch, sich durch die Flucht der Feststellung zu entziehen. Der Verletzte wurde von einem Schutzmann sofort in das Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt. Auf dem Transport dorthin verstarb der Schwerverletzte, der wenige Minuten vorher noch gesund und froh seines Weges gegangen war. — Gegen den unbewußigen Kutscher wurde Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß er keinerlei Schuld an dem Unglück trage, der Getötete sei vielmehr direkt in sein Fuhrwerk hineingelassen. — Staatsanw. Rat Crüger hielt mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte zu jener Sorte Kutscher gehöre, die durch ihr unsinniges Fahren geradezu mit dem Leben ihrer Mitmenschen spielen, eine empfindliche Strafe für angebracht und beantragte eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Der Gerichtshof erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Einem Erpressungsdelikt gegen ihren früheren Geliebten hat die geschiedene Frau Marie Bartholomäus unternommen, die gestern wegen versuchter Erpressung vor der 2. Strafkammer angeklagt war. — Der Oberleutnant-Assistent W. unterhielt bis vor wenigen Jahren mit der Angeklagten, die in demselben Hause wohnte, ein Liebesverhältnis. Das Mädchen machte große Ausflüge nach Tegel und Hermsdorf, besuchte zusammen Välle und Theater und lebte herrlich und im Freuden. Daß die Angeklagte verheiratet und Mutter zweier Kinder war, störte die Harmonie nicht im geringsten. Schließlich kam der Ehemann der Angeklagten dahinter und strengte die Ehescheidungsanfrage an, die er mit Ehebruch begründete. Die Ehefrau erhob Widerspruch, die sie ebenfalls mit Ehebruch begründete. Sie erzielte hiermit, daß beide als gleichschuldige Teile angesehen wurden. Mittlerweile war Herr W. ebenfalls in den Hafen der Ehe eingelaufen, was ihn aber seinerseits nicht hinderte, die alten Beziehungen zu der geschiedenen Angeklagten aufzunehmen. Schließlich wurde W. seiner ehemaligen Geliebten überdrüssig und jagte sich von ihr los, unterhielt sie aber trotzdem mit größeren Beträgen. Als dann aber die Unterhaltungen ausblieben, provozierte die Angeklagte auf offener Straße Szenen. Ueberdies richtete sie an W. verschiedene Briefe, in denen sie drohte, sie werde gewisse Dinge seiner Ehefrau erzählen, wenn W. ihr nicht umgehend Geld schicken würde. Auf Grund zweier derartiger Briefe ermittelte W. Angelegenheit wegen Erpressung. — Vor Gericht räumte die Angeklagte alles ein und bat um eine milde Strafe. Der Gerichtshof erkannte auf zwei Monate Gefängnis.

Fahrlässige Körperverletzung durch einen Arzt. Das Landgericht München II verhandelte gestern gegen den praktischen Arzt Dr. Frank in Bad Tölz. Dr. Frank hatte einen Tagelöhner, der

in den Keller gefallen war, und sich am Anis verletzt hatte, falsch behandelt, so daß der Patient bedeutende Schmerzen auszuhalten hatte, ohne jedoch weiteren Schaden zu nehmen. Das Gericht verurteilte den Arzt wegen fahrlässiger Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 100 M.

Verbot schauspielerischen Auftretens aufgehoben. In dem Prozess des Barons von Berger gegen den Schauspieler Schindkraut hat der Zivilsenat 1 des Hanseatischen Oberlandesgerichts gestern auf die von Schindkraut eingelegte Berufung gegen die Entscheidung der Zivilkammer 1 des Hamburger Landgerichts die einstweilige Verfügung des Amtsgerichts Charlottenburg für unzulässig erklärt und aufgehoben. Das gegen den Schauspieler Schindkraut erlassene Verbot, als Schauspieler in einem anderen Theater aufzutreten, weil er durch Vertrag für Herrn von Berger verpflichtet sei, war unzulässig, da § 888 Z. N. O. ausdrücklich solche Zwangsverfügungen für den Fall der Verurteilung zur Leistung von Diensten aus einem Dienstvertrag verbietet. Das Charlottenburger Amtsgericht und das Hamburger Landgericht hatten diese auf sozialdemokratischen Antrag hin in die Zivilprozessordnung aufgenommene Bestimmung übersehen.

Vermischtes.

Besorgte Kirchenvorsteher hat eine kleine Gemeinde in der Nähe Wunstors aufzuweisen. Dort war ein neuer junger Lehrer angepflegt, der als eifriger Freund der Heimatkunde den Jungen und Mädchen von untern Vorfahren, den alten Germanen erzählte, die hier in Wald und Moor gebaut und lange bevor das Christentum Eingang fand, die heidnischen Götter, Wotan und Woden, verehrt und ihnen Opfer gebracht hätten. Die Dorfbewohner erzählten zu Hause davon und im Mißverständnis über die mythologischen Erklärungen des Lehrers entstand das Gerücht, der Lehrer wolle die Kinder der christlichen Religion absperrig machen und eine neue Religion einführen. Wenn auch einige lehrerreichere Dorfbewohner in besserer Erkenntnis der Sache den Lehrer in Schutz nahmen, so blieb die Gegenseite doch dabei, daß der Lehrer versuche, eine neue Religion einzuführen. Sie verlangten Anbringung einer Beschwärde bei der Behörde. Schließlich beschloß man, dem Lehrer durch den Vorsteher ins Gewissen reden zu lassen und gleichzeitig die Angelegenheit dem Pastor zu unterbreiten. Als dann die Aufklärung erfolgte und der Pastor lächelnd die Ungefährlichkeit eines derartigen Unterrichts betonte, beruhigte man sich zwar. Einige Zweifler blieben aber immer noch, die da meinten: „Da fittet doch Anepe (Amisse) hinne; dat schölle dei junge Winsche unnerwegs laten.“

Eisenbahnunfall. Gestern Abend stieß bei der Station Türkenfeld ein Güterzug mit dem Schnellzug München-Lindau zusammen. Vom Schnellzuge ist die Lokomotive und der Padwagen, vom Güterzuge sind die Lokomotive und 12 Wagen entgleist. Drei Reisende und vier Personen vom Personal wurden leicht, ein Zugführer etwas erheblicher verletzt.

Einem entsetzlichen Raubmord meldet ein Telegramm aus Stendal: In der vergangenen Nacht wurde in dem Dorfe Kläden bei Stendal der Kutscher Soltwedel mit seiner Familie im Schlafe überfallen. Der Täter erschlug mit einem Beile die Ehefrau des Kutschers und verletzten diesen und seine fünf Kinder lebensgefährlich. Es liegt offenbar ein Raubmordversuch vor; der Täter ist entkommen.

Abrechnung mit der Pflahe. Wir lesen in einem ostpreussischen Blatte: Es ist eine bekannte Tatsache, daß aufgehobene Verlobungen in den ländlichen Kreisen meistens von Beteiligten durch Publikation in den Zeitungen der breiten Masse des Publikums bekannt gegeben werden. Daß aber bei der Trennung von dem Verlobten noch eine besondere Abrechnung in Szene gesetzt wird, dürfte vielen unbekannt sein. Einen drastischen Beweis für diese Behauptung erbringt ein Inserat, welches lautet: „Ich warne hiermit jeden jungen Herrn, nach Antje in R. N. zu gehen, weil sie noch mein Eigentum ist und ich noch nicht mit ihr abgerechnet habe. R. N., den 20. 11. 05. Jan“

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr statt. Gebühren: abends 7 Uhr.

C. R. 41. Wenden Sie sich an die Offenbacher Krankenkasse für Frauen und Mädchen. — **C. 2. Winstre.** 1. A: das Amtsgericht ist zuständig. 2. u. 3. Falls nur unbedeutliche Sachen mitgenommen sein sollten, läge eine strafbare Handlung nicht vor. Dadurch, daß Sie Strafantrag stellen, kommen Sie nicht zu Ihrem Recht, haben aber Zeitverloren. Streben Sie — ohne Anhebung eines Strafantrages — gütliche Regelung an. — **W. R. 5.** 1. bis 3. Bei den nächsten Monatszahlungen müssen Sie den Inhalt Ihres Vertrages genau beachten. — **J. W.** Bei Entwendung von Nahrungsmitteln oder Gebrauchsgütern zum sofortigen Gebrauch sowie bei Diebstahl elektrischer Kraft ist Geldstrafe, sonst bei Diebstahl nur Freiheitsstrafe zulässig. — **F. G.** Gesundheitsgefährdende Beschaffenheit der Wohnung berechtigt zur Aufhebung des Mietvertrages und zum Schadenersatz. Klagen Sie auf Aufhebung des Vertrages und Schadenersatz, fügen Sie ein Attest über die Wohnungsbeschaffenheit bei und erwirken eine einstweilige Verfügung. — **C. S. Wedding.** Ohne Einzicht in den Vertrag sind Fragen, die sich auf Rechtsverhältnisse aus dem Vertrag beziehen, nicht zu beantworten. — **R. 2. 67.** Der Zeuge kann seine Aussage verweigern. — **W. R. 26.** 1. und 2. ist möglich, 3. nicht. — **Reinholz am See.** Ob und welche Ansprüche aus einem Kaufvertrag folgen, ist ohne Einzicht in das Statut nicht zu beurteilen. — **C. 2. 62.** Ihr Vater hatte nicht zu zahlen und kann, falls die Sache so liegt wie Sie sie schildern, auf Zurückzahlung klagen. — **C. S. 79. A. 6. 27. Ja. — Frau Clara.** 1. Rein, das wäre nach §§ 114a, 116, 150 der Gewerbeordnung strafbar. 2. Rein. — **R. R. Nixdorf.** Hinterlegen Sie die Miete und lassen die Mietschuldnerbedenden sich darüber streiten, wem die Miete zugehört. — **C. 1. 2. 13.** Rein. — **St. Urban 70.** 1. Und nicht bekannt. 2. Seit März 1899, vorher in Dresden. — **Koch 2. 12.** Die Auslassung des Wortes „Pferd“ wäre gleichgültig. — **R. 28. 95.** 1. In 30 Jahren. 2. Wenn nach erreichter Majorität Anerkennung festzustellen ist, ja. — **S. 2. 7.** Ein Ehevertrag ist gerichtlich oder notariell zu schließen. Die im Ehevertrag getroffenen Abreden sind in das Güterrechtsregister einzutragen. Ein Beispiel zu einem Ausschuß der Verwaltung und Registrierung entfallenden Vertrag finden Sie C. 25 Nr. 22 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Jahrbüchleins durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **J. 2. 24.** So lange Sie nicht aus der Kirche austreten, haben Sie Kirchensteuern zu zahlen. Von dem Schluß des auf das Austrittsjahr folgenden Jahres hört die persönliche Kirchensteuerlast auf. Formulare zur Anmeldung Ihres Austritts erhalten Sie im Verlag von Hoffmann, Blumenstraße 11. — **W. 28. Rein.**

Witterungsübersicht vom 1. Dezember 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. G. u. N.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. G. u. N.
Strombe	773	SO	5 bedekt	2	Naparanda	759	SE	3	4 wollig	-3	
Damberg	771	SO	3 bedekt	2	Letersburg	774	W	1	1 wolken	-1	
Berlin	772	SO	2 bedekt	3	Seitz	768	W	3	2 wolld. b.	-9	
Frankf. a. M.	770	R	2 wollig	2	Aberdeen	761	SE	3	3 bedekt	4	
München	770	SO	3 bedekt	0	Waris	768	SO	2	2 Regen	-0	
Wien	770	RND	1 Regen	4							

Wetterprognose für Sonnabend, den 2. Dezember 1905.

Ein wenig kälter, zeitweise anlassend, vielfach neblig bei ziemlich häufigen östlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau

Wasserstand am 30. November. Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden — 0,84 Meter, bei Magdeburg + 2,08 Meter. — U n k r u i bei Straußfurt — Meter. — Ober bei Raibitz + 1,92 Meter, bei Brecklau Oberpegel + 5,12 Meter, bei Dresden Unterpegel + 0,32 Meter, bei Frankfurt + 2,21 Meter. — Weichsel bei Wroclawünde + 3,46 Meter. — Warthe bei Posen + 1,56 Meter. — R e t e bei Uls + 1,20 Meter.